

ÖMZ

ÖSTERREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

begründet
1808



Aus dem Inhalt

Friedrich W. Korkisch:
Globale Strategie:
Die Geopolitik der USA
(Teil 1)

**Eberhard Birk,
Deutschland:**
Napoleon Imperator -
Anmerkungen zur napoleonischen
(Selbst-)Ikonografie im Spiegel
der Antike

**Dieter H. Kollmer,
Deutschland:**
Die materielle Aufrüstung
der Bundeswehr in ihrer
Aufbauphase 1953-1958

Martin Prieschl:
Der Weg nach Solferino -
Die politischen Ursachen von 1859

ÖMZ

ÖSTERREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

In dieser Onlineausgabe

Friedrich W. Korkisch

Globale Strategie: Die Geopolitik der USA

Von der Western Reserve über den Panama-Kanal zur Gegenküste, NATO, Combatant Commands und Energiepolitik (Teil 1)

Eberhard Birk

Napoleon Imperator

Anmerkungen zur napoleonischen (Selbst-)Ikonografie im Spiegel der Antike

Dieter H. Kollmer

Die materielle Aufrüstung der Bundeswehr in ihrer Aufbauphase 1953-1958

Staatsräson, sicherheitspolitische Notwendigkeiten und Außenhandelsausgleich

Martin Prieschl

Der Weg nach Solferino

Die politischen Ursachen von 1859

Zusätzlich in der Printausgabe

Richard Lein

Paul Kestřánek, der letzte Militärkommandant in Prag

Heino Matzken

Syrien - Schurkenstaat ohne Schurken?

Harald Pöcher

Zrínyi Miklós (1620-1664)

„Sors bona, nihil aliud“

Staatsmann, Poet, Feldherr und Gründungsvater der ungarischen Militärwissenschaften

sowie zahlreiche Berichte zur österreichischen und internationalen Verteidigungspolitik

Globale Strategie: Die Geopolitik der USA

Von der Western Reserve über den Panama-Kanal zur Gegenküste, NATO, Combatant Commands und Energiepolitik (Teil 1)

Friedrich W. Korkisch

Was ist Geopolitik? Zunächst ein von Rudolf Kjellen (1864-1922) im Jahre 1900 geprägter Begriff, der eine Kombination von Geographie, Staatslehre und Makropolitik beschreibt. Geopolitik ist daher einmal Theorie, dann praktische Anwendung, wobei sich diese Anwendung in der Geostrategie wie auch in den neueren Geo-Bereichen wie Geoökonomie, Geokultur oder Geoökologie niederschlägt. Geopolitik behandelt die Nutzung gegebener Vorteile zur Stärkung machtpolitischer Positionen. Das umfasst auch Außenpolitik und Diplomatie, Wirtschaft, Land-, See- und Luftmacht, die Suche und Nutzung von Verbündeten, im Fall der USA auch die Fixierung des „National Interest“.

In Bezug auf die USA sind die Begriffe American Century, Pax Americana, American Primacy, American Empire, United States Dominance, Hegemonial Politics, Unilateralist Empire oder Global Strategy ohne geopolitische Fundamente nicht denkbar. Bei den USA lassen sich zudem „Geo-Konzepte“ deutlicher nachvollziehen als bei anderen Mächten, weil hier eine vermehrte Transparenz bei den Diskussionen über Ziele und Absichten besteht und die politische und strategische Umsetzung ebenso erkennbar ist wie allfälliges Nichtumsetzen. Am Ende des 20. Jahrhunderts ist zwar die amerikanische Geopolitik in Bewegung geraten, und es ist unklar, wie lange die weltweit eingetretenen Instabilitäten andauern werden, aber die USA erlebten immer wieder Krisen, aus denen sie gestärkt hervorgingen.

Geopolitik ist immer Geographie-bezogene Makropolitik. Damit ist klar, dass kleine Staaten keine Geopolitik haben können. Sie sind vielmehr Teil der Geopolitik großer Mächte, ihre Politik und Strategie hängt zumeist vom Wohlwollen anderer ab. Politikwissenschaftlich betrachtet, sind Geopolitik und ihre Sub-Geo-Bereiche im Rahmen der nach 1945 entstandenen Einteilungskriterien Realismus (Realism, Realist School) und Idealismus (Idealism, Idealist School, Liberalist School) und aller Mischformen dem Realismus-Bereich zuzuordnen, nur die Weltmodelle und Weltregierungs- (One World Government) Ideen sind utopisch, und daher dem Idealismus nahe. John J. Mearsheimer sieht daher einen Gegensatz zwischen Liberalism und Realism, sieht den Beginn dieser Trennung in diese gegensätzlichen Bereiche in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, bezweifelt aber den Sinn solcher strikter

Einteilungen.¹⁾ Andererseits bejaht Michael C. Desch diese Einteilung und zeigt dies an der zwischen diesen Schulen schwankenden Außenpolitik der USA auf.²⁾

Man übersieht oft, dass das frühkoloniale Amerika christlich-fundamentalistische Züge hatte, die zu sozialem und politischem Dissens führten. Die intoleranten Puritaner waren zwar gegen die Krone aufsässig, sahen Amerika dennoch als vorgeschobenen Teil Englands - und kaum als „Paradies“. Aber im historischen Rückblick wurde dem ein verklärter „höherer Auftrag“ zugeordnet.

Die Landnahme in der westlichen Hemisphäre war ein Wettlauf zwischen England, Frankreich und Spanien, mit den Niederlanden als erstem Verlierer. Die Expansion nach Westen begann um 1740, die für die englische Krone gewonnen wurde, weil die französische Umzingelung von Quebec über Detroit zum Mississippi (nicht zuletzt wegen der starken Einwanderungsschübe aus England) misslang. Aber aus europäischer Sicht war Amerika unwichtig, und die Spanier hatten versucht, es umgehend auszuplündern. Es gab noch keine Trennung von Kanada und den anderen Kolonien; Spanien verlor ganz Lateinamerika und Frankreich dann auch Mexiko.

Es gab neben den christlichen Fundamenten und Awakening-Traditionen auch solche, die sich auf die absolute Freiheit des Denkens und das Naturrecht beriefen, wie auch später den an beiden Enden andockenden Transzendentalismus. Wesentlich ist auch, dass Amerikas Politik für lange Zeit fast nur unilaterale Binnen- und Westliche-Hemisphären-Politik war. Von den Federalist Papers über George Washingtons Farewell Address (1796) und von Monroe bis McKinley erkennt man außerdem eine antagonistische Politik gegenüber Europa.

Erst mit Theodore Roosevelt, stärker denn mit Woodrow Wilson und besonders mit Franklin D. Roosevelt dominieren andere Vorstellungen: Die „14 Punkte“ von Wilson, Hoovers Hilfsprogramm für Europa, die Stimson-Doktrin (1932), Roosevelts Widerstand gegen den internen Isolationismus, seine „Quarantine Speech“ (Chicago 1937), die „Four Freedoms“ (1941) und die „Atlantic Charter“ (1941) sind Schritte auf dem Weg zur Weltmacht. Im Hintergrund standen Moral und Sendungsbewusstsein, was Charles Beard und später George Kennan immer wieder kritisierten. Als Geopolitik dieser Jahre kann man auch eine Aussage von Harry Truman aus dem Jahre 1942 einstufen: „*If we see that Germany is winning we should*

help Russia, and if Russia is winning we ought to help Germany...“³⁾

1945 sind die USA unangefochten die erste Supermacht. Nach 1945 gibt es auch keinen Isolationismus wie nach 1918; die von George Kennan vorgeschlagene und von Präsident Truman eingeleitete Containment-Politik, die Truman-Doktrin, der Marshall-Plan oder die von Europa gewollte NATO, waren Teil globaler Strategien und Programme.

Die heutige Geopolitik umfasst auch andere Elemente wie Bevölkerungswachstum, Failing und Failed States, Immigration, Globalisierungseffekte, die Proliferation von Massenvernichtungswaffen, globale Krisen, Umweltfragen, den Terrorismus, Global Governance, soziale Instabilitäten mit Ausbreitungseffekten, Menschenrechte, Weltmodelle, die G2, G7, G20, die Energiepolitik, Institutionen etc.

Geopolitik ist auch Machtpolitik und Robert Strausz-Hupe (Geopolitics: The Struggle for Space and Power, 1942) erinnerte daran, dass Geopolitik „...is concerned with power-politics, which makes it clear that small states neither have a geopolitical nor a geostrategic setting“, daher auch Oberbegriff für Military Geography, Grand Design und Grand Strategy, ist einmal reine Theorie und Wissenschaft, dann angewandte Lehre über Machtpolitik und „Leitgedanke“ für die Geostrategie.

Die Geostrategie ist ein Unterbegriff der Geopolitik, ist aber oft mit dieser synonym gesetzt. Das American Heritage College Dictionary, 1997, S.571, definiert Geostrategie als:

- „1. The branch of geopolitics that deals with strategy.
2. The geopolitical and strategic factors that characterize a practical certain strategic area.
3. Governmental strategy based on geopolitics.“

Und in Webster’s Comprehensive Dictionary, Edition 2003, S.529, findet sich bei Geostrategie auch der Bezug zur Militärstrategie: „Military strategy is related to and determined by geopolitical factors.“

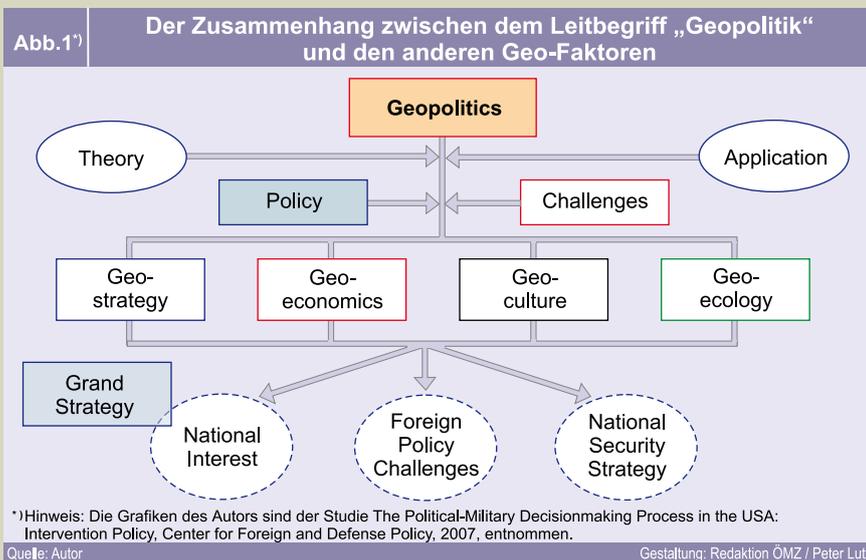
Das bezieht sich klarerweise nicht auf Kleinstaaten: Geostrategie ist die Kombination von Geopolitik, Politik und Strategie, die bei einer Großmacht auch mit der Grand Strategy oder mit dem National Interest gleichgesetzt werden kann und von der sich hierarchisch, von der National Security Strategy über die National Defense Strategy letztlich die Military Strategy und Doktrinen (in allen Ausformungen und Teilbereichen) ableiten und die so auch die strategischen Aspekte der Military Geography beeinflusst.

Im Falle der USA lässt sich diese „Makrostrategie“ nach mehreren Ausrichtungen oder „Schulen“ unterteilen, so in die übergeordnete Policy (derzeit in Form der genannten periodisch

publizierten National Security Strategy of the United States of America) als „Generalrichtlinie“. Der Input für diese ist politisch, ideologisch, geleitet vom Staatsinteresse, der alles übergeordneten nationalen Sicherheit, dem Unilateralismus, Multilateralismus, Internationalismus (je nach Bedarf) und aus den strategischen Sichtweisen. Die Nuklearstrategie schuf eigene Termini wie z.B. Massive Retaliation, Flexible Response etc. Daneben gibt es andere Unterteilungen, etwa in Kriegsorten. Strategien können offensiv und defensiv sein, umfassen Coalition-, Attrition-, Retaliation- oder Engagement-Strategien und Doktrinen.

Geostrategisch-historisch kann man die Entwicklung der amerikanischen Strategien in die Phase der Western Hemisphere- und kontinentalen Vorfeldverteidigung, des ozeanischen Raumes im 20. Jahrhundert und ab 1940/41 in die transozeanischen (bzw. globale) Räume einteilen. Letztere sind durch amerikanische Präsenz auf allen Weltmeeren und durch Stützpunkte in aller Welt gekennzeichnet.⁵⁾ Es ist eine De facto-Ausdehnung der Monroe Doctrine auf große Teile der Welt und kennzeichnet den Sieg der Seemacht USA über die eurasischen Landmächte.

Der Begriff Grand Strategy ist über der Militärstrategie angesiedelt, wurde vor dem Zweiten Weltkrieg zuerst von



Geopolitik: Die Grundlage für das strategische Denken und Definitionen

Der Begriff Geopolitics wurde auch vom britischen Geographen Halford Mackinder (1861-1947) in seinem 1904 publizierten Aufsatz „The Geopolitical Pivot of History“ geprägt,⁴⁾ aber erst ab 1920 umfassender verwendet. Webster’s New Collegiate Dictionary, Edition 1961, S.347, definierte den Begriff „Geopolitik“ auch unter Bezug auf die deutsche Geopolitik, andere Ausgaben folgten diesem Grundsatz. The New International Webster’s Comprehensive Dictionary of the English Language, Edition 2003, S.529, brachte dann die heute allgemein geltende Definition:

- „1. The study of geography, geology, climate, and the natural resources of the earth in relation to the developments of peoples, cultures, and states.
2. A method of studying geography and power politics in terms of national security in international relations, embracing geography, natural resources, industrial development, and political strength.
3. The former German doctrine of living space as the primarily element in, and strongest guaranty of state power and word domination. See LEBENSRAUM.“

den Briten verwendet und überschneidet sich mit den langfristigen Inhalten der Geopolitik ebenso wie mit den mittelfristigen der Geostrategie, enthält das Element der Rüstungspolitik und überlagert auch die eher kurzfristigen Inhalte der jeweiligen Militärstrategien. So entwickelten die USA mit Großbritannien 1941 eine Grand Strategy gegen das Deutsche Reich und Japan, und diese gab die Richtung für die anderen Strategien vor. (Dem deutschen Begriff Gesamtstrategie oder Frankreichs *stratégie totale*, fehlte hingegen die globale Dimension.) Zur Grand Strategy hat John M. Collins ein umfassendes und maßgebliches Werk verfasst (1973).⁶⁾ Synonym zur Grand Strategy ist der die Politik hervorhebende Terminus „Grand Design“ zu sehen.

Die Geostrategie bzw. Grand Strategy ist auf eine Bedrohung durch einen potential opponent hin ausgerichtet. Robert Art definierte Grand Strategy daher so: „Grand Strategy is a broad subject: A grand strategy tells a nation's leaders what goals they should aim for and how best they can use their country's military power to attain these goals. Grand Strategy, like foreign policy, deals with the momentous choices that a nation makes in foreign affairs, but differs from foreign policy. ... Some employ a restrictive definition of grand strategy that specifies only the threats to a state and the military means to deal with them. Others use a broader definition that specifies the threats to a nation's security and then details the military, political and economic means to meet them.“⁷⁾

Die Geoökonomie (Goeconomics) wiederum findet sich erstmals im American Heritage College Dictionary, Edition 1997, S.569:

„1. Study of the relationship between politics and economics, esp. internationally. 2. A governmental policy employing geoeconomics. 3. The international economic and political factors relating to or influencing a nation or region.“

Geoökonomie wurde v.a. unter der Regierung Clinton (neben der „Globalisierung“) ein ständig verwendeter Begriff; einige Autoren (siehe Edward N. Luttwak: *The Endangered American Dream*, 1993) meinten, er würde den Begriff „Geopolitik“ ablösen. Geoökonomie findet sich auch im Zusammenhang mit der Energiepolitik und Energiesicherheit der USA.

Geokultur oder Strategic Culture (verwendet von Autoren wie Benedict Anderson, Benjamin Barber, Thomas Berger, Heinz Brill, Colin Dueck, David Hesmondhalgh, Samuel Huntington, Takashi Inoguchi, Robert J. Lieber, Immanuel Wallerstein) ist ein Begriff, der sich einmal im Zusammenhang mit der amerikanischen Propaganda gegen das Deutsche Reich und Japan (siehe die Zeitschrift *The Public Opinion Quarterly*, besonders in den Jahren 1939 bis 1946), dann im Zuge der „Kultur-Offensive“ am Ende des Zweiten Weltkrieges und der Reeducation (Deutsches Reich, Japan, Italien) entwickelte, dann während des Kalten Krieges im Kampf gegen das kommunistische Lager, zuletzt im Rahmen der Untersuchung von Gegensätzen der Kulturregionen (Huntington), der Religions- und Islamkritik (Benjamin Barber, Sam Holliday); dominierende Begriffe sind Propaganda, Cultural War, Zivilisationskonflikte,

„The New New World Order“, westliche Werte (Freedom, Liberty, Individualismus, die Förderung von Demokratisierung). Strategic Culture war ab Mitte der 1960er-Jahre ein Instrument der Public Diplomacy.⁸⁾ Als Definition kann gelten: „Geoculture is a sphere of peoples and nations with a rather homogeneous identity and character; or a dominant political, social and cultural pattern, which also dominates traditional thinking and acting, which is different from such identities in other areas or cultures, and therefore has a distinct geopolitical setting.“⁹⁾

Die Geoökologie wiederum ist das Ergebnis der Umweltideologie der 1960er-Jahre und des Club of Rome, der „Grün-Bewegungen“ und des Aktionismus im Zusammenhang mit Umwelt, Feminismus und zuletzt betreffend den Klimawandel. Eine umfassende Definition wäre: „Geoecology is a universal or regional approach to protect the environment, mankind and nature to prevent and contain man-made natural disasters, and to prevent the extinction of natural treasures and varieties.“¹⁰⁾

Ideologische Einschübe: American Exceptionalism, Manifest Destiny, New Order, Mission, Crusade und American Creed¹¹⁾

Der American Exceptionalism geht bis 1630 zurück: Die Idee eines göttlichen Auftrages findet sich im 18. und 19. Jahrhundert in England, Frankreich, Russland oder Deutschland gleichermaßen und war in all diesen Staaten das beherrschende Motiv für den kolonialistischen Expansionismus, dabei stets einem „höheren Auftrag“ folgend. Der Exceptionalism findet sich bei John Winthrop, bei George Washington, in der Monroe Declaration (1823), wurde umfassend bei Alexis de Tocqueville in seinem Buch „De la démocratie en Amérique“ (2 Bände, 1835 und 1840) erörtert, in der Rede „The March of the Flag“ von Albert Beveridge (1898), in den „Open Door Notes“ (1899, 1900), in Theodore Roosevelts „Corollary Speech“ (1904), bei Woodrow Wilson, Franklin D. Roosevelt, Jimmy Carter und bei Ronald Reagan. Nach der Niederlage der Franzosen 1745 bei Louisbourg (Cape Breton Island) war es auch ein Sieg der „Christen“ gegen die Franzosen, und Thomas Prince sah den Willen Gottes für ein Amerika von „Canada to the ends of America“.¹²⁾

Hiezu gehören Symbole: Die America und Columbia, die Flagge, Liberty Bell, bauliche Zeitzeugen und Dokumente, Monumentalbauten und andere Symbole verkörpern die besondere Stellung Amerikas. Der American Exceptionalism sieht Amerika als den diesseitigen Garten von Eden, obgleich Amerika in der Bibel gar nicht vorkam. Hiezu finden sich Begriffe wie City Upon a Hill, The New Canaan, The Promised Land, The New Jerusalem, The Holy Experiment, The New Heaven, Earth's Paradise, Beacon of Liberty, Divine Providence oder Esperanza, womit sich die mit der Präsidentschaft von Andrew Jackson verstärkende Selbst-Perzeption und der danach einsetzende Nationalismus erklärten und nun auch die Politik sich dieser höheren Ordnung unterwarf.

Umgekehrt ist das amerikanische Modell ein humanistisches Experiment, ist „rein“, gerecht, für die ganze Welt beispielhaft. In den Augen europäischer Monarchen und Staatsmänner war Amerika damals allerdings eher „unzivilisiert“, wild, und Palmerston warf die USA abfällig in einen Topf mit China oder Portugal. Doch die amerikanische Gesellschaft geriet immer in den Sog dieser transzendenten Termini und suchte stets die Perfektionierung ihrer „imperfect society“ wie auch im American Dream (geprägt 1931 von James Truslow Adams in „The Epic of America“) eine individuelle Erfüllung.

Damit wird Mission nach innen wie auch nach außen zur idealisierten Pflicht. Selbst die Geographie Amerikas ist göttliche Vorsehung, die Politik wird zu ihrem Instrument. Dies erklärt die Überhöhung der Landnahme im Westen, die Idee der Frontier, Wilsons Idee eines World Government (1918/19, unter amerikanischer Führung, im Sinne von One World- und New World Order-Konzepten, die zum Völkerbund

und zur UNO führten). Das voranschreitende Amerika findet sich im New Deal, in der Pax Americana und im American Century, in der Truman-Doktrin, in Kennedys New Frontier, in den Reden von Ronald Reagan. Nur die Wortwahl passte sich der jeweiligen Zeit und den tagespolitischen Erfordernissen an.

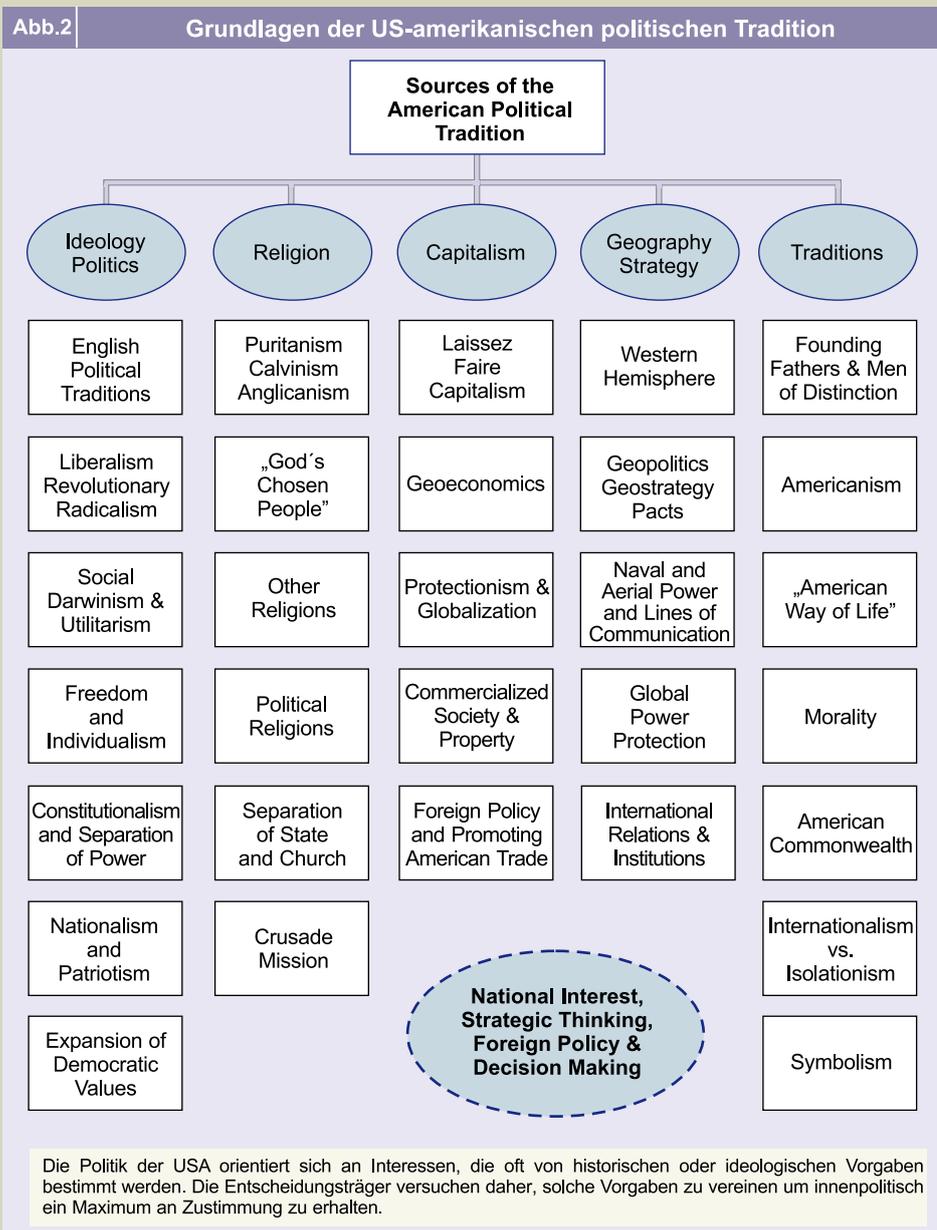
Es ist aber ebenso erstaunlich, dass die Schöpfer der Verfassung überwiegend Atheisten und Rationalisten waren. Während auf Darstellungen Engel George Washington (God’s Man of Providence) in den Himmel entführten, verbat Thomas Jefferson an der University of Virginia die das freie Denken behindernde Religionslehre. Bis heute stehen die oft stark fundamentalistisch geprägten protestantischen Kirchen einem aufgeklärten, bildungsbetonten, religionsfeindlichen Intellektualismus gegenüber.¹³⁾

Dass Amerika anders ist als Europa, ergab sich schon aus den liberalen „Federalist Papers“, und dies stellten neben de Tocqueville auch Friedrich Engels, Antonio Gramsci, Harriet Martineau, Werner Sombart oder Max

Weber fest: Amerika wurde mächtig, weil es keinen König hatte und keine großen Armeen finanzieren musste; die Verfassung machte die Menschen frei, der Kapitalismus begünstigte Initiativen (oft auf Kosten demokratischer Ideale), der Liberalismus einen starken Individualismus, was letztlich eine andere Gesellschaft hervorbrachte.¹⁴⁾

Auch die Manifest Destiny-Erklärung von John L. O’Sullivan von 1845 wie auch spätere Ideen betonten missionarische, ökonomische, antieuropäische wie auch sozialdarwinistische Überlegenheitsansprüche samt der Überzeugung, einer überlegenen amerikanischen Rasse anzugehören, was durchaus britischen Vorbildern entsprach. Auch der Forderung von „scientific borders for the USA“, was immer man daraus ableiten konnte, lag die Feststellung zugrunde, dass es eben, Gottes Wunsch gehorchend, keine endgültigen Grenzen geben konnte.¹⁵⁾

Amerika hatte aber auch eine politische Mission zu erfüllen, so John Quincy Adams, Henry Adams oder Edward Everett, wobei besonders Letzterer eine angelsächsische Amerikanisierung von ganz Amerika prophezeite. Amerika war eben „exceptional“. Es gab die Pflicht, die Welt von dieser Überlegenheit zu überzeugen.¹⁶⁾ In der inneren politischen Betrachtung wurden daraus dann der typische Political Mind und das American Political System. Diese für Amerika so typische Political Religion forderte die Errichtung einer New Order. Deren Errichtung, auch im Sinne der göttlichen Vorsehung, erforderte eben Mission und



Crusade. McKinley erklärte, warum er die Philippinen zur Kolonie machte: Weil dies eben dem Willen Gottes entspreche, und damit ersparte er sich lange politische Debatten mit dem Kongress, denn es ging ihm rein um strategische und wirtschaftliche Überlegungen: „*I walked the floor of the White House night after night and midnight, and I am not ashamed to tell you, gentlemen, that I went down on my knees and prayed to the Almighty God for light and guidance more than one night. And one night late it came to me this way: First, that we could not give them back to Spain - that would be cowardly and dishonorable; secondly, that we would not turn them over to France or Germany - our commercial rivals in the Orient - that would be bad business and discreditable; thirdly, that we could not leave them to themselves - they were unfit for self-government; fourth, that there was nothing left for us to do but to take them all, and to educate the Filipinos, and uplift and Christianize them, and do the very best we could by them as our fellow men.*“¹⁷⁾

Druck kam von den Männern mit Visionen für ein Greater America von der Arktis bis zur Antarktis. Da stellte sich nur die Frage, wie weit und wann man die USA ausdehnen sollte. War man innenpolitisch mit anderen Problemen befasst, würden Händler und Kirchen die amerikanische Idee und Fahne vorantragen. Daher okkupierte die U.S. Navy Midway und zahlreiche Atolle im Pazifik und nicht der Kongress.

Der Crusade-Begriff entstand nach 1860, als der Krieg Lincolns gegen den Süden als Crusade for Liberty verstanden wurde. Crusade war als politisches Expansionsprogramm zu verstehen und entsprang der klassischen amerikanischen Diesseitssicht. Crusade wurde auch von einem Teil der damaligen Presse eingefordert bzw. als Instrument für eine andere Völker befreiende nationale Pflicht gesehen, was insofern nicht unlogisch war, als die meisten Völker unter undemokratischen Herrschaftssystemen lebten. Damit wurde Politik immer moralisch begründbar: Amerika hatte einen höheren Auftrag im Kampf zwischen „good and evil“ oder im Kampf gegen Unterdrückung, gegen die „dark powers“, „evil empires“ oder die „axis of evil“. Man soll nicht vergessen, dass diese Rhetorik im 19. Jahrhundert auch in Europa üblich war, sie hat sich nur in den USA länger erhalten. Der Begriff findet sich in The Great Crusade gegen das Deutsche Reich 1917/18, erneut ab 1940/41 (Eisenhower schrieb seine Kriegserinnerung unter dem Titel Crusade in Europe), im Crusade Against Communism, Crusade Against Segregation, Morale Crusade und im Kreuzzug gegen den islamistischen Terror. Am 16. Dezember 2001 sagte Präsident Bush dazu: „*This is a new kind of evil, and the American people are beginning to understand that this crusade, on terrorism, is going to take a while.*“¹⁸⁾

Die Feinde des Christentums sind seit jeher auch die Feinde Amerikas, und diese manichäische Sicht führte zur Dämonisierung der Indianer, der Engländer, des kaiserlichen Deutschlands, Japans, Hitler-Deutschlands, der Sowjetunion und des Kommunismus, von Saddam Hussein oder auch des Irans. Damit wird auch

das American Creed verständlich, denn es idealisiert jene Kultur und Zivilisation, die zum Fundament der America's Political Culture wurde.

Globale Programme: American Century, American Empire, Pax Americana

Der Begriff American Century tauchte zum ersten Mal 1876 im Zuge der 100-Jahr-Feiern der Union auf, und wurde am 17. Februar 1941 von Henry R. Luce im Magazin „Life“ im Zuge der Lend Lease-Debatte als politisches Programm gegen die Achsenmächte verwendet. Luce schrieb, obwohl die USA sich nicht im Krieg befanden: „*We are in the war ... We are not in a war to defend American territory: We are in a war to defend and even promote, encourage and incite so-called democratic principles throughout the world.*...“

Im gleichen Artikel verwendete Luce auch (vermutlich zum ersten Mal) den Begriff Pax Americana. Diese folge, so Luce, der Pax Britannica und verhindere eine Pax Germania oder Pax Sovietica.

Lange zuvor sah etwa Brooks Adams die USA als logischen Nachfolger des British Empire und prägte in seinem Buch The New Empire (1902) den Begriff American Empire. Nach 1990 erschienen rund 50 Bücher und zahllose Artikel betreffend das amerikanische Empire, Century und Unilateralismus.

Wenngleich einige Autoren darauf verweisen, dass das 21. Jahrhundert auch ein Asian Century sein könnte,¹⁹⁾ muss doch daran erinnert werden, dass Asien ein völlig inhomogener Kontinent mit mehr Gegensätzen als Gemeinsamkeiten ist und China, Indien, Pakistan oder der Iran sich eher feindlich gegenüberstehen, was eine Supermachtstellung in der Welt verhindert.

World Island

Eine rein geopolitische Betrachtung sieht Nordamerika als einen Kontinent, der von zwei schützenden Ozeanen umgeben ist; die USA haben schwache und überwiegend freundliche Nachbarn im Norden und Süden. Dies verschaffte den USA Sicherheit und Handlungsfreiheit, auch gegenüber potenziellen Antagonisten.

Amerika ist eine Insel, wie auch die USA eine Insel innerhalb der westlichen Hemisphäre sind. Dieser Umstand ist seit jeher Gegenstand eigener geopolitischer Überlegungen. Die von Christopher Layne, Ted Galen Carpenter und John J. Mearsheimer vertretenen „Insel“-Konzepte gehen von den heutigen technischen Möglichkeiten aus: Die USA könnten sich aus allen Konflikten der Welt heraushalten und bei Bedarf Verbündete suchen. Die Flottenverbände können auf den Weltmeeren operieren und verhindern, dass eine eurasische Macht den Schritt auf die Weltmeere setzt. Damit würde der nordamerikanische Kontinent geschützt und Eurasien sich selbst überlassen. Denn die USA sind nur, wenn sie und wo sie wollen, „Global Cop“. Eigentlich bräuchten sie weder an der Verbreitung von Demokratie oder Marktwirtschaft interessiert sein, da sie wirtschaftlich weitgehend autonom sind, noch wären sie von den Erschütterungen und

Kriegen in anderen Teilen der Welt berührt. Nukleare Abschreckung würde verhindern, dass jemand die USA mit Massenvernichtungswaffen angreift. Doch entspricht ein solcher Isolationismus weder der Selbstperzeption Amerikas noch der gesuchten Rolle in der Welt.

Durch die Insellage bot sich für die USA eine geopolitische Position, die für europäische Mächte völlig atypisch war, denn Europa ist Ort zahlloser Aggressionen, Unterwerfungen und ständiger Grenzverschiebungen. Es gab auch in den USA bis etwa 1880 kaum strategische (bzw. geostrategische) Überlegungen: Es gab nach 1812 keinen Feind, sieht man vom sich im Inneren zutragenden Bürgerkrieg ab 1860 ab. Dies änderte sich etwa um 1880 bzw. nach 1898.

Früher Expansionismus

Wann begann in den USA ein Denken in makrogeographischen und ausholenden politischen Kategorien?²⁰⁾ Vermutlich liegen die Anfänge bereits in der Phase der Unabhängigkeitserklärung, als sich die 13 Gründerstaaten Territorien jenseits der Appalachen bis zum Mississippi sichern wollten, Gebiete, die man als „Western Reserve“ betrachtete. Damit kam es zum ersten Gebietsanspruch von Land außerhalb der eigentlichen Grenzen der Union bzw. Konföderation. 1803 wurde Louisiana erworben, ein Gebiet, das westlich der Western Reserve lag und die gesamte Region des Mississippi-Missouri-Systems umfasste. Thomas Jefferson äußerte sich bezüglich zukünftiger Grenzen der USA mehrfach, auch an die Adresse der europäischen Mächte in der westlichen Hemisphäre, wie etwa 1803: „*Our geographical peculiarities may call for a different code of natural law to govern relations with other nations from that which the conditions of Europe have given rise to.*“²¹⁾

Charles Brockden Brown (1771-1810) meinte: „*The Eagle of the United States - may she extend her wings from the Atlantic to the Pacific, and fixing their talons on the Isthmus of Darien, stretch her beak to the Northern Pole.*“²²⁾

1818 wurde von Großbritannien ein Gebiet erworben, das später Teil von Nord-Dakota wurde. 1819 kam Florida dazu. Mitte der 1830er-Jahre kam es dann zu den wachsenden United States of America. 1842 folgte ein Teil des späteren Staates Maine, ein Gebiet, das von Kanada abgetreten wurde. 1845 folgte die Eingliederung von Texas und Gebieten der späteren Staaten New Mexico, Colorado sowie von Teilen Arizonas. 1846 kam es zum Erwerb des Oregon Territory, das später die Bundesstaaten Washington, Oregon und Idaho bildete. 1848 wurden Kalifornien, Nevada, Utah und Arizona erworben und 1853 die Südgrenze dieses Gebietes (zulasten von Mexiko) weiter nach Süden vorgeschoben. 1850 wurde Kalifornien zu einem Staat der USA, obwohl der gesamte Westen mit Ausnahme von Texas noch nicht in Bundesstaaten organisiert war. Damit wurde Russland, Spanien und England der Zugriff auf den Westen der USA entzogen.

Kanada war im Krieg von 1812 und beim Frieden von Gent 1814 in den USA ein Dauerthema. Madison und Monroe hofften, dass die kanadischen Provinzen von England abfallen und den USA beitreten würden. Ein

Aufstand in Kanada im Jahre 1837 schien ein günstiger Moment, aber er wurde dilettantisch ausgeführt, und die Angelegenheit wurde 1841 zwischen den USA und England beigelegt. Die (anti-britischen) irischen Fenians überquerten zwischen 1866 und 1870 dennoch mehrmals die Grenzen zu Kanada, wurden aber angesichts ihrer chaotischen Vorgangsweise immer ohne Schwierigkeiten zurückgeschlagen.

1809 wollte Jefferson Kuba erwerben und 1812 meinte er, auch Kanada sollte zu den USA gehören. John Quincy Adams wollte 1819 alles Gebiet bis Yucatan - „North America and the United States are identical“ - den USA zuschlagen. Ähnliche Ideen vertrat auch John C. Calhoun. 1848 wollte Präsident Polk Kuba für 100 Mio. und 1854 Präsident Pierce für 130 Mio. USD kaufen, aber Spanien lehnte ab, und man erwog daher eine militärische Besetzung, doch waren innenpolitische Probleme und der amerikanische Bürgerkrieg politische Hindernisse. 1869/70 wollte man erneut Kuba und Puerto Rico von Spanien kaufen, was dieses wiederum ablehnte. Als Grant Präsident wurde, gab es in Kuba bereits Aufstände, und Tausende Flüchtlinge kamen nach Florida. 1873 wäre es bereits zu einem Krieg mit Spanien gekommen, als ein spanisches Kriegsschiff ein amerikanisches Schiff kaperte, wobei 52 Besatzungsmitglieder und Passagiere erschossen wurden. Spanien entschuldigte sich zwar, doch es war die plötzliche Börsen-Panik, die das Interesse auf weitaus brennendere Probleme lenkte.²³⁾

1867 wurde Alaska erworben, der Kauf von Außenminister William H. Seward mit dem russischen Repräsentanten persönlich ausgehandelt, die Ratifikation war aus innenpolitischen Gründen nicht ohne Probleme, da man gegen Präsident Johnson zuvor ein Impeachment-Verfahren eingeleitet hatte.²⁴⁾ Seward hatte für die USA ganz Kanada, Grönland, Island, Mexiko, Hawaii, alle Inseln in der Karibik und Guyana gefordert. Präsident Grant wollte Santo Domingo und einen Teil von Nikaragua, um dort einen Kanal zu bauen. Unterstützt wurde diese Idee von Hamilton Fish und Charles Sumner.

Das Interesse der USA an Lateinamerika umfasste Venezuela, aber auch Brasilien. William Walker, Anhänger eines die gesamte Hemisphäre umfassenden, von den USA geführten Amerika, glaubte in Nikaragua das „California of the South“ gefunden zu haben. Mit Billigung von Präsident Buchanan rief er Nikaragua zu einem Staat der Union aus, nachdem er mit nur 58 Mann seiner American Phalanx of the Immortals auch Honduras und San Salvador annektieren wollte, wobei Walker am 12. September 1860 erschossen wurde.²⁵⁾ Ohne den herannahenden Bürgerkrieg hätten die USA vermutlich die britischen Aktivitäten in Zentralamerika, die sich gegen die Interessen der USA richteten, besser parieren können.

Der Amazonas erfüllte die Wünsche nach der sich nach Süden erstreckenden „Neuen Welt“ ebenso wie jene, die dorthin die überschüssigen Negerklaven deportieren wollten. Matthew F. Maury meinte, der Amazonas wäre „the logical continuation of the Mississippi“, und Louis E. Agassiz (Professor an der Harvard University) meinte, Brasilien, „the Garden of the Hesperides“, wäre für die USA ein logischer Raum für Besiedlung und Rohstoffe.

Ein weites Vordringen gab es im Pazifik, dem „American Ocean“: Besetzt wurden dort diverse kleine Inseln wie Baker, Canton, Christmas Islands, Enderbury, Howland, Jarvis, Johnston, Palmyra, Peale, Swains, Kingman, Wilkes. Ab 1852 hatten die USA (wie auch Großbritannien und Russland) Hawaii im Auge, das schrittweise an die USA gebunden wurde, ab 1887 gab es dort eine Reparaturwerft und Kohlebunker, ehe man es 1898 annektierte. Samoa wurde 1877 von den USA besetzt, weil dies der König von Samoa so wollte, und den USA wurde zudem eine Basis in Pago Pago angeboten. Das deutsche Verhalten gegenüber Washington ab 1860, besonders 1889 in der Samoa-Frage und dann betreffend Venezuela, schürte eine anti-deutsche Stimmung in den USA, was sich 1914 auswirken sollte.

Im Atlantik, der „American Sea“, suchte man Flottenbasen in Haiti und Santo Domingo; Kolumbien sollte fest an die USA gebunden werden. 1917 wurden den Dänen die Virgin Islands abgekauft, und Dänemark war sogar bereit, auch Grönland und Island an die USA zu verkaufen, doch der Kongress zeigte kein Interesse. Auch Navassa kam zu den USA. Das kubanische „window of opportunity“ sollte sich erst 1898 wieder öffnen, als die USS Maine im Hafen von Havanna vermutlich durch eine Kohlenstaub-Explosion zerstört wurde, ein Vorfall, der von einigen Medien als Anschlag erklärt wurde und zur Kriegserklärung der USA führte.²⁶⁾ Präsident McKinley, von der Presse gedrängt, beschloss den Krieg, der aber nie nach Spanien getragen wurde. Im Zuge des Spanisch-Amerikanischen Krieges 1898 wurde nun Kuba besetzt (diese Besetzung dauerte bis 1902, es erfolgten mehrere Besetzungen zwischen 1906 und 1922); die Insel blieb bis 1934 ein Protektorat, ebenso Puerto Rico, das aus strategischen Gründen Teil der USA wurde. An die USA fielen 1898 auch Guam, Wake und die Philippinen.

Um 1880 entstand der Pan-Americanism, und 1881 sollte die erste Pan-American Conference stattfinden, die dann 1888 unter Präsident Cleveland nachgeholt und von James G. Blaine (Nationalist, antibritisch und antieuropäisch) organisiert wurde. 1910 wurde die Pan-American Union geschaffen, während Andrew Carnegie den eindrucksvollen Bürobau in Washington aus seiner Tasche finanzierte. Dennoch kam es durch den Expansionismus zu Spannungen mit Chile (1891/92), Brasilien (1895), Nicaragua und immer wieder mit Großbritannien, da sich jeder bilaterale Konflikt immer auf Kanada auszudehnen drohte. Bezüglich Kanada schaltete man in London letztlich auf freundschaftliche Beziehungen mit den USA, und der Burenkrieg („The British Empire against 30.000 Farmers“) erforderte 460.000 Mann und zeigte London die Schwierigkeit einer Kriegführung weit abseits vom Mutterland.

London verzichtete mit den beiden Hay-Pauncefote-Verträgen auf seine Interessen am Kanalprojekt in Kolumbien (später Panama). 1903 kam es aus innenpolitischen Gründen zur Abspaltung Panamas von Kolumbien, das, von den USA umgehend anerkannt, bis 1939 ein Protektorat der USA blieb, ehe sich die amerikanische Besetzung auf die Kanal-Zone reduzierte. 1912 wurde Honduras besetzt (die Besetzung dauerte bis 1919, eine weitere von

1924 bis 1925), ebenso Nicaragua (Besetzung bis 1925, erneut 1926 bis 1933). 1914 kam es zur vorübergehenden Besetzung von Vera Cruz, Mexiko. Von 1915 bis 1934 wurde Haiti besetzt (Protektorat bis 1936), 1905 bzw. 1916 die Dominikanische Republik stabilisiert (Protektorat bis 1941),²⁷⁾ und zusätzlich kam es zu militärischen Interventionen in Guatemala, San Salvador und in der Dominikanischen Republik (Santo Domingo).

Bedeutende Schritte in Richtung einer ökonomischen Expansion erfolgten durch Grover Cleveland,²⁸⁾ er forcierte die „Yankee Trader“-Politik in Richtung Japan, China und Lateinamerika und machte aus der Monroe Declaration die Monroe-Doktrin, wobei er ganz offen Großbritannien herausforderte. 1898/99 gab es die offene Interessenbekundung bezüglich einer Open Door-Policy in China. Cleveland meinte: „*It will be in my opinion the duty of the United States to resist by every means in its power ... the appropriation by Great Britain of any lands or the exercise of any governmental jurisdiction over any territory...*“²⁹⁾

Das war nicht die erste Kampfansage an London, nun auch eine an China. Die USA entsandten Truppen zur Niederschlagung des Boxer-Aufstandes 1901 und verblieben de facto bis 1948 in der einen oder anderen Form in China, wobei die USA die Flottenbasis Schanghai erst Anfang 1949 räumten.

Die amerikanische Expansion dieser Jahre wird oft auch als „Defensive Realism“ bezeichnet.³⁰⁾ Man besetzt ein Gebiet, um zusätzliche Sicherheit zu schaffen und um anderen Mächten den Zugang zu einem Territorium zu verwehren. In Zentralamerika war es aber fast immer das innenpolitische Chaos, das amerikanische Interessen gefährdete. Im Gegensatz zu den europäischen Kolonialmächten erfolgten die Interventionen der USA mit einem Minimum an militärischer Gewaltanwendung, sieht man von 1898 ab. Die amerikanische Expansion wie auch die diversen Interventionen in der westlichen Hemisphäre erfolgten nie aus kolonisatorischen Gründen; man unterhielt auch kaum umfangreiche militärische Garnisonen. Einige Interventionen dienten der Beendigung von Bürgerkriegen (Guatemala, Honduras, San Salvador), außerdem befanden sich in den Staaten Lateinamerikas ohnedies kaum nennenswerte Streitkräfte.

Nur die Philippinen wurden nach 1898 beinahe eine „echte Kolonie“, die man aber so rasch wie möglich wieder loswerden wollte. Man hatte Spanien im Zuge der Friedensverhandlungen sogar 20 Mio. USD gezahlt, somit die Inseln im Nachhinein de facto gekauft. Die Inselgruppe war arm, rückständig, kostete Unsummen (wie auch die europäischen Kolonien in Afrika); es gab laufend militärische Auseinandersetzungen (die auch von Japan angezettelt wurden), und die „Amerikanisierung“ einer spanisch-katholischen Gesellschaft erwies sich als schwierig. Ab 1920 gab es im Kongress mehrere Vorstöße in Richtung Unabhängigkeit, obwohl man wusste, dass Japan sich die Inseln einverleiben könnte, aber die Isolationisten ignorierten diese Gefahr. Der Tydings-McDuffy Act vom 2. März 1934 (im Senat mit 68 zu 2 Stimmen angenommen) gab den Philippinen die Unabhängigkeit im Jahre 1944, allerdings unter Beibehaltung mehrerer

amerikanischer Stützpunkte. Durch den Krieg bedingt erlangten die Philippinen die Unabhängigkeit erst mit 4. Juli 1946.³¹⁾ Auch Kuba war zu katholisch und zu „spanisch“ und hatte daher keine Chance auf eine gemeinsame Zukunft mit den USA.

Die USA als neue Seemacht: The Great White Fleet

Auch der Aufbau einer nennenswerten Flotte, um all die neuen Besitzungen zu sichern, stieß zunächst auf Widerstand im Kongress, aber es gab ab 1885 Überlegungen für Basen in Korea, Südamerika, Liberia und Eritrea. Erst Marineminister Benjamin Tracy konnte - angesichts der anlaufenden Planungen für den Panamakanal - mit Unterstützung von Alfred Thayer Mahan und der Presse ab 1889 den Bau einer Hochseemarine durchsetzen, somit den Bau von Schlachtschiffen. Immerhin waren die USA ab 1890 die größte Industrie- und Exportmacht der Welt geworden. Aber die Navy musste erst geeignete Werften bauen und das Know-how erwerben.

Diese „Great White Fleet“ war jedenfalls 1905 fertig und wurde von Theodore Roosevelt vom Dezember 1907 bis Ende Februar 1909 auf eine Reise um die Welt geschickt. Die Flotte bestand aus 16 neuen, modernen, weiß gestrichenen Schlachtschiffen (auf einigen Strecken von Zerstörern begleitet) und demonstrierte erstmals Amerikas Fähigkeit im Bereich der Seerüstung wie auch als neue Seemacht. 14.000 Mann Besatzung schafften eine 70.000 km umfassende Fahrt ohne Zwischenfälle und halfen beim schweren Erdbeben in Messina, Sizilien - zugleich der erste (ungeplante) humanitäre Auslandseinsatz.

Im Hintergrund erkannten die USA zwei neue Gefahren: den Flottenbau Japans und jenen des Deutschen Reiches. Großbritannien arrangierte sich mit Japan, das Russland am Vordringen in Richtung Schanghai und Singapur hinderte, und zog seine Flotte aus den asiatischen Gewässern weitgehend ab und konzentrierte sich auf das Mittelmeer und die gegen das Deutsche Reich gerichtete Home Fleet. Für die USA bedeutete dies jedoch ein ungehindertes Agieren Japans, das die USA ab sofort als potenziellen Feind betrachten mussten.

Die Verteidigung des Panamakanals

Der 1914 fertig gestellte, 82 km lange Panamakanal war für die USA die strategisch wichtigste Verbindung zwischen dem Atlantik und dem Pazifik und erlaubte die von Mahan vorgeschlagene „Swing-Strategy“ zur Verlagerung des maritimen Schwerpunktes zwischen beiden Ozeanen, erforderte aber auch, alle Schiffe auf die Größe der Schleusen hin zu planen, was heute viele Schiffe von der Nutzung des Kanals ausschließt.³²⁾ Die USA errichteten daher in der Region zahlreiche Seestützpunkte und Flugplätze und stationierten in der Kanalregion auch Armeekräfte.

1940 warnte Isaiah Bowman Vizepräsident Henry Wallace vor der Gefahr, dass sich nach Kriegsende eine feindliche Macht in Lateinamerika festsetzen und die USA bedrohen könnte. Amerikas Lateinamerikapolitik hatte daher oft nur die Wahl zwischen befreundeten Übeln oder

antagonistischen Führungen, die bereit waren, sich mit Nationalsozialisten und Kommunisten zu verbinden oder selber national-faschistische Systeme errichten wollten.

Für Roosevelt war das Deutsche Reich ab 1938 ein potenzieller Feindstaat. Japan hatte mit der Okkupation der Mandschurei seine anti-britische und anti-westliche Politik verdeutlicht. Im „Look“-Magazin erschien am 25. August 1942 von Anton Pettenkofer (Geopolitiker) ein Artikel unter dem Titel „Hitler's Plan To Attack America“. Deutsche Kräfte würden demnach von Dakar aus nach Brasilien übersetzen und sogar in Mexiko landen. Die USA fürchteten, die deutsche Luftwaffe könnte Basen in Westafrika für Operationen gegen den Panamakanal und die USA nützen. Man beobachtete mit Argwohn das Verhalten der zahlreichen Deutschen in Brasilien und Argentinien (wo Peron mit dem Deutschen Reich sympathisierte), und man musste auch in Brasilien für eine USA-freundliche Politik sorgen. Die USA dehnten die Monroe-Doktrin daher auf den Südatlantik und auf Westafrika aus.

Ab Frühjahr 1942 wurde, im Vorfeld der Verteidigungszone Panamas, die Luftbrücke nach Nordafrika aufgebaut, zuerst zur Unterstützung der Briten im Mittelmeerraum, dann für die Verlegung von Bombern und Jägern nach Libyen und Ägypten für Luftoperationen gegen den Balkan und Italien. Diese Basen umfassten in Florida Homestead und Morrison Field, dazu kamen Basen in Puerto Rico, Trinidad, Flugplätze in Antigua, Santa Lucia und Jamaika. Des Weiteren gab es Stützpunkte in Britisch-Guyana (Atkinson Field), Brasilien (die Basen in Belem, Natal, Recife, Sao Luis, Amapa und Fortaleza) und in Nordafrika (Dakar, Accra, in Sierra Leone Hastings Field, in Liberia Roberts Field). Große Bedeutung für die U-Boot-Bekämpfung erlangte Ascension. Auf diesen Flugplätzen lagen U-Jagdflugzeuge und Seeraumüberwacher (darunter Langstrecken-U-Jäger auf Basis der B-24), Jäger und Transportflugzeuge, in den Marinestützpunkten befanden sich Zerstörer und U-Jagd-schiffe, gesichert durch Kräfte der U.S. Army.

Gefahren drohten immer wieder durch eine Reihe sich als „Anti-Yankee“ präsentierender Politiker wie Peron, Castro, Allende, Noriega (heute sind es Ortega, Kirchner oder Chavez), aber auch vom revolutionären Potenzial in den unüberschaubaren Favelas, von Drogenkartellen, den rund 100.000 bewaffneten Mitgliedern diverser Banden in Zentralamerika, den militärisch organisierten Banden in Brasilien und ihren Verbindungen zur Immigrantenszene in den USA. 40% der Bevölkerung Lateinamerikas sind arm, 150 Mio. leben in Slums. Die USA gelten einmal als Feind, einmal als letzte Hoffnung. Neu hingegen sind Achsen diverser Staaten zu China, Nordkorea und zum Iran.

Das Gegenküsten-Konzept

Die Idee der Nutzung Europas für die Verteidigung Amerikas geht auf die Zwischenkriegszeit zurück, als man meinte, Amerika werde durch Frankreich am Rhein und vor den europäischen Flotten durch die Royal Navy im Nordatlantik verteidigt. Nicholas Spykman empfahl 1942/43, ähnlich wie später zahlreiche Militärs, Stützpunkte an den vorgelagerten Gegenküsten³³⁾ bzw. Rimlands einzurichten. Diese Beherrschung ergebe sich

durch die Möglichkeit (a) der Seestreitkräfte, (b) durch weitreichende Flugzeuge (Bomber), (c) durch Besetzung von Island und Grönland (erfolgte 1942) und (d) durch eine Blockade der Ausgänge zu den Rimlands, so durch Sperren der Seewege und Meerengen wie des Kattegats/Skaggeeraks zwischen Grönland, Island und Großbritannien, durch die Kontrolle der Ebenen in Polen und der norddeutschen Ebene, Sperrung des Donaufalles, Sperren der Engen von Gibraltar und der Dardanellen, der Zugänge zum Indischen Ozean (Rotes Meer, Golf von Aden), der Kurilen, der Formosastraße, der Timorsee, von Singapur und der Beringstraße. (Dieses Konzept wurde von den USA im Kalten Krieg wieder aufgegriffen und war der Grund für die „600 Ship Navy“ unter Ronald Reagan und Marineminister John Lehman.)

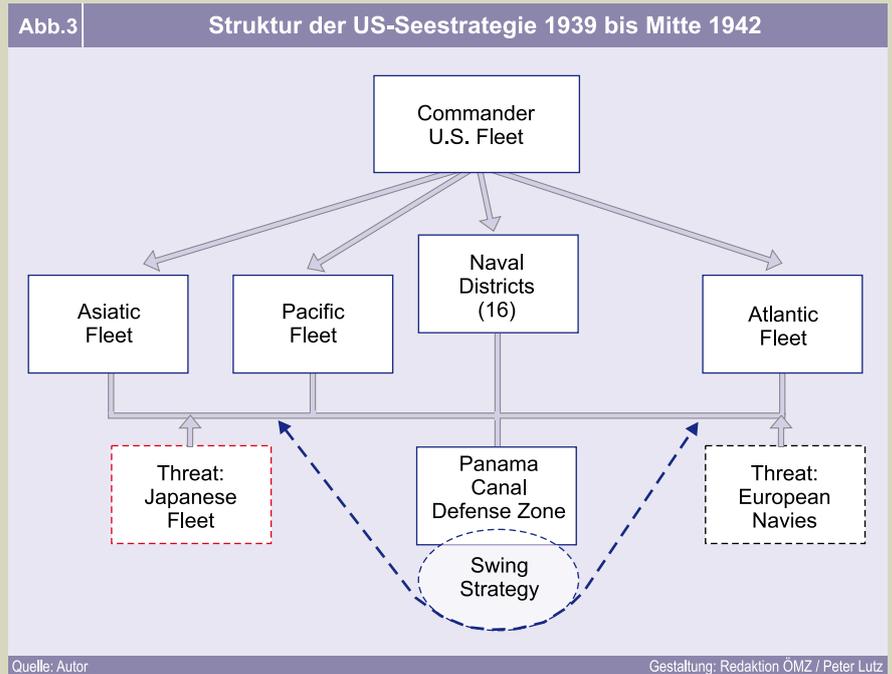
Die Gegenküsten-Konzeption wurde einmal vor dem asiatischen Kontinent gezogen (Acheson-Line, 1950, mit Japan, den Philippinen und Australien, aber ohne Korea), dann schloss sie Teile des asiatischen Kontinents ein (Dulles-Line, 1954, nun mit Korea). Nur die Beherrschung der Gegenküsten - mit ausreichend strategisch-operativer Tiefe - ermöglichte die Verteidigung Europas und des europäischen Pfeilers der NATO wie in Asien die Mitgliedstaaten des SEATO-Paktes. Sie erleichterte die von George Kennan 1946 vorgeschlagene Containment-Politik bzw. war sie eine Voraussetzung für das Offenhalten der Verbindungslinien. Letztlich ist das Gegenküstenkonzept nichts anderes als die Verteidigung Amerikas am Boden bzw. an den Küsten anderer Kontinente.

Alle diese Konzepte führten zum Bau einer großen Two Ocean Fleet, zur Entwicklung von Langstreckenbomben und zu einem umfangreichen Stützpunktkonzept, dessen Grundzüge bereits 1944 fixiert wurden, später ergänzt durch eine umfassende Luftverteidigung Nordamerikas, durch Nuklearwaffen, die Gründung der NATO und SEATO, bilaterale Pakte und die Fähigkeit zu militärischen Interventionen jeder Größe gegen jeden Feind.

Atlantic Tilt, Pacific Tilt, Middle East Tilt und Zentralasien: Die Verlagerung des strategischen Center of Gravity - und nun Afrika

Die USA haben ihren außenpolitischen Schwerpunkt immer wieder nach Europa oder Asien bzw. in Richtung Pazifik oder Atlantik verlagert, damit auch ihre geostrategischen Interessen. So waren die USA nach 1865 Pazifik-orientiert, unter Woodrow Wilson Europa-orientiert, nach 1920 wieder Asien-orientiert, mit der Gründung der NATO Europa-orientiert, nach 1965 durch Vietnam wieder Asien-orientiert. Die Asien-Orientierung war unter Johnson und Nixon derart dominant, dass Henry Kissinger das Jahr 1973 zum „Year of Europe“ erklärte.

Energieimporte und Energiesicherung führten zur Schaffung des Readiness Command und Strike Command, der Rapid Deployment Force und zur Gründung



des CENTCOM-Kommandos für den Mittleren Osten. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und nach „9/11“ kam es durch die („neokonservative“) Beurteilung von Gefahren und Energieerfordernissen zu einem Middle East Tilt, in dem eingebettet auch ein „Israel Tilt“ erkennbar wurde, damit verschob sich das Strategic Center of Gravity von Europa weg in den Nahen Osten.³⁴⁾ Mit dem Aufstieg Chinas wird sich die Geostrategie der USA in den kommenden Jahrzehnten stark auf China konzentrieren und hat sich außerdem bereits Indien zugewandt, das auch starke Bindungen an die Sowjetunion hatte und sich wegen China nun Russland und vermehrt den USA zuwendet.

Zbigniew Brzezinski verwies schon vor Jahrzehnten auf die Bedeutung des Mittleren Ostens und auch von Zentralasien (dem „Balkan Asiens“) für die USA. Mit der Schaffung eines militärischen Bereichskommandos für Afrika (AFRICOM) haben die USA der schon von Präsident Kennedy und von Henry Kissinger erkannten Wichtigkeit dieses Kontinents Rechnung getragen. Ein Partnership for Africa-Programm (in Anlehnung an die NATO Partnership for Peace) sollte die Zukunftsperspektiven dieses Kontinents besser ordnen.

„Battleship America“

Die „Battleship America“-Idee entsprang dem Verständnis einer maritimen Strategie und der Möglichkeit, amerikanische Interessen durch Präsenz im Vorfeld (ohne Stützpunkte in Europa) durchzusetzen. Diese wurde in den 1930er-Jahren oft als America Number-One-Strategie (oder Large Policy) bezeichnet, kam den Ideen der Internationalisten und England-freundlichen Kreise ab 1938 entgegen und entsprach auch dem „blue water fleet“-Denkmuster der Admiralität, während die Armee und die Apologeten des neuen Army Air Corps eher eine kontinentale Verteidigung direkt vor oder an den Küsten anstrebten und meinten, Amerika durch weitreichende Bomber besser schützen zu können.

Diese Überlegungen wurden ab September 1939 besonders vom Committee to Defend America by Aiding the Allies gefördert und mit den deutschen militärischen Erfolgen in Europa immer lauter. Am 4. September 1940 erklärte das einen Kriegseintritt der USA ablehnende America First Committee, „... the United States must build an impregnable defense for America ... so that no foreign power; nor group of powers, can successfully attack a prepared America.“³⁵⁾

Stützpunkte wären daher in Neufundland, Kanada, in Alaska und Zentral- und Südamerika zu errichten, und „10.000“ dort zu stationierende Flugzeuge sollten es einem Feind unmöglich machen, die USA anzugreifen.

Nachfolgemodelle sind die Offshore Balancing-³⁶⁾ und Selective Engagement- und Commitment-Strategiemodelle (siehe z.B. die Nixon-Doktrin).³⁷⁾ Auch die Rückverlegung amerikanischer Truppen aus Übersee und das neue (verdünnte) überseeische Stützpunktsystem passen in das Bild der nunmehr überlegten Verlagerung der strategischen Optionen überwiegend von den Stützpunkten der USA. „Vorne“ operieren v.a. Seestreitkräfte, mobile Kräfte, die sich auf prepositioned depots und Schiffe abstützen, und Langstreckenbomber, die über befreundeten oder freigekämpften Regionen betankt werden sollen.

„Fortress America“

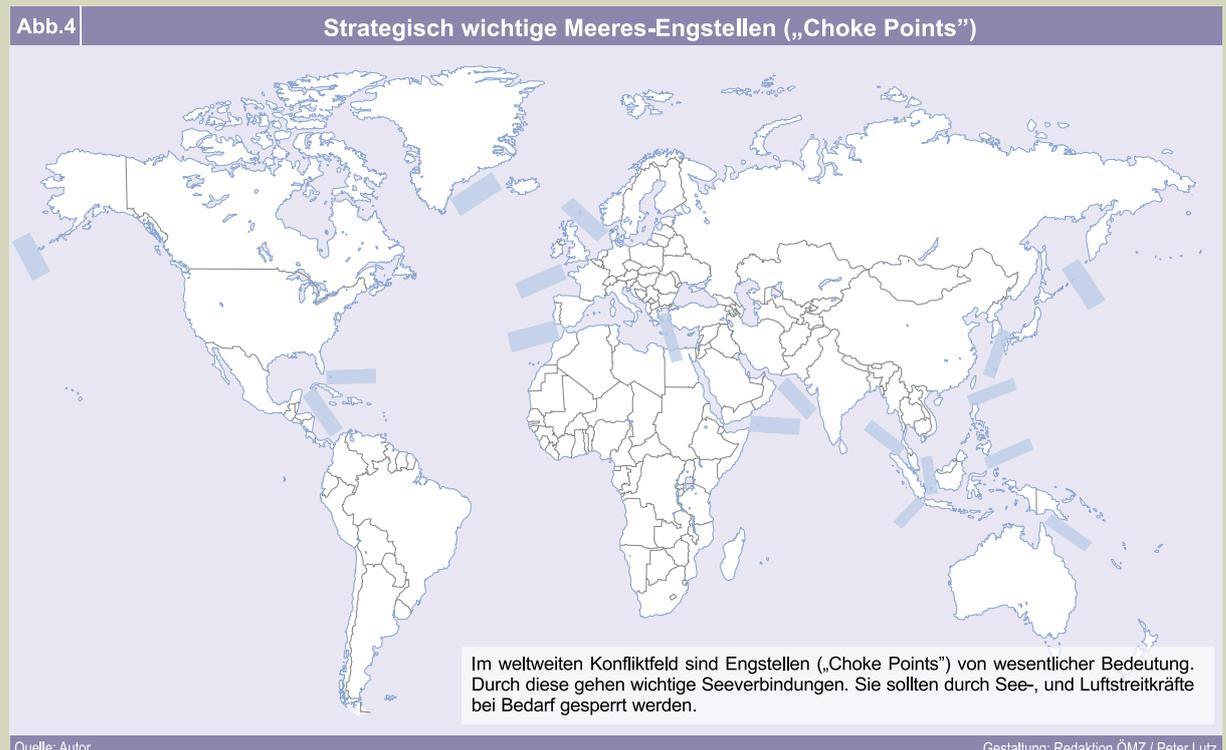
Das Konzept einer strikten Nichteinmischung in ausländische Politik wurde, wenngleich ohne den Begriff „Fortress America“ zu verwenden, zuerst von der pazifistischen „Save America First“-Bewegung (1914/15) getragen, die dabei Unterstützung von Bewegungen erhielt, die sich schon vorher (etwa ab 1900) formiert hatten. Es folgte nach dem Ersten Weltkrieg eine neue Pazifismuswelle, wieder mit einer betont anti-europä-

ischen Grundhaltung. Sie erhielt Zulauf von linken Pazifisten; gleichzeitig wurden wegen der Wirtschaftslage Rüstungsausgaben stark eingeschränkt und auf die Flotte konzentriert. Am Navy Day, dem 27. Oktober 1931, sagte Präsident Hoover: „The first necessity of our government is the maintenance of a navy, so efficient and strong that, in conjunction with our army, no enemy may ever invade our country. Ours is a force of defense, not offense.“³⁸⁾

Dennoch, die USA sollten unangreifbar werden und sich daher gegen Übergriffe von See her durch (a) eine starke Schlachtflotte sichern, (b) durch die Befestigung von Küsten und Häfen und (c) durch Langstreckenbomber verteidigen, die feindliche Schiffe rund 1.000 Meilen vor der Küste abfangen sollten, was zu einer Off-Shore-Rolle des Bombers B-17 führte. Eine andere Forderung war eine Verteidigung ab der Küste, wobei diese einmal an der Jeffersonian Line (also an den Grenzen der USA) oder an einem Vorfeld analog zur Roosevelt Line im Atlantik und Pazifik (18. Nov. 1938) liegen sollte.

1939/40 formierte sich die England-feindliche America First Bewegung mit teilweise pro-deutschen Sektionen v.a. im Mittelwesten.³⁹⁾ Roosevelt und andere erkannten die Unmöglichkeit eines Abseitsstehens der USA von der „restlichen“ Weltpolitik (nicht zuletzt bedingt durch die Aktivitäten Japans im Pazifik und in Ostasien) und befürworteten, als Alternative zur Battleship America-Strategie, zunächst einen bewaffneten Isolationismus mit nach vorne geschobenen Sicherheitslinien.

1939 war die Pan-American Security Zone rund 500 bis 800 Seemeilen vor den Küsten der westlichen Hemisphäre festgelegt worden, die als „line of interest“ bzw. „demarcation line“ bzw. als Neutrality Zone, North American Continental Zone, Western Hemisphere Defense Zone oder Zone of Interest bezeichnet wurde; ihre



östlichen Grenzen liefen entlang des 30. Meridians, dann am 26. Meridian, also rund 1.500 bis 2.000 Seemeilen vor der amerikanischen Küste (die Bermudas und Bahamas einschließend), im Pazifik westlich von Hawaii. Damit deckte man die gesamte Western Hemisphere Area bis zum Panama-Kanal und Nord-Brasilien ab.⁴⁰⁾

Damit überlagerten sich in der politischen Praxis „Fortress America“- und „Battlefield America“-Konzepte. Ein weiteres Verschieben dieser Linien im Pazifik bis zu den Marianen und Marshall-Inseln, im Atlantik nach Grönland, Island (mit 7. Juli 1941) und in die Karibik war sinnvoll, stellte jedoch einen einseitigen Akt gegen die Achsenmächte dar. Die Linien wurden jeweils von Präsident Roosevelt nach Rücksprache mit der U.S. Navy (so gem. Operation Plan 3-41) festgelegt. Zu diesen Linien meinte Admiral Ernest King: „*Any entrance into the Western Hemisphere by naval ships or aircraft of belligerents other than those powers having sovereignty in the Western Hemisphere is to be viewed as possibly actuated by unfriendly interest.*“⁴¹⁾

Die „Fortress America“-Idee endete mit dem Angriff auf Pearl Harbor und war zugleich das Ende der „geopolitical innocence“ und einer „provinziellen“ Politik,⁴²⁾ dennoch wurden solche Überlegungen auch nach 1945 immer wieder vorgebracht. In seiner zweiten Inauguration Address sagte zwar Eisenhower am 21. Jänner 1957, dass der Isolationismus tot sei, es daher keine Fortress America gebe, dennoch kann man vielleicht die Nuklearrüstung, NORAD, SDI bzw. die Ballistic Missile Defense als Teile eines modernen Fortress America-Konzeptes betrachten. Das Fortress America-Konzept findet sich nach 2001 auch als Maßnahme gegen den Terrorismus, so auch durch die Schaffung des Kommandobereiches NORTHCOM und durch das Department of Homeland Defense, das es, wenngleich in einer anderen Form, auch vor und im Zweiten Weltkrieg gab.

Strategic Balancing

Die USA setzen ihre militärischen Mittel auch zum Balancing ein. Balancing ist in der Regel ein geostrategischer Zug im Rahmen gegebener geopolitischer oder bündnistypischer Strukturen, etwa um einen Staat davor zu bewahren, angegriffen zu werden, weil dies in weiterer Folge einen befreundeten Staat oder Bündnispartner schwächen oder gefährden würde. Im Mittleren Osten oder in Ostasien verleihen die USA jener Seite die politische und strategische Überlegenheit, der sie in einem drohenden Konflikt demonstrativ zur Seite stehen. Dies kann bereits durch politische Erklärungen, ein oder zwei Flugzeugträger oder durch die Verlegung von einigen Flugzeugstaffeln oder einen Marine Corps-Verband erfolgen. Balancing vermeidet zunächst Kriegshandlungen. Hierzu gehört auch das Off-Shore Balancing.

The „Great Transformation“

Das Umdenken der amerikanischen Öffentlichkeit von einer traditionellen Nichteinmischung in internationale Angelegenheiten in einem globalen Engagement erforderte eine Zurückdrängung des Isolationismus - egal in welcher Ausprägung -, und dies war ein Prozess, der etwa

um 1940 einsetzte, aber erst nach 1945 zu innenpolitischen Konfrontationen führte.

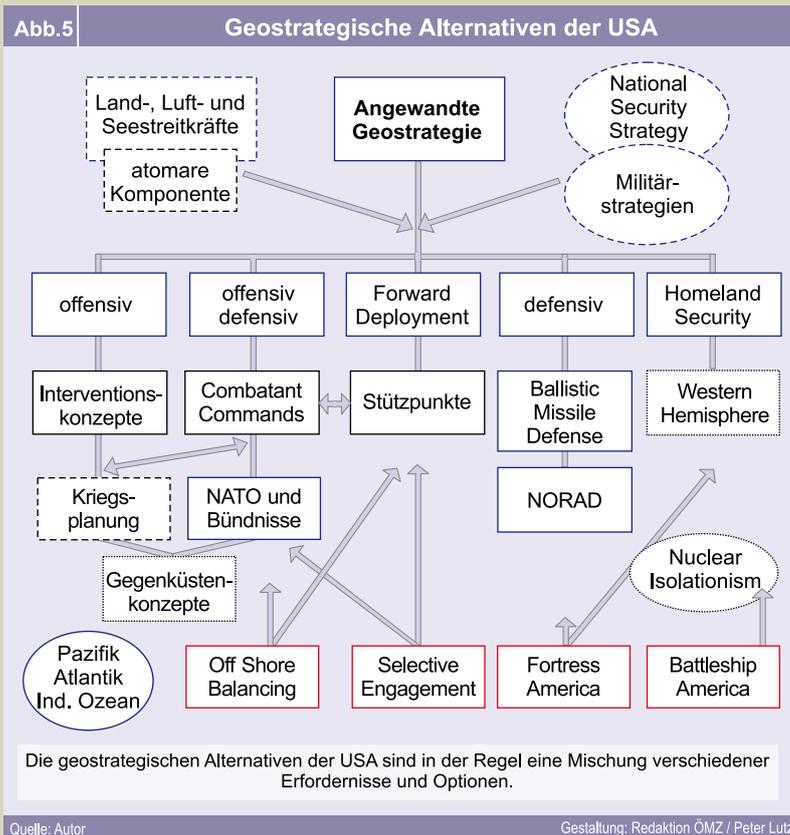
Daher war die Überzeugungsarbeit Trumans gegenüber den traditionellen Isolationisten am rechten und linken Flügel beider Parteien besonders bemerkenswert, und Arthur Vandenberg kommt das Verdienst zu, im Kongress die Grundlagen für die Truman-Doktrin, den Marshall-Plan und die NATO gelegt zu haben.

The English Speaking Union, Anglosphere, Atlantizismus und die NATO

Die Ideen der gemeinsamen Verteidigung Großbritanniens und der USA gegen die antagonistischen kontinentalen Mächte (Europas), waren schon vor 1900 entstanden und finden sich auch bei Homer Lea und William Thomas Stead. Eine Vereinigung der am Nordatlantik liegenden Anrainerstaaten Westeuropas, der USA und Kanadas entstand um 1900,⁴³⁾ erneut während des Ersten Weltkrieges in den USA (George Louis Beer, Herbert Croly, Lewis Einstein, Walter Lippmann, Roland G. Usher), vereinzelt auch in Großbritannien. Lippmann, ein früher Anhänger der Political Geography, wie man die Geopolitik in den USA zunächst nannte, sprach bereits 1917 von einer „Atlantic World“, dann von der Western Community; andere von einer „Atlantic Union“.

Dies schloss auch Australien und Neuseeland ein, die man kulturpolitisch als eine zusammengehörige Anglosphere bezeichnete, die auf die 1918 von Sir E. Wrench gegründete English Speaking Union (ESP) zurückgeht, die zunächst alle Staaten (Dominions) des späteren Commonwealth umfasste; 1920 wurde dann die English Speaking Union of the United States gegründet. Zu den prominenten Mitgliedern der ESP zählten etwa Winston Churchill und Franklin D. Roosevelt.⁴⁴⁾ Sympathien für England waren ja nie erloschen, weder beim Unabhängigkeitskrieg noch bei den Eliten in Neu-England. Beim 60-jährigen Regierungsjubiläum von Queen Victoria am 22. Juni 1897 schrieb die New York Times: „*We are part, a great part, of the Greater Britain which seem so plausibly destined to dominate this Planet.*“⁴⁵⁾

Politisches und militärisches Kooperieren (so Henry Cabot Lodge, Charles Evan Hughes, Elihu Root, Philander Knox, Will Hays etc.) sollte eine Antwort auf eine befürchtete deutsche Wiedererstarken und einen möglichen weiteren Krieg in Europa sein und wurde gegen Ende der 1930er-Jahre als Gegengewicht zum Aufstieg des Faschismus und Nationalsozialismus in England und in den USA diskutiert. Isolationisten wollten aber keine Verpflichtungen der USA in Richtung Europa (so William Borah, Robert LaFollette, Hiram Johnson etc.). Dennoch wurden zur gleichen Zeit Konzepte entwickelt, die auf eine Eindämmung der Mächte auf der eurasischen Landmasse hinausliefen. Mackinder erkannte 1940, dass die Sowjetunion, bei einem weiteren Anwachsen der wirtschaftlichen und militärischen Stärke, zwangsläufig zum größten Gegner für die westlichen Demokratien werden musste, und schlug ein Bündnis



im Namen der „atlantischen Gemeinschaft“ vor, bestehend aus den USA, Großbritannien und Frankreich.⁴⁶⁾ Dies war auch die Ansicht von Nicholas Spykman und zahlreichen Militärs in den USA. Deutlichen Ausdruck erlangte diese Idee in der Atlantic Charter.

Viele Begriffe wie Atlantic Era, Atlantic Idea, (erneut) Atlantic Union, Atlantic Century, Atlantic Community entstanden. Ein „Atlanticist“ war nach 1940 ein Verfechter der transatlantischen Idee. Der nach 1945 entstandene „Atlantizismus“ begründete sich daher einmal auf die Anglosphere, war somit eine auf Demokratien beschränkte geopolitische Weltsicht, dessen Fundament Amerikas Engagement im Ersten und Zweiten Weltkrieg war, andererseits auf eine gemeinsame Antwort des Westens auf die kommunistische Bedrohung, was dann zur Gründung der NATO führte, deren ideologische Fundamente zwar wesentlich älter sind, aber dennoch immer breiter waren als die NATO selbst. Mit der NATO wurde der Sowjetunion die Grenze ihres eurasischen Herrschaftsanspruches geopolitisch und geostrategisch verdeutlicht: West und Ost hatten nichts mehr gemeinsam, weder kulturell noch wirtschaftlich. Auch die NATO-Osterweiterung wie auch die Partnership for Peace war klassische amerikanische Geopolitik vis a vis der eurasischen Macht Russland - die Fortsetzung der Geopolitik nach 1945, im Sinne von Spkman, Kennan, Truman, Kissinger, Brzezinski, Reagan etc.⁴⁷⁾

Die USA unterstützten ja nicht nur Großbritannien in beiden Weltkriegen, sondern auch im Falklandkrieg und umgekehrt Großbritannien die USA in Korea, in allen Golfkriegen, im Irak und in Afghanistan, egal welche Regierung in London gesessen ist bzw. sitzt. Die USA

waren auch bereit, im Zweiten Weltkrieg Australien und Neuseeland zu schützen. Andererseits ergaben im Zweiten Weltkrieg mehrere Umfragen in den USA, dass ein Teil der Bevölkerung die Hilfe für Großbritannien als „saving Britain her Commonwealth“ kritisierte.

Manche Autoren meinten in Unkenntnis der Entstehung der atlantischen Idee nach dem Ersten Weltkrieg, dass der politische Atlantizismus ein Produkt des Kalten Krieges gewesen sei. Mit dem Untergang der Sowjetunion sei der Zusammenhalt des Westens auch ideologisch zu einem Ende gekommen. Gefahren, die für den Westen von Russland ausgehen, seien so gering, dass man diese ignorieren könne. Zugunsten einer Verschränkung europäischer und russischer Interessen ist man in einigen Kreisen Europas sogar bereit, den Verteidigungspakt mit Amerika aufzukündigen. Besonders EU-Europa manövrierte sich immer mehr in einen Isolationismus, der mit den Zielen der NATO (mit Out of Area-Einsätzen) nicht in Übereinstimmung zu bringen ist. Daher finden sich heute wieder genug Gründe, den Atlantizismus als ideales politisch-strategisches Modell im Rahmen der amerikanisch-britischen Zusammenarbeit unter Einschluss von Norwegen, Dänemark, den Niederlanden und Portugal weiter zu entwickeln.⁴⁸⁾

Mit dem plötzlichen Austritt Frankreichs aus den militärischen Strukturen der NATO im Jahre 1967 war in Frankreich bei einem Teil der politischen Eliten der Atlantizismus nicht mehr en vogue. Diese Haltung verstärkte sich besonders nach 1989 im Zusammenhang mit der Schaffung einer eigenständigen europäischen Verteidigung. Nummehr baute Paris unilateral auf Europa und zog Bonn auf diese Linie. Versuche Großbritanniens, eine Brücke zwischen beiden Positionen zu schaffen, scheiterten an der Unnachgiebigkeit Frankreichs, das im Übergewicht Amerikas plötzlich eine angebliche Bedrohung für Europas Eigenständigkeit, v.a. aber für seine eigenen Ziele im Rahmen einer Vormachtstellung in der EU, erblickte.

Mit der Erweiterung der NATO kam wiederum bei den „Atlantic Purists“ Kritik auf, weil diese meinten, die neuen NATO-Mitglieder seien weder ideologisch „atlantisch“, noch würden sie geographisch an den Atlantik angrenzen. Die NATO verstand sich ja als Wertegemeinschaft, und die „atlantischen Werte“ waren Freiheit, Demokratie, Streben nach Glück, Wohlstand für alle, Fortschritt, Rechtsstaatlichkeit, Gleichheit, Religionsfreiheit, Marktwirtschaft und Freihandel, Pressefreiheit, Privateigentum und Freizügigkeit; wer hier keine Tradition vorweisen könne, sei unfähig, der NATO beizutreten, was zuerst Griechenland und die Türkei erfuhren. Gänzlich anders der amerikanische Verteidigungsminister William Perry: Er meinte 1994 gegenüber Volker Rühle, und in völliger Unkenntnis europäischer Geschichte und Erfahrungen, man müsse sich überlegen, ob man nicht auch Russland in die NATO aufnehmen. Dies führte zu einer scharfen Ablehnung seitens Rühes; ähnliche negative Stimmen kamen aus Polen und Ungarn.⁴⁹⁾

Die NATO-Erweiterung wie auch die Partnership for Peace sind für die USA das Verschieben geopolitischer

(politische Zurückdrängung Russlands und dessen Expansionismus nach Westen) und geostrategischer Position (Zurückdrängung und Reduzierung militärstrategischer russischer Optionen) auf die Rimlands⁵⁰⁾ und für Europa die Verbesserung der sicherheitspolitischen Position, was für die militärisch eher schwache EU wichtig ist. Die NATO wurde nach 1991 auch ein Instrument, um die westliche Grenze auf dem eurasischen Kontinent nach Osten zu verschieben.⁵¹⁾

Die Haltung Frankreichs unter Chirac betraf aber nicht nur die Einheit der westlichen Verteidigung, sondern beeinträchtigte die gesamten Beziehungen zwischen Europa und den USA. Bedenklich war, dass sich Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland im Vorfeld des Irakkrieges mit Russland gemeinsam gegen die USA stellten, damit Russland in ein NATO-internes bzw. „inneratlantisches“ Problem als mitentscheidende Partei einbezogen und eine „anti-amerikanische Front“ gebildet wurde, obwohl die USA der wichtigste Sicherheitspartner Europas sind. Nun, mit dem Vollbeitritt Frankreichs zur NATO 2008, ist dieses Thema vom Tisch. Parallel zum schwächeren Zusammenhalt der beiden Lager in der NATO - einmal betont US-orientierte Staaten und Atlantikanrainer und einmal eher EU-orientierte Staaten - entwickelte sich in den letzten Jahren aber auch die Idee der Anglosphere weiter.

Isolationismus und Geopolitik schließen einander aus

Ein Rückzug der USA auf Nordamerika würde auch geopolitische Überlegungen beenden. Geopolitik bedarf eines strategischen Raumes, in dem andere Mächte auch Wirkung entfalten wollen; sie bedarf des politischen und strategischen Wechselspiels. Damit enden aber auch Geostrategie und Geokultur. Es bleiben nur die Wirtschaft und Ökologie, eine den 1920er-Jahren nicht unähnliche Lage. Autoren, die einen Rückzug der USA vorschlagen, übersehen, dass die Rimlands erneut in das Mächtenspiel Russlands, Chinas, Indiens und anderer Mächte geraten, die hegemoniale Vorstellungen umsetzen wollen oder im Kampf der Kulturen oder um Ressourcen antagonistische Positionen beziehen wollen. Hinzu kommt der Aufstieg neuer Mächte, die das von den USA zurückgelassene Vakuum füllen würden (wie Japan und das Deutsche Reich nach 1920 oder die Sowjetunion nach 1945). Erschwerend käme die nukleare Bedrohung hinzu, die Europa oder die derzeit mit dem Westen verbündeten Staaten wie auch Israel treffen würde. Im Unterschied zu den Jahren vor 1989 können die USA aber heute nicht auf starke europäische Verbündete rechnen, denn die europäischen NATO-Mitglieder sind weitgehend

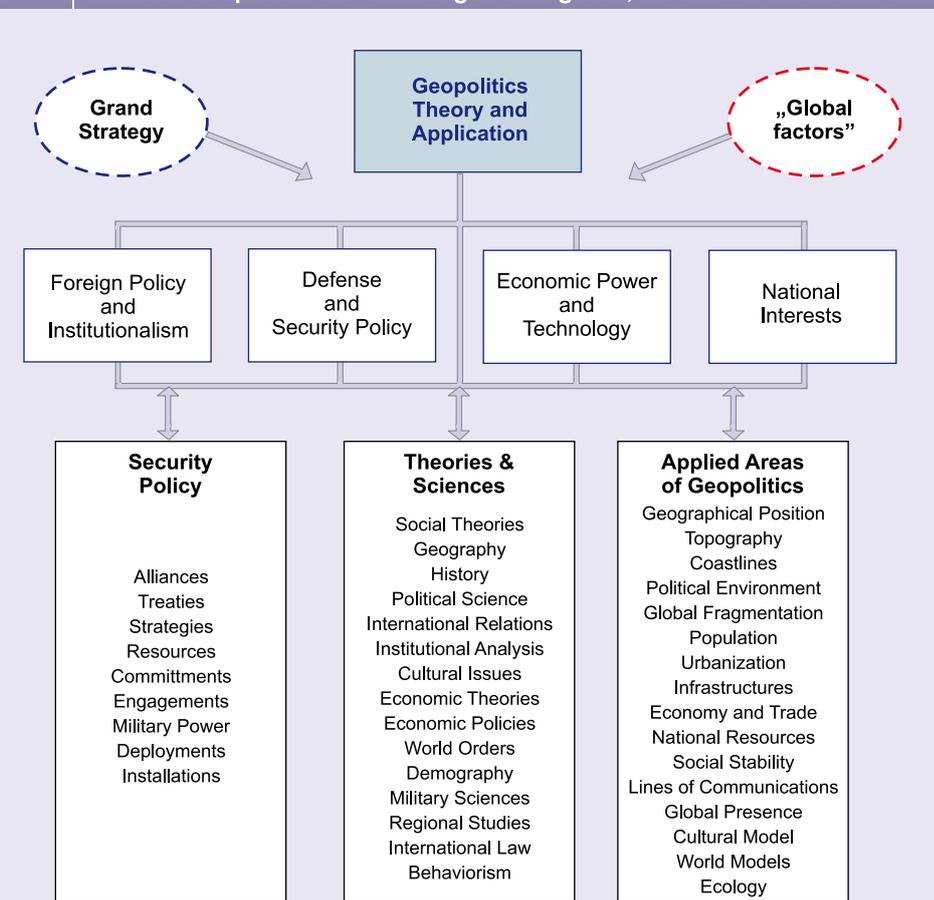
defensiv ausgerichtet und daher strategisch nur begrenzt handlungsfähig.

Die Domino-Theorie

Die „Domino-Theorie“ entstand 1931, als Japan in der Mandschurei einmarschierte und man in London befürchtete, die aggressive japanische Expansion, mit stark rassistischen Überlegenheitsansprüchen und Unterdrückungsmechanismen im Rahmen der geplanten Großen Asiatischen Wohlstandssphäre für ganz Ostasien, samt den Philippinen und Holländisch-Indien, würde britische Interessen gefährden. Eine weitere Verwendung dieses Begriffes erfolgte im Zuge der Niederlagen der Kuomintang gegen die Truppen von Mao Zedong 1945/46. Französische Geopolitiker wiederum fürchteten 1954 im Zuge der Niederlagen in Indochina den Fall ganz Ostasiens zugunsten Chinas und der Sowjetunion.

In den USA kam es zu ähnlichen Aussagen bei Beginn des Engagements in Südostasien.⁵²⁾ Erneut sah man Burma und Thailand gefährdet, und dies war der eigentliche Grund des Engagements der USA in Vietnam, Kambodscha und Laos. Dazu Eisenhower: „... *Strategically, South Vietnam's capture by the communists would bring their power several hundred miles into a hitherto free region ... You know a row of a domino-set up: You knock over the first one, and all what will happen is the certainty that all will go over very quickly.*“⁵³⁾

Abb.6 Aktuelle Geopolitik: Die Grundlagen sind gleich, die Inhalte verändern sich



Quelle: Autor

Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Peter Lutz

Und Kennedy 1961: „*The ‚Domino Theory‘? - I believe, I believe it. I think that the struggle is close enough ... If South Vietnam went, it would give them (China) an improved geographical position for the guerrilla assault on Malaya but would also give the impression that the wave of the future in Southeast Asia was China and the Communists. So I believe it.*“⁵⁴⁾

Rollback

Die Antwort gegen die fallenden Dominosteine sei eine Rollback-Strategie. James Burnham forderte als Erster eine effektive antikommunistische politische Strategie, um weltweit den Kommunismus zurückzudrängen. Diese Idee wurde Rollback genannt und ging über das „sanfte“ Containment weit hinaus.⁵⁵⁾ In weiterer Folge wurde von John Lewis Gaddis (Strategies of Containment, 1982)⁵⁶⁾ und Colin S. Gray (The Geopolitics of Superpower, 1988)⁵⁷⁾ auch das Containment an die Rollback-Konzeption angepasst.

Ähnliche Ideen vertraten Air Force-Generäle, die ein Rollback durch Luftangriffe erzwingen wollten. Luftwaffenminister Stuart Symington und Marineminister Frances Matthews sahen in Atomwaffen eine solche Option; General MacArthur erwog mittels A-Waffen und Landkrieg ein strategisches Rollback Chinas.

Unilateralismus und Multilateralismus

Die USA handelten unilateral, wenn es für sie notwendig, und multilateral, wenn es vorteilhaft war. In dieser Hinsicht unterscheiden sich die USA von keinem anderen Staat. Eine Großmacht muss unilateral handeln und kann ihre Politik nicht vom Wunsch kleiner Staaten oder deren Interessen abhängig machen. Alle amerikanischen Präsidenten hatten daher ihre Entscheidungen immer nach dem National Interest ausgerichtet, auch wenn sie verbal Kooperationsbereitschaft signalisierten. Auch eine Supermacht wird aber auf die Wünsche von Partnern eingehen, wenn sich damit verschiedene Ziele besser erreichen lassen.

Verschiedene Verteidigungslinien

Die Sicherheit und Verteidigung Amerikas erfolgt von der Gegenküste bis zum amerikanischen Kontinent in Form mehrerer Verteidigungslinien, wobei man als „vorderste“ Verteidigungslinie die Außenpolitik und Diplomatie betrachtet, sie kann bei Bedarf auch auf militärische Mittel zurückgreifen, zumeist in Form von vorne stationierten Truppen (forward deployed forces) oder mobilen Kräften, die man rasch verlegen kann (expeditionary forces, rapid deployment forces).

Werden die USA angegriffen, gibt es mehrere Verteidigungsparameter: Die erste und vorderste Linie ist der Kampf am eurasischen Kontinent mit Angriffen gegen das jeweilige Strategic Center of Gravity der Feindstaaten. Die zweite Linie ist die Verteidigung der Gegenküste und der ozeanischen Vorfelder. Die dritte Linie ist der Kampf um die Ozeane. Die vierte

Linie ist die Abwehr von Invasionskräften weit vor den Küsten Amerikas. Die fünfte Linie ist der Kampf an den Küsten. Zuletzt wird der Kampf am amerikanischen Kontinent geführt, auch in der Arktis und in Lateinamerika. Hiezu gibt es mehrere organisatorische Optionen wie die ausgearbeiteten Pläne, Ressourcen, die Combatant Commands, die NATO oder andere Maßnahmen. (Wird fortgesetzt)

ANMERKUNGEN:

- 1) John J. Mearsheimer: The Tragedy of Great Power Politics. W.W. Norton & Co., New York, 2001. Siehe v.a. S.4-22.
- 2) Michael C. Desch: America's Liberal Illiberalism. The Ideological Origins of Overreaction in U.S. Foreign Policy, International Security, Winter 2007/08, S.7-43. Es gilt: „Theory follows reality“
- 3) Zitat in: Neil Smith: American Empire. Roosevelt's Geographer and the Prelude to Globalization. Univ. of California Press, Berkeley, Los Angeles, 2003. S.422.
- 4) Halford J. Mackinder: The Geopolitical Pivot in History, Geographical Journal, Vol. 23, 1904, S.421-444.
- 5) Siehe hierzu u.a. Marvyn P. Leffler: The American Conception of National Security and the Beginning of the Cold War, 1945-1948. American Historical Review, Vol. 1983, S.346-400, mit zahlreichen Hinweisen auf Dokumente; ebenso: Michael S. Sherry: Preparing for the Next War. American Plans for Postwar Defense, 1941-45. Yale Univ. Press, New Haven, MS, 1977.
- 6) John M. Collins: Grand Strategy. Principles and Practices. Naval Institute Press, Annapolis, MD, 1973.
- 7) Robert J. Art: A Defensible Defense. America's Grand Strategy After the Cold War, International Security, Spring 1991, S.5-53.
- 8) Der Begriff lässt sich bis 1856 zurückverfolgen. Im Bereich der außenpolitischen Aktivitäten der USA gegen andere Staaten wurde er von Edmund Gullion, Tufts University, 1965 eingeführt und auch definiert. 2005 wurde der Begriff Strategic Communication eingeführt, verschwand aber wieder.
- 9) Definition des Autors; Diskussion NESA/National Defense University, Washington, DC, April/Mai 2009.
- 10) Ebenda.
- 11) Knud Krakau: Missionsbewusstsein und Völkerrechtsdoktrin in den Vereinigten Staaten von Amerika. Alfred Metzner Verlag, Frankfurt am Main-Berlin, 1967; Seymour Martin Lipset: American Exceptionalism. W.W. Norton, New York, 1996; Peter Singer: The President of Good and Evil. Penguin Group, New York, 2004; Peter H. Schuck, James O. Wilson (Edit.): Understanding America. The Anatomy of an Exceptional Nation. Public Affairs/Perseus Books, New York, 2008; J. C. D. Clark: Liberty and Religion: The End of U.S. Exceptionalism? Orbis, Winter 2005, S.21-35; Michael Lind: The American Creed, Foreign Affairs, March/April 1996, S.135-139.
- 12) Robert Kagan: Dangerous Nation. America's Foreign Policy From its Earliest Day to the Dawn of the Twentieth Century. Vintage Books-Random House, New York, 2006, S.22.
- 13) Zahlreiche Quellen, siehe u.a.: Richard Hofstadter: Anti-Intellectualism in American Life. Vintage Books-Random House, New York, 1962.
- 14) Lipset, a.a.O., Kapitel 1.
- 15) Ernest R. May: Imperial Democracy. The Emergence of America as a Great Power. Harper & Row, New York, 1961 (Reprint 1973), S.244.
- 16) John W. Burgess, Professor an der Columbia University, meinte 1896: Nur die arischen Staaten hätten eine hohe Organisationsstufe, die zum besten politischen System geführt habe und diese teutonic states hätten daher in der Welt die Führung übernommen und daher auch die Pflicht die Welt zu zivilisieren. Siehe Krakau, a.a.O., S.136-138.
- 17) Ernest R. May: Imperial Democracy. S.252-252, Zitat leicht gekürzt.
- 18) George W. Bush: War on Terrorism. Rede vom 16. Dez. 2001. Der Hinweis auf einen Crusade wurden in den arabischen Medien kritisiert.
- 19) Siehe u.a.: Kishore Mahbubani: The Case Against the West. America and Europe in the Asian Century, Foreign Affairs, Mai-Juni 2008, S.111-124.
- 20) Robert Kagan: Dangerous Nation.
- 21) Daniel J. Boorstin: The Americans. The National Experience. Vintage Books-Random House, New York, 1965, S.262.

- 22) Ebenda, S.271.
- 23) Die Virginius war möglicherweise in illegalen Aktivitäten zugunsten der kubanischen Rebellen unterwegs, eine Klärung ist nie erfolgt. Fareed Zakaria. *From Wealth to Power*. Princeton Univ. Press, Princeton, NJ, 1998, S.73-74.
- 24) Zum Kauf von Alaska siehe auch: Robert H. Ferrell: *American Diplomacy*. W.W. Norton & Co, New York, 1975, S.279-285.
- 25) William Walker wurde 1824 in Nashville, Tenn. geboren und war eigentlich Arzt. Später wurde er Anwalt und Journalist und setzte sich stark für eine „Amerikanisierung“ Lateinamerikas ein. Er wurde 1855 Präsident von Nicaragua und wurde von Präsident Pierce „anerkannt“.
- 26) Die USS Maine absolvierte in Havanna einen Freundschaftsbesuch um das bereits angespannte Klima zwischen beiden Staaten abzukühlen.
- 27) Siehe u.a.: John A. Krout. *United States Since 1965*. Barnes & Noble, New York, 1969; Ernest R. May: *Imperial Democracy*; Fareed Zakaria. *From Wealth to Power*, etc.
- 28) Siehe hierzu v.a.: Paul H. Jeffers: *An Honest President*. William Morrow-Harper Collins, New York, 2000. An zahlreichen Stellen. Ebenso; Ernest R. May. *American Democracy*. An zahlreichen Stellen.
- 29) Ernest R. May: *Imperial Democracy*. S.42 und S.43-55.
- 30) Fareed Zakaria. *From Wealth to Power*. S.21-29.
- 31) Richard W. Leopold: *The Growth of American Foreign Policy*. Alfred A. Knopf, New York, 1962, S.498-509; ergänzend siehe auch Ernest R. May: *Imperial Democracy*.
- 32) Die USA haben mit Panama (Torrijos-Carter Vertrag, 1977) bei der Rückgabe des Kanals ein Interventionsrecht vereinbart, das 1989 gegen Noriega auch genutzt wurde. SOUTHCOM ist für den Kanal verantwortlich und hat dafür Stützpunkte in der Karibik.
- 33) Zum Gegenküsten-Konzept siehe: Stefan Fröhlich: *Amerikanische Geopolitik*. Günther Olzog Verlag, Landsberg am Lech 1998, S.89-108. Siehe auch Friedrich W. Korkisch: *Geofaktoren in Theorie und Anwendung aus der Sicht der USA*; S.95-237, bes. S.128, 217-218, 226-227, 229-230. In: Andrea K. Riemer, Heinz Nissel, Friedrich Korkisch: *Geopolitik. Zwischen Wissenschaft und Kunstlehre*, Landesverteidigungsakademie Wien, Band 3/2005.
- 34) Der von Mahan geschaffene Begriff Middle East umfasst im Gegensatz zum britischen Near East, den gesamten Raum von Nordafrika bis zum Irak. Das State Department trennte aber diesen Raum sehr wohl in den Near East (Nordafrika, Mittelmeer, Türkei), und benennt den restlichen Raum Middle East.
- 35) John A. Thompson: *Another Look at the Downfall of „Fortress America“*, *Journal of American Studies* 26 (1992) S.393-408, Zitat S.399.
- 36) Christopher Layne: *From Preponderance to Offshore Balancing. America's Future Grand Strategy*, *International Security*, Sommer 1997, S.86-124.
- 37) Robert Art: *Geopolitics Updated. The Strategy of Selective Engagement*, *International Security*, Winter 1998/99, S.79-113. Art sieht für die amerikanische Geostrategie folgende Kriterien: Basic Goals, Selective Action, Realism und Liberal Goals, Utility of Force, Early Action, Forward Defense, American Leadership, Vital Interests, Desirable Interests, Democratic Spread.
- 38) Michael T. Isenberg: *Shield of the Republic. The United States Navy in an Era of Cold War and Violent Peace, 1945-1962*, St. Martin's Press, New York, 1993, S.25.
- 39) Fröhlich, a.a.O., Kapitel II, Zwischen neuen weltpolitischen Anläufen, „Save America First“ und Interventionismus - Amerikanische Außenpolitik von Wilson bis Roosevelt.
- 40) Colin S. Gray: *The Geopolitics of Superpower*. S.155-156; William Greider: *Fortress America*. Public Affairs-Perseus Books, New York 1998, besonders S.157-184.
- 41) Eric Larrabee: *Commander in Chief*. Touchstone Books/Simon & Schuster, New York 1987, S.158-159. Diese Zone wurde unter dem „Plan Dog“ als mögliche Kampfzone eingeschätzt. Siehe auch Dirk Bavendamm: *Roosevelts Krieg 1937-1945*, Herbig Verlag, München-Berlin 1993, S.207. Bei der Declaration of Panama am 2. Oktober 1939 waren zunächst 300 Seemeilen als Schutzzone beschlossen worden. Im Pazifik kam es zu einer Linie, die rund 2.800 Seemeilen vor der amerikanischen Küste lag.
- 42) Thompson, a.a.O., S.393-408.
- 43) So forderte Halford Mackinder bereits 1905 einen Pakt Großbritanniens mit den USA. Gray, *Geopolitics*, a.a.O., S.11. Hätte dieser Pakt bestanden, so zahlreiche Autoren, hätte Hitler nie gewagt seine aggressive Politik ab 1938 fortzusetzen.
- 44) Siehe u.a.: Andrew Roberts: *A History of The English-Speaking Peoples Since 1900*. HarperCollins New York, 2006.
- 45) Zitat in Zakaria, a.a.O., S.18-43, siehe S.20.
- 46) James E. Dougherty, Robert L. Pfaltzgraff: *Contending Theories of International Relations*. J. B. Lippincott-Longman, London, New York, 2001, S.162-163.
- 47) Siehe als aktuelle Bestandsaufnahme dieser Überlegungen: Heinz Brill: *Die NATO Osterweiterung und der Streit um Einflussphären in Europa*, *ÖMZ* 6/2009, S.715-727. Siehe hierzu auch weiter unten.
- 48) Ronald D. Asmus: *Rebuilding the Atlantic Alliance*, *Foreign Affairs*; Sept. Okt. 2003; Kurt M. Campbell: *The End of Alliances? Not So Fast*, *The Washington Quarterly*, Frühjahr 2004, S.151-163; Dalia Kassa Kaye: *Bound to Cooperate? Transatlantic Policy in the Middle East*, *The Washington Quarterly*, Winter 2003/04, S.179-195; Ralph Peters: *The Atlantic Century, Parameters*, Herbst 2003, S.4-16. Eine ältere Betrachtung: James Baker: *A New Europe, A New Atlanticism: Architecture for a New Era*, United States Department of State, Bureau of Public Affairs, *Current Policy*, No. 1233, Washington, DC, 12. Dez. 1989.
- 49) Karl-Heinz Kamp: *NATO Entrapped: Debating the Next Enlargement Round*, *Survival* 3/98, S.173. Wie weit hier geopolitisches Wunschdenken die politische Logik überforderte, sei dahingestellt. Der Vorschlag von Pery zeigt jedenfalls ein typisches Problem amerikanischer Politik auf, die fallweise ein Konzept ohne Rücksicht auf historische Erfahrungen und Sensibilitäten vorschlägt.
- 50) Ted Galen Carpenter: *NATO Enters the 21st Century*. Frank Cass, London, Portland, OR, 2001.
- 51) Ariel Cohen: *NATO's Frontier: Eurasia, the Mediterranean, and The Greater Middle East*. The Heritage Foundation, Heritage Lecture 919, Washington, DC, Jan. 9, 2006.
- 52) Siehe etwa den Dokumentenband über die amerikanische Politik in Südostasien ab 1945: *The Pentagon Papers*. Zusammengestellt von Neil Sheehan, *The New York Times*, 1971, mit zahlreichen Hinweisen zur Domino-Theorie.
- 53) Lyndon B. Johnson: *The Vantage Point*. Rinehart and Winston, New York, 1971, S.51.
- 54) Zitat wiedergegeben in: Lyndon B. Johnson: *The Vantage Point* S.61.
- 55) Rede von John F. Dulles am 27. August 1952 vor der American Political Science Association: Die USA werden mit der Sowjetunion keine Abkommen schließen, die die Herrschaft Moskaus über andere Völker festigt, die Voice of America wird andere Völker moralisch gegen Moskau unterstützen; Widerstandsbewegungen werden von den USA unterstützt werden. *The New York Times*, 10. Mai 1952, S.1.
- 56) Siehe z.B.: John Lewis Gaddis: *Strategies of Containment. A Critical Appraisal of Postwar American National Security Policy*.
- 57) Colin S. Gray: *The Geopolitics of Superpower*.



**Mag.phil. Friedrich
W. Korkisch, PhD**

Geb. 1940; Ministerialrat iR, Oberst dhmfD iR; 1958 Luftstreitkräfte, Dienst u.a. im JaBoGeschwader, Hörsching, G-2/S-2 Kommando Luftstreitkräfte; Luftabteilung, Generalstabsgruppe B, BMLV; NATO Air Defense Committee; KSZE/OSZE/OSCC Wien; ab 1970 Privatwirtschaft USA; Studium Univ. Wien, und Zrinyi Univ. Budapest, PhD (summa cum laude); Santa Barbara College, CA; Univ. of Michigan, Ann Arbor; Alumni NESA/National Defense Univ., Washington DC; Lektor an der Landesverteidigungsakademie Wien, EFA Alpach und Corvinus Univ. Budapest; Leiter Institut für Außen- und Sicherheitspolitik, Wien.

Napoleon Imperator

Anmerkungen zur napoleonischen (Selbst-)Ikonografie im Spiegel der Antike

Eberhard Birk

„In Cäsar kehrte Alexander wieder und alle beide in Napoleon“¹⁾

„Am Anfang war Napoleon.“²⁾

„Man hat das Auftreten Napoleons kaum je ohne einen Seitenblick auf Cäsar und Alexander behandelt.“³⁾

Bedeutende Persönlichkeiten in der Geschichte, insbesondere jene, die von der Mit- und Nachwelt mit dem Attribut der ‚historischen Größe‘ versehen wurden,⁴⁾ lassen sich, wenn überhaupt, in komparatistischer Perspektive nur mit jenen vergleichen, die entweder in revolutionären Umbrüchen oder in wichtigen stil- respektive traditionsbildenden Phasen ‚geschichtsmächtig‘ wurden. Ihre ‚Geschichtsmächtigkeit‘ kann - Position und Leistung vorausgesetzt - durch verschiedene Formen der Rezeption genauso (de-)konstruiert werden, wie ihre ursprüngliche Zielsetzung geradezu ‚generalstabsmäßig‘ generiert wurde.

Prolegomena

Die Geschichtswissenschaft bereitete den ‚historischen Individuen‘ bis weit in das 20. Jahrhundert hinein in Legionen von Biografien - meist versehen mit dem Zusatz ‚und seine Zeit‘ - einen, später durch eine Erweiterung der historischen Fragestellung und der Hinwendung zur Struktur-, Sozial- und Kulturgeschichte systemimmanent logisch bestrittenen, hagiografische Züge tragenden Nimbus der Apotheose.

Einen prominenten Platz in dem individuellen Bestreben sich als einzigartige Persönlichkeiten von historischem Rang verstehender Akteure bei der gewünschten ‚richtigen‘ Einordnung ihrer Lebens- und Leistungsbilanz im zeitgenössischen politischen Diskurs und ‚den Geschichtsbüchern‘ durch die Nachwelt nimmt dabei als zunächst einseitig initiiertes und gelenktes kommunikativer Prozess die mediale Positionierung ein. Reale und mentale ‚Bilder‘⁵⁾ von Ereignissen und Prozessen, Herrschern und Feldherren, Gelehrten und Künstlern, Wirtschafts- und Finanzmagnaten waren seit jeher als atmosphärisch verdichtete Visualisierung der (Selbst-)Darstellung - auch in Form von Skulpturen und Münzen,⁶⁾ Park- und Schlossanlagen⁷⁾ - künstlerische Artefakte von großem (kunst-)historiografischen, kultur- und sozialwissenschaftlichen Quellen- und daher Aussagewert, die darüber hinaus aber auch zeitgenössisches rückwärts- und zukunftsgerichtetes programmatisches Politik- und Geschichtsbewusstsein dokumentieren und szenisch choreografieren.

Dabei bilden die realhistorischen Ereignisse im Vergleich mit den durch Selbstzeugnisse und Fremdzuschreibungen intendierten und (re-)konstruierten Bildern oft nur die Negativfolie, die ein vielfältiges Sinnstiftungsangebot bereithält, das über eine multidimensional interpretierbare Komposition für den öffentlichen Raum ein historisch-politisches Deutungsmuster anbietet.⁸⁾ Hierbei stellen individuelle Legitimationsbedürfnisse und deren erhoffte zielgerichtete Auswirkung auf die Herstellung und Stabilisierung politischer Herrschaft einen unauflöselichen Begründungs- und Wirkungszusammenhang dar.⁹⁾ Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn individueller Aufstieg aus dem Nichts und politischer Systembruch zusammenfallen. Die bewusste Herstellung von Legitimität durch die Konstruktion von Kontinuität in Form tiefreichender Wurzeln, d.h. neu geschaffener ‚Tradition‘, wird dann zum politischen Desiderat. Um die angestrebte, indes empirisch nicht (mehr) ermittelbare Wirkung beim Adressatenkreis zu erreichen, ist es notwendig, historische (Vor-)Bildung, zeitgenössische politische und militärische Ereignisse sowie Zukunftserwartungen, die aus einer verklärten Vergangenheitsinterpretation entwickelt wurden, zur Deckung zu bringen. Erst dann können propagandistische Darstellungen der Kunst ihre durch ‚Bilder‘ auch Mythen produzierende Kraft zur Entfaltung bringen.

Dabei spielte in der europäischen Geschichte die Bezugnahme auf das Römische Reich oft eine entscheidende Rolle. Entweder diente dieses in Form des negativ aufgeladenen Dekadenz-Topos als abzulehnende Negativfolie, oder - und dies war stets ‚geschichtsmächtiger‘ - als zum Vorbild stilisierter Referenz-Topos für die Erneuerung des römischen (Welt-)Reichsgedankens, wenn es ideengeschichtlich um einen Werte- und Tugendekatalog, politisch um Staats- und Regierungsformen, militärisch um das Wehrwesen mit den ‚das Weltreich‘ erobernden Legionen oder individuell um die legitime ‚Nachfolge‘ Cäsars respektive Augustus‘ ging. Bei kaum einer historischen Persönlichkeit lässt sich dieses Bestreben und Ineinanderfallen sämtlicher Faktoren besser dokumentieren als bei Napoleon Bonaparte, dem ‚Weltgeist zu Pferde‘.¹⁰⁾

Als historische Quellen sollen die im Folgenden zu analysierenden Darstellungen Napoleons und seines militärischen, politischen und Recht setzenden „Genius“ als multidimensionale Ikone(n) weniger auf ihre kunsthistorische Bedeutung als vielmehr auf ihren Wert als Werkzeug einer historisch-politischen aufgeladenen Propaganda, die nebenbei auch der napoleonischen Selbstinterpretation entsprach, gedeutet werden. Dieses Unternehmen war so nachhaltig, dass das Bild, das sich die Nachwelt von Napoleon machte, in weiten Teilen darauf basierte.¹¹⁾ Hierbei ist im Rahmen der verschiedenen Facetten und Spektren umfassenden „Historischen Bildwissenschaften“ grundsätzlich zu beachten, dass insbesondere durch die Komposition von Bildern die Möglichkeit besteht, einzelne ikonografische Motive aus verschiedenen Kunstepochen beliebig zusammenzufügen.¹²⁾ Das Aufbrechen eines verbindlichen klassischen Typenkanons machte sie als eine ideale Plattform für eine subtile vielfältige und facettenreiche visuelle Kommunikation nutzbar, d.h., jeder konnte und musste das sehen, was er sehen wollte respektive sehen sollte. Die Komposition des künstlerischen Werkes unterliegt dabei genauso den zeitkontextualen Rahmenbedingungen wie die soziale Codierung des Beobachters. Erstrebte und erzielte Wirkung benötigen für ihre „Auflösung“ daher auch einen „kulturellen Hintergrund“.¹³⁾ Ihre Aussagekraft als symbolisch verdichteter „Zeit-Spiegel“ ist neben vielfältigen Begrenzungen auch vom „Blickwinkel“ abhängig: „*Urheberschaft und Absicht, Auftraggeber und Entstehungskontext*“¹⁴⁾ müssen immer mitbedacht werden, wenn es gilt, die herausragende Rolle der Bedeutung der Bilder der französischen Revolutionszeit zu erkennen.¹⁵⁾

Die in fachwissenschaftlich-interdisziplinären Forschungsdesigns stets angemahnte Notwendigkeit einer diskursiven historisch-kritischen „Dekonstruktion der Bilder“ scheint heute, vor dem Hintergrund einer trotz boomendem Geschichtsjournalismus schleichenden Geschichtsvergessenheit, der Notwendigkeit gewichen zu sein, zunächst die Zielsetzung ihrer Konstruktion erneut in Erinnerung zu rufen. Selbstverständlich bedurfte auch ein Napoleon bei seinem autoritären Herrschaftsstil und charismatischen Selbstverständnis im Negativen - im Inneren war er Diktator, nach „*außen ist Napoleon Terrorist aus der Schule von 1793/94*“¹⁶⁾ - wie im Positiven den von seiner Propaganda aufgespannten Schirm der Camouflage und Glorifizierung. Deren grundsätzliche Zielsetzung erkannte sein Zeitgenosse Gerhard von Scharnhorst: „*Der Geschichtsschreiber kann sich die Augenblicke wählen, in welchen er seinen Helden erscheinen lassen will; wir sehen ihn daher nur immer im Paradekleid, und da, wo er gesehen sein will*“, er trägt „*sein Gemälde mit starken Farben auf, sodass es unmöglich wird, die wahren Umstände, Ursachen und Folgen zu entdecken.*“¹⁷⁾

Es ist unabdingbar, vor dem Hintergrund der internationalen machtpolitischen Rahmenbedingungen - aufgrund der Komplexität von Ursachen, Verlauf und Folgen hier nur idealtypisch auf die verfolgte thematische Zielstellung verkürzt - die politischen und gesellschaftlichen Errungenschaften der Französischen Revolution und deren Auswirkungen

auf das Militärwesen der Zeit genauso zu skizzieren wie die Rezeption der römischen Geschichte im Verlauf der republikanischen und imperial-napoleonischen Phase französischer und europäischer Geschichte,¹⁸⁾ bevor der „ins Bild“ gesetzte Aufstieg Napoleons¹⁹⁾ und seine nach steter propagandistischer Visualisierung verlangende charismatische Herrschaft im Fokus steht. Diese gilt es für drei zentrale Terrains der Bedeutung Napoleons als Militär, Politiker und Rechtsetzer aufzuzeigen - mit ihrem historischen Hintergrund als „Zeichenvorrat“ sowie ihrer instrumentellen Zielsetzung. Seine verfolgte Bild-Programmatik lässt sich dabei als sein individuelles Pendant respektive einen personenzentrierten Gegenentwurf zu der zum Kollektivsymbol geronnenen „Erstürmung“ der Bastille am 14. Juli 1789 begreifen, die als „*ein Musterbeispiel für die Selbstmystifizierung der Französischen Revolution*“²⁰⁾ interpretierbar ist.

I. Politische, gesellschaftliche und militärische Neuerungen im Zuge der Revolution

Die Französische Revolution leitete am Ende des 18. Jahrhunderts für das „lange“ 19. Jahrhundert bis zur Urrespektive Kulminationskatastrophe des Ersten Weltkrieges vielfältige Umwälzungen von bis dahin ungeahnten Dimensionen ein. Ihre politischen und gesellschaftlichen Postulate - „liberté, égalité et fraternité“ (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) als dominantes Leitmotiv, Menschen- und Bürgerrechte, Volkssouveränität und Verfassungsdenken sowie, als Kontrapunkt zur Ständepyramide des *Ancien Régime*, die fortschrittliche „linke“ Idee einer durch die Geburt gleicher, vom Untertanen zum Bürger transformierten Angehörigen einer zur Nation geschaffenen Gemeinschaft - haben bis heute kaum etwas von ihrer Gültigkeit verloren.²¹⁾ In ihrem Schlepptau befanden sich jedoch auch die von den zeitgenössischen konservativen Kritikern be- und gefürchteten historischen Katalysatoren Demagogie und Terrorherrschaft. Seit der Französischen Revolution bewegten sich Legitimationsmuster und Ausübung politischer Herrschafts- und Regierungsformen in einem mit Derivaten versehenen Spektrum zwischen (un-)beschränkter Monarchie, linkem und rechtem Totalitarismus sowie direkter und repräsentativer Demokratie.²²⁾

Bereits vor Napoleon I., dem General, Bändiger und selbst ernannten „Vollstrecker der Revolution“ - 1804 krönte er sich zum Kaiser der Franzosen -, wurden im Zuge der kriegerischen Expansion die Ideale der Revolution wie auch deren Machtanspruch auf den europäischen Kontinent ausgedehnt. Die politische Landkarte Europas sah nach den vielen militärischen Erfolgen der französischen Revolutionsarmeen durch die Etablierung von französischen Satellitenstaaten viele territorial-politische Flurveränderungen, von denen der Untergang des - im politischen und militärstrategischen Kern (mit Ausnahme Österreichs und Preußens) durch den unter französischem Protektorat stehenden Rheinbund ersetzten - Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation am 6. August 1806 den offensichtlichen Systembruch mit „Alteuropa“ darstellte. Österreich und Russland - insbesondere in der „Drei-Kaiser-Schlacht“ bei Austerlitz im Dezember 1805²³⁾ - sowie

Preußen in der so genannten Doppelschlacht bei Jena und Auerstedt am 14. Oktober 1806²⁴⁾ erfuhren schmerzhaft die Überlegenheit des französischen Schlachtenkaisers.

Der Sieg bei Austerlitz machte Napoleon - zusammen mit seinem für ihn zunächst unerwarteten Triumph im folgenden Jahr über die Generale der preußischen Armee, die beim von ihm verehrten Friedrich dem Großen ihr Waffenhandwerk erlernten - zum politischen Hegemon und Besatzer West- und Zentraleuropas. Nur Großbritannien mit seiner für die anti-napoleonische Allianz unverzichtbaren Finanz- und Seemacht sowie das zaristische Russland entzogen sich dem französischen Diktat. Seinen politischen und militärischen Triumphen stellte er mit seinem *Code civil* ein bleibendes zivilisatorisches Werk der Jurisdiktion zur Seite, von dem er selbst sagte, es sei bedeutender und bleibender als seine nach Dutzenden zählenden siegreichen Schlachten.

Seinen überwältigenden Erfolg verdankte Napoleon der tiefgehenden Umwälzung des Kriegswesens,²⁵⁾ das mit der Revolution zwangsläufig einherging: Aufstellung von Massenheeren, patriotisches und missionarisches Sendungsbewusstsein seiner Truppen, Neuorganisation der Führungsebenen, Korps- und Divisionssystem, Einführung der stoßkräftigen Kolonnen-taktik und flexiblen *Tirailleur*-Gefechtsführung, Aufwertung der Artillerie und, bedingt durch die Vielzahl neuer Dienstposten und hoher Kriegsverluste bei seinen Offizieren, die Perspektive zum individuellen, Standesschranken übergreifenden Aufstieg - seit der Revolution hatte jeder „den Marschallstab im Tornister“. Die Möglichkeit der Gefechtsführung mit verbundenen Waffen und selbstständigen Großverbänden sowie der Menge der durch Wehrpflicht bzw. erzwungenen Bündniskonstellationen zur Verfügung stehenden Soldaten schuf ein im absolutistischen Kriegswesen nicht denkbare Bestreben, durch deren beinahe beliebige Verfügbarkeit und die nationale Aufladung der Kriegführung den Schritt zur Entscheidungs- respektive Vernichtungsschlacht zu wagen bzw. durchzuführen.²⁶⁾

Erst sein Russlandfeldzug von 1812, mit dem er der nach der verlorenen Seeschlacht bei Trafalgar 1805 für ihn unerreichbaren Seemacht der britischen Inselmonarchie den so genannten „Festlanddegen“ Russland entwenden wollte, brachte die mehr erhoffte als erwartbare Wende, die über die Zwischenstation „Völkerschlacht bei Leipzig“ Mitte Oktober 1813 und Waterloo am 18. Juni 1815 zur Niederrichtung des napoleonischen Suprematieanspruchs führte.²⁷⁾ Dennoch: Der französische Kaiser und Feldherr war für mehr als ein Jahrzehnt - als machtpolitisches, kontinentales Gravitationszentrum - trotz beginnender und wahrnehmbarer Agonie seit 1808 bis zu seinem gescheiterten Feldzug nach Moskau 1812 *second to none* in Europa, bevor Russland zusammen mit dem Habsburgerreich neben dem unverzichtbaren Großbritannien als seine Überwinder bis zur europäischen Erhebungszeit von 1848/49 als Schiedsrichter Europas fungierten.²⁸⁾

II. Französische Geschichte als neue römische Geschichte

Wenngleich Revolutionen durch ihre eruptive Dynamik den Weg in eine neue Zukunft verheißen und

ebnen, so suchen sie meist gleichzeitig durch vielfältige und auch eklektizistische Aneignungen aus dem „Steinbruch“ der Vergangenheit respektive Analogiebildungen und Wiederaufnahme vermeintlich unterbrochener Kontinuitätslinien Legitimität aus alten Wurzeln zu ziehen. Dies galt für mittelalterliche Rechtsvorstellungen,²⁹⁾ die Reformation Luthers - er wollte eine *renovatio* der alten Kirche - sowie die geistige Grundhaltung der Frühen Neuzeit generell.³⁰⁾ Zwar gab es bereits seit dem Humanismus der Renaissance wiederkehrende Rezeptionsphasen des griechisch-römischen Altertums, und auch die Gelehrten des 18. Jahrhunderts verwiesen auf den Vorbildcharakter antiker politischer Errungenschaften und Einrichtungen sowie nachzueifernder Helden aus der alten Geschichte; eine auch militärische (römische) Antikenrezeption von Justus Lipsius ermöglichte um 1600 erst die oranische Heeresreform, die sich als Transmissionsriemen für das moderne frühneuzeitliche Kriegswesen erwies.³¹⁾

Aber erst mit der Französischen Revolution und ihrem Demokratiepotezial ergab sich auch die Möglichkeit - nach der Beseitigung des *Ancien Régime* -, es den bewunderten Alten auf einer sehr viel breiteren Massenbasis nachzutun. Die französische Geschichte nach 1789 wurde, komprimiert auf etwas mehr als zwei Jahrzehnte, zur Neuauflage der römischen Geschichte: Abschaffung der Monarchie, Ausrufung der Republik, Bürgerkriegsszenarien, expansive Machtpolitik, Diktatur, konsularische Alleinherrschaft, Heereskaiser-tum und Implosion des Empire.³²⁾

Der legendenumrankte Eintritt der späteren Tibermetropole Rom in die Weltgeschichte begann mit der Vertreibung des letzten etruskischen Stadtkönigs; das revolutionäre Frankreich zog mit der durch den am 21. September 1792 zusammengetretenen Nationalkonvent - es war seine erste Maßnahme - legalisierten Abschaffung der Monarchie nach. So wie die Revolution mit ihren neuen politischen und gesellschaftlichen Postulaten für Frankreich - versehen mit den Begrifflichkeiten der römischen Republik³³⁾ - ein neues politisches System und eine gänzlich neue *res publica* schuf, so wollte der Nationalkonvent diese neuen Freiheiten auch den anderen Völkern zum Vorbild anbieten. So defensiv, wenngleich pathetisch-martialisch, der von Claude Joseph Rouget de Lisle im April 1792 verfasste Text der „Marseillaise“ verkündete, man zöge in die Schlacht, um sich „cette horde d’esclaves, de traîtres, de rois conjurés“ (der Horde von Sklaven, von Verrätern, von verschwörerischen Königen) zu erwehren, so offensiv-agitativ proklamierte der Konvent im Dezember 1792 „im Namen der französischen Nation, dass er allen Völkern, die ihre Freiheit wiedererlangen wollen, Brüderlichkeit und Hilfe gewähren wird“.³⁴⁾

Die scheinbar altruistische Zielsetzung konnte sich indes nicht ihrer realpolitisch-katalysatorisch wirkenden inneren Logik und Dynamik erwehren. Denn der damit verbundene missionarische Grundgedanke überschritt schnell - nicht zuletzt durch die Verkündung der zur erhöhten Mobilisierung sämtlich verfügbarer Potenziale erforderlichen *levée en masse* Ende August 1793, die innerhalb kurzer zeitlicher Frist Frankreich ein von jungen Generalen geführtes Heer brachte, das mit fast einer Million

Soldaten mehr als alle anderen Armeen Europas zusammen umfasste - die Grenze vom Befreiungsmotiv zur Eroberung der vom Nationalkonvent axiomatisch festgelegten „natürlichen Grenzen“ einer dynamisch aufsteigenden jungen nationalen Macht, die sie an den Pyrenäen, den Alpen und am Rhein zu gewinnen erhoffte. Auch Rom eroberte sich sukzessive die italische Halbinsel,³⁵⁾ schuf sich seine zunächst natürliche Grenze an den Alpen und durch direkte und indirekte Einflussphären sein Imperium jenseits dieser Grenze an Rhein, Donau und Euphrat sowie um das zum *mare nostrum* erklärten Mittelmeer herum.

Die kurze Phase der Republik mündete nach inneren Unruhen in der Revolutionsdiktatur 1793/94, in der Maximilien de Robespierre in der Verkleidung seines „Wohlfahrtsausschusses“ durch - den Massenmorden legitimierende Proskriptionslisten Sullas gleichende - Revolutionstribunale seine politischen Widersacher liquidieren ließ. Bereits vor seiner „Machtübernahme“ erkannte er geradezu visionär für die folgende französische Geschichte den Zusammenhang zwischen inneren Unruhen, außen- und militärpolitischen Ambitionen sowie einem Wechsel des politischen Systems, wie ihn Rom, wenngleich in längeren Zeitabschnitten, wie aus dem Lehrbuch als unvergängliches politisches Grundmotiv exemplarisch aufzeigte: *„In Zeiten der Unruhen und des Parteienhaders werden die Heerführer zu Richtern über das Schicksal ihres Landes und lassen die Waage zugunsten derer sich neigen, deren Partei sie ergriffen haben. Wenn es Cäsaren oder Cromwells sind, bemächtigen sie sich selbst der Herrschaft.“*³⁶⁾ Deshalb ließ er auch im Dezember 1793 als Vorsitzender seines Wohlfahrtsausschusses, den er selbst als den neuen Senat sah, den kommandierenden Generalen der Revolutionsarmeen eine in römisches Dekor gekleidete unmissverständliche Warnung zukommen: *„Denken Sie daran, dass die Helden der antiken Republiken, die Scipionen, Paulus Aemilius und andere ihre Befehle vom Senat empfangen und dass Rom die seiner Kinder zum Tode verurteilte, die - auch wenn sie siegreich waren - nicht Roms Befehle abgewartet hatten, um über seine Feinde zu triumphieren.“*³⁷⁾

Nach der Hinrichtung Robespierres erfolgte im August 1795 die bereits dritte Verfassung in Form der Direktorialverfassung. Ihre beiden Legislativ-Kammern - Rat der Fünfhundert und Rat der Alten - standen in der Tradition der römischen Volksversammlung und des Senates, wobei letzterer wie der römische Senat durch sein Recht der Zurückweisung beschlossener Gesetze die tatsächlich machtausübende Instanz darstellte und darüber hinaus auch die fünfköpfige Exekutive des Direktoriums ernannte.

Die Erfolge des Militärs im Ersten Koalitionskrieg (1793-1797) überstrahlten für einige Zeit die wirtschaftliche Not der Bevölkerung: Die Rheingrenze wurde erreicht, Tochterrepubliken in Italien entstanden, nicht zuletzt durch die Erfolge Napoleons. Die Gefahr eines Staatstreiches einerseits, die im Mai 1796 durch die frühsozialistische Untergrundorganisation der „Gleichen“ unter der Führung Babeufs - geradezu in der römischen Tradition stehend, gab er sich 1793 den Revolutionsnamen Gracchus und seiner Zeitung den Namen „Tribun du Peuple“ (Volkstribun)³⁸⁾ - entstand und durch das Militär vereitelt wurde, und der befürchtete Einflussverlust des

Direktoriums im Rat der Fünfhundert im Sommer 1799 andererseits bereiteten die Bühne für Napoleon. Er hatte sich bereits im September 1793 während der Belagerung von Toulon ausgezeichnet, was ihm die Beförderung zum Brigadegeneral durch Robespierre einbrachte, und durch die rücksichtslose Niederschlagung des royalistischen Aufstandes am 5. Oktober 1795 sowie seinen Erfolg als Oberkommandierender in Italien 1796/97 zu einer wesentlichen Stütze des Direktoriums entwickelt. Sein Staatsstreich des 18. Brumaire (9./10. November 1799) ließ das Diktum Robespierres wahr werden. Die Analogie zu Cäsars Marsch über „den Rubikon“ war evident, wenngleich Napoleon seine Herrschaft zunächst in ein den römischen Triumviraten nachgebildetes Kollegium von drei Konsuln fasste. Hier musste Napoleon dem republikanischen Zeitgeist entgegenkommen, weshalb er eine konsularisch verkleidete Ästhetisierung seiner Herrschaft dem oligarchischen Charakter der Triumvirate vorzog. Tatsächlich machte er durch seine Ernennung zum Ersten Konsul seine dominante Machtposition eindeutig - der Weg zum Cäsar und Augustus war beschritten.

Dem Verlangen der Bevölkerung nach Ruhe und Ordnung nach den langen Jahren der Revolutionswirren kam Napoleon in seinem Sinne entgegen. Am 15. Dezember 1799 erklärten die drei Konsuln: *„Franzosen, es wird euch eine neue Verfassung vorgelegt. Sie setzt den Ungewissheiten, die die Provisorische Regierung in den auswärtigen Beziehungen, in der inneren und in der militärischen Lage der Republik aufkommen ließ, ein Ende (...) Die Gewalten, die sie einsetzt, werden stark und dauerhaft sein, wie sie es sein müssen, wenn sie die Rechte der Bürger und die Interessen des Staates schützen sollen. Bürger, die Revolution ist den Grundsätzen, von denen sie ihren Ausgang nahm, fest verbunden; sie ist beendet.“*³⁹⁾ Mit dieser zeitlosen Proklamation zur Beendigung der Revolution wurde Napoleon, der sich 1802, plebiszitär abgestützt und in cäsarischer Tradition, zum (Ersten) Konsul auf Lebenszeit ernennen sowie, ebenfalls durch Plebiszit, zur Umwandlung des Konsulats zum (augusteischen) Kaiserreich 1804 ermächtigen ließ, zum Totengräber respektive Bändiger derselben.

Wenngleich Napoleon wie Cäsar⁴⁰⁾ und Augustus⁴¹⁾ auf militärische Meriten verweisen konnte, so sah er doch auch die Notwendigkeit, seinen Aufstieg in höchste Kreise zu „adeln“. Deren natürliches aristokratisches Auftreten wollte er sich von ihnen „leihen“. Dynastische Legitimität und einen standesgerechten männlichen Erben erhoffte er sich von der Vermählung mit der 18-jährigen Erzherzogin Marie Louise von Österreich; die innenpolitische Legitimität erlangte er durch ein Zustimmungsplesbiszit zur Kaiserkrönung, die, in Anwesenheit des Papstes Pius VII. - als Bischof von Rom stand er in der Tradition des altrömischen Pontifex Maximus, ein Amt, das auch von Cäsar bekleidet wurde -, auch eine internationale Rangerhöhung bedeutete. Gleichzeitig symbolisierte sie auch den unumkehrbaren Abschluss der nur noch formal republikanischen Staatsform und die cäsarisch-augusteische Hinwendung zu einer angestrebten Erbmonarchie.

Trotz aller Legitimitätsbemühungen blieb die Aufrechterhaltung der politischen und militärischen Dynamik

die Grundlage seines weiteren Handelns. Sein machtpolitisches Ausgreifen in den Westen (Spanien) und Osten (Österreich, Preußen, Russland) glich - alles stets indirekt gegen das seit Trafalgar 1805 unerreichbare Großbritannien gerichtet - einem Ressourcen verschlingenden Marathon, in dem Napoleon das kurzfristige machtpolitisch begründete Prestige mit dem dauerhaften Verlust der inneren Freiheit Frankreichs erkaufte - ganz so wie die ungeheure Ausdehnung des Römischen Reiches den Boden für den Übergang von der Republik zum kaiserlichen Imperium bereitete. Seine dynamische Unrast und Ungeduld, in einem Leben alles zu erreichen, wofür Rom Jahrhunderte benötigte, führte schließlich in einen nicht zu gewinnenden Konflikt mit „der ganzen Welt“, an dessen Ende der individuelle Untergang stehen musste.

Sein Krieg gegen seinen großen Dauer-Widersacher Großbritannien glich einem neuen „Punischen Krieg“, den Frankreich - wie einst Rom -, nachdem es Herr über die umliegenden kontinentalen Gemeinwesen geworden war, nun in einer letzten großen Auseinandersetzung um die Suprematie gegen eine „Händlernation“ - bereits „(d)er Konvent sprach von Karthago, wenn er England meinte, und die Jakobiner nannten sich Römer“⁴²⁾ - jenseits des Meeres zu führen hatte, obwohl Napoleon hierin mehr einem Hannibal als einem Scipio Africanus vergleichbar war.⁴³⁾ Aus britischer Sicht hatte sich der Krieg „von einem Kampf gegen die Weltrevolution in einen Kampf gegen einen Welt-Cäsarismus gewandelt“.⁴⁴⁾

Darüber hinaus erinnern die von Napoleon erzwungenen Bündnis-Konstellationen - insbesondere der 1806 geschaffene Rheinbund als militärstrategisches Glacis und Soldatenreservoir - genauso an das Gefolgschaft einfordernde, indes stabilere römische Bundesgenossenssystem⁴⁵⁾ wie der Zug nach Moskau im Jahre 1812 dem römischen Vordringen in den Osten unter Trajan im Jahre 117 vergleichbar ist, das dem Römischen Reich mit dem Erreichen von Basra am Persischen Golf seine größte territoriale Ausweitung brachte - wenn auch, wie bei Napoleon, nur für kurze Zeit als temporäre Außenbastion eines *imperial overstretch*.⁴⁶⁾ Als Kaiser eines überforderten „römischen“ Frankreich führte er sein Empire innerhalb eines Jahrzehnts in den Untergang.

III. Napoleon als Ikone

Napoleon war „nach innen *Sauveur der neuen französischen Gesellschaft und Welteroberer nach außen*“ sowie gleichzeitig als charismatischer Herrscher „*der lehrreichste Typus des Cäsarismus*“.⁴⁷⁾ Darüber hinaus gilt er auch in der Regel als der personifizierte Katalysator der Moderne.⁴⁸⁾ Das Diktum von Thomas Nipperdey für die deutsche Geschichte - „*Am Anfang war Napoleon*“ - gilt auch für die Propaganda, die seit Napoleon in qualitativer und quantitativer Hinsicht ihren neuzeitlichen Siegeslauf begann, indem sie seine militärischen, politischen und Recht setzenden Erfolge geradezu ikonografisch überhöhte. Ihm ging es vor dem Hintergrund einer politischen und militärischen Revolution in einer Epoche fundamentaler Umbruchsszenarien darum, in seiner Person neue gesellschaftliche Prinzipien in Verbindung mit der Konstruktion traditionaler Herrschaftsstrukturen ideolo-

gisch zu begründen.⁴⁹⁾ Dabei kam es ihm zugute, dass er „*einen sechsten Sinn für alle Kriegssachen und einen siebenten für alles, was der Machtbereitung diente*“.⁵⁰⁾ hatte. Die bereits seit 1791 latent den politischen Diskurs im revolutionären Frankreich prägende Forderung nach einer Überführung der politischen Zustände in eine Phase neuer Stabilität - verstärkt nach der Diktatur des Wohlfahrtsausschusses - führte nach der Delegitimierung der monarchischen Souveränität zu dem Dilemma, wie sich die neue, durch die Revolution erreichte Souveränität des Kollektivsubjekts „Nation“ - die „*volonté général*“ im Sinne von Rousseau⁵¹⁾ - in einer Person symbolisch verdichten ließ. Ein abgewandeltes Muster des römischen Cäsarentums bot sich für Napoleon als jugendlichen Helden, genialisch-erfolgreichen Militär und politischen Führer geradezu an, konnte er doch auch vor dem Hintergrund der Rom-Affinität der Intellektuellen einerseits und einer nach Jahrhunderten zählenden fürstlich-absolutistischen Tradition andererseits trotz der immanenten Gefahr der Beseitigung verfassungsrechtlicher Errungenschaften der Revolution in Form einer autoritären Alleinherrschaft auf den Zuspruch der Bevölkerung hoffen.⁵²⁾

Für alle legitimatorischen Aspekte - und zum Teil noch, seiner individuellen Selbstinterpretation und -stilisierung wegen, darüber hinaus - benötigte Napoleon neben Ideen, Zielen und Handlungen auch ein entsprechendes, seine usurpierte Herrschaft unterstützendes, gezielt die öffentliche Meinung und politische Kultur beeinflussendes propagandistisch-politisches Bildprogramm. Je mehr die realen „Bilder“ von der Bevölkerung akzeptierte mentale „Bilder“ erzeugten, die zudem Napoleons Selbstwahrnehmung spiegelten, desto wünschenswerter waren sie als Projektionsflächen. Napoleon war hierbei als Akteur-Getriebener und Gestalter zugleich. Einerseits musste er als charismatischer Herrscher in einem dynamischen Umfeld und vor dem Hintergrund eines drohenden potenziellen Verlusts seiner Ausstrahlung und seines Mythos als Retter und Garant der politischen Stabilität stets neue Erfolge vorweisen, und er wollte bei seinem ständigen Bemühen um Selbstdarstellung und Präsentation seiner Erfolge und Leistungen andererseits, dass sie das zeigen, was er zeigen wollte, und damit nichts dem Zufall überlassen - daher auch die Vorgaben für die Inhalte der Bilder und die Gängeleien respektive die Überwachung des künstlerischen Schaffens durch staatliche und militärische Würdenträger sowie die Bereitschaft, für einzelne Werke, aber auch für Massenproduktionen große Summen zu investieren.⁵³⁾

Überzeugt vom Propagandawert der Kunst ließ Napoleon seine Taten und seine Herrschaft als Feldherr, Konsul und Kaiser in einem an die überzeitlich-klassische römische Antike angelehnten Stil in Monumenten und Bildern verherrlichen. Nur eine „große Lösung“ schien den Ausweg aus seinem komplexen Dilemma-Konflikt respektive Spannungsverhältnis von Dynamik contra Statik der Legitimität zu weisen: „*Was lag näher, als die usurpierte Macht des neuen Cäsar und das von ihm erschaffene Grand Empire mit römischen Vorzeichen zu versehen und beiden damit eine Legitimität von großartiger historischer Dimension zu verleihen?*“⁵⁴⁾ Hierbei arbeitete Napoleon auch selbst bereits seit Beginn seines

ersten Italien-Feldzuges von 1796/97 an einem an antiken Vorbildern orientierten römischen Feldherren- und Imperatorenmythos mit.⁵⁵⁾

Für seine Konstruktion des jugendlichen vorwärts stürmenden Helden nutzte Napoleon sämtliche verfügbaren Medien. Er gab zwei eigene Militärzeitschriften heraus - zur Motivation seiner Truppen und zur Beeinflussung der „öffentlichen Meinung“ -, ließ sich auf Medaillen als Friedensstifter feiern, raubte Kunstwerke und schickte sie nach Paris,⁵⁶⁾ womit er sich, verstärkt durch die Teilnahme von Wissenschaftlern und Schriftstellern in der Manier Alexanders des Großen in die Lage versetzte, nicht nur den individuellen und machtpolitischen Zweck des Feldzuges neu zu interpretieren, sondern auch seine Metamorphose vom „hômme de guerre“ zum „hômme de culture“ öffentlichkeitswirksam zu inszenieren. Die Maler, die die bleibende Wirkung erzielten, waren Jacques-Louis David, einer der Begründer der an römischen Vorbildern orientierten klassizistischen Malerei, und sein Schüler François-Simon-Pascal Gérard. Insbesondere beim Revolutionsmaler David (1748-1825), der bereits in seiner Revolutionsikone „Der Tod des Marat“ (1793) den ermordeten Jean-Paul Marat zum politischen Märtyrer stilisierte, ist festzustellen, dass er von seinem „Schwur der Horatier“, in dem er wenige Jahre vor der Revolution das Hohelied auf das patriotische Märtyrertum dreier Brüder für ein unter dem Gesetz der Republik als revolutionären Topos vorwegnahm, der dann im idealisiert republikanisch aufgeladenen berühmten Gemälde zum Ballhauschwur vom 20. Juni 1789 seine französische Einlösung erfuhr,⁵⁷⁾ den militärischen und politischen Weg Napoleons vom Oberkommandierenden der Italienarmee über das Konsulat zur Monarchie als dessen Hofmaler ikonografisch mitzeichnete.⁵⁸⁾ Ausgehend von den folgenden einzelnen Bildern lässt sich im Rahmen von Rückblenden und Ausblicken idealtypisch das Selbst- und Herrschafts- wie auch Politik-, Religions- und Geschichtsverständnis Napoleons charakterisieren.

IV. Napoleon als militärische Ikone: Erbe von Alexander, Hannibal und Cäsar

Die Französische Revolution veränderte mit den ihr folgenden Kriegen die bellizistische Disposition des absolutistischen Kriegswesens und schuf eine neuartige Dimension des Krieges, der die Trennung von Außen- und Innenpolitik aufhob. Die bis dahin unbekanntes Vernetzung von außenpolitischer Zielsetzung, militärischer Aktion und der Sphäre der Innenpolitik wurde - vor dem Hintergrund der durch die Revolution entstehenden politischen, gesellschaftlichen und sozialen Spannungen - bereits von Brissot in einer Rede vor der gesetzgebenden Nationalversammlung⁵⁹⁾ pointiert auf den Punkt gebracht: „*Im jetzigen Zeitpunkt ist der Krieg eine nationale Wohltat, und das einzige Unglück, das wir zu fürchten haben, ist, dass es keinen Krieg geben wird (...)* Das ausschließliche Interesse der Nation rät zum Krieg.“⁶⁰⁾ Diese wechselseitige Verflechtung war die zeithistorische Grundlage für den Aufstieg junger Offiziere der Revolutionsarmee, die zum

Teil einen Kult- respektive Idol-Status erlangten - mit Napoleon als ihrem prominentesten Vertreter an der Spitze, der um die politische und massenpsychologische Bedeutung erzeugter „Bilder“ wusste. Dabei steht vollkommen außer Frage, dass Napoleon als Meister der militärischen Landkriegführung ein Souverän der europäischen „Kriegskunst“ war, dem auch in der militärhistorischen Forschung eine „angeborene Feldherrngenialität“⁶¹⁾ attestiert wurde. Sogar für den in dieser Hinsicht vollkommen „unverdächtigen“ Schweizer Kulturhistoriker Jacob Burckhardt war Napoleon „vielleicht der erste Feldherr aller Zeiten“.⁶²⁾

Selbst strategische Fehl- respektive Rückschläge wie sein ägyptisches Abenteuer im Jahre 1798 wurden durch publizistische Erfolge in Glanztaten umgedeutet. So wurde - wenn auch tatsächlich mehrere Kilometer entfernt - „unter den Augen“ der nach der mutmaßlichen Diktion Napoleons vierzig Jahrhunderte alten Pyramiden von Gizeh, den Ikonen der ägyptischen vor-antiken Zivilisation, mit der „Schlacht bei den Pyramiden“ der arabisch-islamische Kulturraum für die Moderne geöffnet⁶³⁾ - so wie Alexander dem orientalischen Raum den „Hellenismus“ brachte. Die perspektivische Analogie zu Alexander, der in Ägypten respektive der Oase Siwah den Ort seiner (göttlichen) Selbstbestätigung suchte,⁶⁴⁾ blieb im Grundsatz mehr als Option - beide suchten in Indien die Grenze ihrer (Welt-) Herrschaft zu erreichen. Es bleibt natürlich eine Mutmaßung, ob Napoleon tatsächlich, wie er auf St. Helena in der Verbannung sinnierte, die mehr die Nachwelt als seine Soldaten beeindruckende Möglichkeit erwog, mit- samt seinem Heer zum Islam überzutreten; er hätte dann „*als neuer Alexander ein Weltreich im Osten begründen können.*“⁶⁵⁾

Das Gemälde „Napoleon Bonaparte überschreitet den Großen St. Bernhard“ ist ein atmosphärisch verdichtender Rückblick auf seinen ersten großen militärischen Erfolg im Ersten Italienkrieg, seinen Alpenübergang von Mitte Mai 1800 und den Schlachtenerfolg von Marengo am 14. Juni 1800.⁶⁶⁾ Gleichzeitig ist das Werk aber auch durch seine aktionsgeprägte Dynamik ein über den (Zwischen-)Friedensschluss von Campo Formio 1797 hinausweisendes propagandistisches Postulat für die kommende Entwicklung. Der Dichter Stendhal, der unter seinem bürgerlichen Namen Henri Beyle an zahlreichen Kriegszügen teilnahm, schrieb später in seiner „Kartause von Parma“: „*Die Welt sollte erfahren, dass nach so vielen Jahrhunderten Cäsar und Alexander einen Nachfolger hatten.*“⁶⁷⁾ Militärischer Erfolg, enorme Popularität und politischer Ehrgeiz verdichten sich in dieser Darstellung für Napoleon in einem uralten militärischen Topos von grenzenlosem Ruhm und Ehre, was er auch auf seine Soldaten projizierte, über die er am 1. Juli 1797 dem französischen Gesandten in der Toskana sagte: „*Was sie brauchen, ist Ruhm, die Befriedigung ihrer Eitelkeit.*“⁶⁸⁾

Napoleon, bereits hier mit fast purpurrotem Umhang, zeigt, den Beobachter fixierend, auf einem auf der Hinterhand aufsteigenden Pferd sitzend, souverän den einzuschlagenden Weg mit der rechten Hand nach oben gerichtet, über die Alpen zur italischen Halbinsel, durch die drohenden Unbilden der „Wetterfront“ hindurch. Die Kokarde an der Kopfbedeckung, der rote Umhang über der

blauen Uniform, um die eine weiße Schärpe gebunden ist - zusammen gesehen ergeben sie die Farben der Trikolore -, weisen ihn als einen selbstsicheren und elanvollen jungen Helden und der revolutionären Republik verbundenen Heerführer aus, der mit leichtem Schenkeldruck und ohne sich trotz der schwierigen Situation am Zaumzeug festzuhalten - der „Hauch der Geschichte“ umweht ihn und sein Pferd -, der vom dynamischen, die französische Nation symbolisierenden Pferd aus bereits im Begriff ist, die vom Nationalkonvent angestrebte „natürliche“ Alpengrenze zu überschreiten. Die glorreiche Bezwingung der Natur sollte jene seiner Feinde symbolisch vorwegnehmen.

Unter seinem Pferd ist die Basis seines Erfolges erkennbar: eine jede Schwierigkeit überwindende Kolonne, durch die Farbgebung ausgewiesene republikanische Soldaten, mit einem Artilleriegeschütz - seine ursprüngliche Truppengattung - und einem seine Richtungsangabe mit dem Säbel aufnehmenden Offizier, der seine nur an Gewehrläufen und Bajonetten erkennbaren Soldaten, hinter denen eine Trikolore weht, anführt.

Die propagandistische Aufladung der Szene verdeutlichen zudem die eingemeißelten Schriftzüge auf den fast denkmalsartigen Steinen am unteren linken Bildrand. Bereits hier steht sein Name als Synthese über jenen Hannibals und Karls des Großen. Auch wenn die Lokalisierung von Hannibals Übergang über die Alpen schwierig bleibt⁶⁹⁾ - Napoleon war tatsächlich mit einem Maulesel unterwegs -, und seine Überquerung nicht die einzige und schon gar nicht die bedeutendste alpine Operation des Zeitalters war,⁷⁰⁾ so ist die Traditionsbildungsabsicht doch evident. Dass große Feldherren sich nur an großen Feldherren der Vergangenheit messen - d.h., ihr Bestreben, sich ihnen als mindestens gleichwertig oder gar überlegen einzustufen - und messen lassen wollen, scheint ein Naturgesetz ihrer Selbstreflexion respektive -wahrnehmung zu sein und im übersteigerten Selbstwertgefühl oder dem tatsächlichen Leistungsvermögen begründet zu sein. Der neben Alexander dem Großen trotz seines strategischen Scheiterns⁷¹⁾ größte Feldherr des Altertums und der fränkische Kaiser als Vater Europas bilden seither in der napoleonischen Selbsteinschätzung die einzig akzeptierten historischen Vergleichshorizonte außerhalb der römischen Vorbilder. Ein Prinz Eugen, der 1701 im Rahmen der Eröffnung des Spanischen Erbfolgekrieges als erster Feldherr nach Hannibal mit einem Heer die Alpen überquerte,⁷²⁾ schien bereits zu unbedeutend. So wie Alexander alleine mythische Vorbilder aus der von ihm als ein „Lehrbuch der Kriegskunst“⁷³⁾ wahrgenommenen Ilias akzeptierte, so verschlang und kommentierte Napoleon „seinen“ Cäsar als einen der Zeit enthobenen Vater der Kriegskunst.⁷⁴⁾ Für den Ersten Konsul ist die Wegmarke „Carolus Magnus“ - als mittelalterlicher Erneuerer der römisch-cäsarischen Idee - Verpflichtung zur späteren systemimmanent logischen Einlösung.

Schritt für Schritt setzte er das um, was ihm bereits nach seinem Sieg über die Österreicher an der Brücke über die Adda bei Lodi am 10. Mai 1796 im Kopf umherspukte, nämlich die Überzeugung, „dass ich ein den anderen Menschen überlegenes Wesen wäre. Ich fasste den ehrgeizigen Plan, große Dinge zu verrichten, die

bis dahin meine Gedanken höchstens als phantastische Wachträume ausgefüllt hatten.“⁷⁵⁾ Sein individuelles missionarisches Selbstbewusstsein, das an das *pothós*-Motiv Alexanders des Großen⁷⁶⁾ erinnert, trieb ihn immer weiter: „Ich fühle mich zu einem Ziel getrieben, das ich selbst nicht kenne. Sobald ich es erreicht habe, sobald ich nicht mehr gebraucht werde, genügt ein Nichts, um mich zu zerschmettern. Bis dahin aber kann keine Macht der Welt etwas gegen mich ausrichten.“⁷⁷⁾ Damit verkörperte er jene geschichtsphilosophische Idee, die Hegel als die „List der Geschichte“ bezeichnete,⁷⁸⁾ die sich zur Erreichung ihres Zieles „Freiheit“ der Individuen bemächtigt - in diesem Fall des „Weltgeistes“ in Reiterstiefeln, dessen Methode in der „Verbindung einer unerhörten magischen Willenskraft mit einer riesigen, allbeweglichen Intelligenz, beides gerichtet auf Machtbereitung und beständigen Kampf, zuletzt gegen die ganze Welt“⁷⁹⁾ bestand.

Napoleons ununterbrochenes Überschreiten von nicht akzeptierten Grenzen wurde ihm später nach dem Scheitern seiner gegen Großbritannien gerichteten, geradezu an Alexander den Großen angelehnten russischen Kampagne zum Verhängnis. Aus einer nahezu unangefochtenen kontinental-strategischen Machtposition heraus - ein „Arrangement“ mit dem „dem Zauber Napoleons“⁸⁰⁾ verfallenen russischen Zaren Alexander I. sollte Europa nach Tilsit 1807 in zwei Macht- respektive Einflusssphären teilen - suchte er, auch als psychotische Züge tragende Ersatzanstrengung für die mit Trafalgar 1805 verlorenen maritimen Fähigkeiten, zur militärischen Sicherstellung der von ihm verhängten „Kontinentalsperre“ bis ins Herz Russlands zu marschieren.⁸¹⁾ Seine historische Phantasie verlor den Zusammenhang mit der Realität: „Schließlich ist dieser Weg der lange Weg nach Indien (...) Denken Sie sich Moskau erstürmt, Russland geschlagen, den Zaren ausgesöhnt oder einer Palastverschwörung zum Opfer gefallen und sagen Sie mir, ob eine Armee von Franzosen dann nicht bis zum Ganges vordringen könnte, der nur mit einem französischen Schwert in Berührung zu kommen braucht, damit in Indien das ganze Gerüst merkantiler Größe einstürze?“ Bereits 1811 sagte er, seiner Logik folgend, dem bayrischen General Fürst Wrede: „Noch drei Jahre und ich bin Herr des Universums.“⁸²⁾ Bekanntlich saß er indes drei Jahre später auf Elba; gegen das russische Zarenreich hatte er 1812 mit seiner *Grande Armée* so grandios verloren, wie er noch am 2. Dezember 1805 bei Austerlitz seinen glänzendsten militärischen Erfolg errungen hatte - in der „Drei-Kaiser-Schlacht“ am ersten Jahrestag seiner Kaiserkrönung.

V. Napoleon als politische Ikone: Erbe von Augustus und Karl dem Großen

Die Diskrepanz zwischen einer das monarchische Prinzip sprengenden Revolution und der scheinbar deren Errungenschaften verrätenden Ausrufung eines „Kaisers der Franzosen“ lediglich 15 Jahre danach ist nur bei oberflächlicher Betrachtung evident. Politische Macht fordert Visualisierung, nach Möglichkeit Ästhetisierung und in erster Linie Personalisierung - in Republiken und Demo-

kratien wie in Diktaturen und Monarchien. Die „Virtuosos der Macht“⁽⁸³⁾ spielen daher stets auch auf der zur Verfügung gestellten medialen Klaviatur. Je größer ihr individuelles Potenzial und je breiter ihr Horizont auf unterschiedlichen Handlungsterrains ist, desto ausufernder wird ihr Bestreben, sich - vor dem Hintergrund ihrer (vermeintlichen) Einzigartigkeit, d.h. (heils-)geschichtlichen Notwendigkeit - apologetische Züge tragende Verehrung einzufordern und bei der Konstruktion omnipotenter medialer (Dauer-)Präsenz nur selbst auferlegte Grenzen zu akzeptieren.

Aus der Retrospektive seines südatlantischen Exils auf St. Helena sah Napoleon seinen individuellen „Kairos“ in der Erstürmung der Adda-Brücke bei Lodi, hier sei ihm bewusst geworden, „dass ich wohl auf der politischen Bühne eine ausschlaggebende Rolle spielen könnte“⁽⁸⁴⁾ Tatsächlich war sein erster Italienfeldzug ein entscheidender Katalysator: „Durch diese Siege überflügelte er alle Rivalen auf militärischem Gebiet und wurde zum Schwert der Revolution, die für seine Zwecke zu benutzen und zu vernichten er entschlossen war.“⁽⁸⁵⁾ Sehr früh begriff er sich nicht nur als militärischen, sondern auch als politischen Akteur: „Nicht weil ich ein General bin, regiere ich Frankreich, sondern weil die Nation glaubt, dass ich die zivilen Fähigkeiten eines Herrschers besitze.“⁽⁸⁶⁾ Daher legte er auch großen Wert auf die Transformation seines „Bildes“ vom „hômme militaire“ zum „homo politicus“. Auch hier folgte sein Ansinnen römischem Muster - vom Konsul zum Kaiser.

In der am 2. Dezember 1804 in der Kathedrale Notre Dame mit pompöser Inszenierung erfolgten Selbstkrönung - es war die erste „seit Friedrich II. am Sonntag Okuli 1229 in der Grabeskirche zu Jerusalem“⁽⁸⁷⁾ - erreichte Napoleons Herrschaft ihren „protokollarischen“ Höhepunkt. In einer lange geplanten, tatsächlich im Vorfeld und am Krönungstag nicht frei von Skurrilität und Komik ablaufenden Inszenierung⁽⁸⁸⁾ wurde dabei ein Spagat zwischen republikanischer Verpflichtung, mittelalterlichem und barockem Gepränge sowie einem neuen römisch-französischen Kaisertum gefunden, das dezidiert jedwede mögliche Erinnerung an die Bourbonen, Valois und Kapetinger als Repräsentanten des *Ancien Régime* unterbinden wollte, obgleich die Lilien auf den das Edle symbolisierenden indigo-blauen Gewändern und Baldachinen deutlich erkennbar sind. Der inhaltlich-thematische Spannungsbogen zwischen Republik - in der Tradition des Bildes vom Ballhauschwur lässt David das Licht von links oben in das Geschehen fluten - und Monarchie - dargestellt durch Gold und Purpur - kommt in der hell hervorgehobenen Person Napoleons zur Auflösung.

Das Bild zeigt den bereits (selbst) gekrönten Kaiser Napoleon, wie er seiner Ehefrau Joséphine, deren Schleppe von seinen Schwestern „gehalten“ und nicht „getragen“ wurde, die Krone aufsetzt. Hinter ihm sitzt Papst Pius VII., für den die gesamte Zeremonie einer macht- und religionspolitischen Demütigung gleichkam. Da er nicht dem Eid Napoleons auf die Religionsfreiheit vorsehende Verfassung als Zeuge beiwohnen wollte, verließ er kurz darauf den Altarraum. In der Mitte auf einer Empore sitzt die bei den Feierlichkeiten indes nicht anwesende - katholische - Mutter Napoleons, die die Zeremonie

missbilligte. So sehr sich der mit dem Sieges-Lorbeer gekrönte Napoleon durch die gesamte Inszenierung um eine religiöse Weihe der vom Senat im Mai angetragenen und durch Plebiszit „demokratisch“ legitimierten Etablierung eines napoleonischen Erbkaisertums⁽⁸⁹⁾ bemühte, so sehr ist durch die Marschälle und Generale auf dem Bildnis auch die im Vorfeld der Krönung von Napoleon angedachte Ausrufung zum Kaiser durch die Armee⁽⁹⁰⁾ zum Ausdruck gebracht. Zur Staffage dienten die militärischen Würdenträger Napoleons als „Prätorianer“ und seine Schwestern als „Vestalinnen“, womit eine römische Inszenierung angedeutet wurde.

Vor dem Hintergrund einer rationalen Beurteilung der politischen Lage gab es für Napoleon keine personale und örtliche Alternative zu einer (Selbst-)Krönung zum Kaiser in Notre Dame: Das französische Episkopat war nach der Revolution verbeamtet worden. Ein Souverän wie Napoleon konnte sich, seinem Selbstverständnis folgend, nicht von einem Untertanen krönen lassen. Die Kathedrale von Reims hatte als Ort und religiöses Symbol des alten dynastischen französischen Königtums dem politischen Zentrum Paris zu weichen, wo mit Notre Dame ein „Tempel der Vernunft“ zur Verfügung stand, der sich als ideale politische und weltanschauliche Örtlichkeit erwies.

Die Hinzuziehung des Papstes zur Kaiserkrönung war nicht unkritisch. Einerseits entschied sich das republikanische Frankreich am Tag nach der „Kanonade von Valmy“ am 20. September 1792 mit der Einführung des Revolutionskalenders und der Zehntageswoche sowie der proklamierten Glaubensfreiheit und der laizistischen Trennung von Staat und Kirche sowie der am 21. Januar 1793 erfolgten Hinrichtung des gesalbten und gekrönten katholischen Königs Ludwig XVI. zu einer bewussten Abgrenzung zur kirchlichen Tradition. Andererseits war die Idee des Kaisertums - spätestens seit Karl dem Großen ist sie mit der Idee des weltlichen Beschützers der per se übernationalen Christenheit verknüpft - trotz Reformation und Aufklärung eine prestigeträchtige internationale Aufwertung. Napoleon war als nationaler Kaiser auf gleicher formal-protokollarischer Höhe wie die beiden anderen Kaiser römischen Charakters, d.h. der Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und der Zar, der weltliche Beschützer der orthodoxen Christenheit, eines „dritten Rom“, nachdem an die Stelle des „zweiten Rom“ - Konstantinopel war Byzanz und jenes Istanbul gewichen - das Sultanat des Osmanischen Reiches getreten war. Ein nationales Kaisertum begann mit dem Segen der römischen Kurie seinen Siegeslauf, der über jenes katholisch-übernationale Österreichs zum doppelt paradoxen des preußisch-deutschen und protestantisch-unierten des Deutschen Kaiserreiches von 1871 führte. Eine Krönung Napoleons zum König war indes aufgrund der Revolution und der dominanten Position Frankreichs im internationalen System wegen undenkbar. Vielleicht übersprang Napoleon auch eine denkbare Krönung zum König aufgrund der Tatsache, dass dieses Cäsar nachgesagte Unterfangen mit ein Grund für seine Ermordung an den Iden des März 44 v. Chr. war - derartige Analogiebildungen galt es natürlich aus Sicht Napoleons zu unterbinden, nachdem er am 24. Dezember 1800 nur knapp selbst einem Attentat

entkam und im März 1804 ein Mordkomplott aufgedeckt wurde,⁹¹⁾ was seine diesbezügliche Phobie in psychologischer Hinsicht erklären könnte.

Vielleicht aber, und dies als Anmerkung aus der christlich-abendländischen Geschichtsphilosophie verbundenen Reflexionsperspektive, kannte Napoleon als Korse - Korsika gehörte bis 1768, ein Jahr vor seiner Geburt, zur Republik Genua - auch seinen Dante, der in seinem Werk „De monarchia“ ausführte: „*Es ist offenkundig, dass der Kaiser, als Kaiser, die Jurisdiktion des Reiches nicht ändern kann, da sie die Quelle von dem ist, was er ist.*“⁹²⁾ Bereits im Jahr vor seiner Krönung zum ‚Kaiser der Franzosen‘ hatte er, nachdem er bereits kurz nach dem 18. Brumaire von Sieyès die „Verfassung des Jahres VIII“, sein neues Staatsgrundgesetz, hatte erarbeiten lassen, mit dem *Code Napoleon* als der Kodifikation des Zivilrechts eben jene Rechtsquelle(n) geschaffen, die es nun - als in der Tradition eines mittelalterlichen Kaiseramtes stehend - zu beschirmen und beschützen galt. Die sakrale Inszenierung seines Kaisertums sollte jedoch nicht nur antike, mittelalterliche und nationalfranzösische Assoziationen erlauben, sie stand auch in der Tradition der Religionspolitik des aufgeklärten Absolutismus: „*Indem ich mich als Katholik gezeigt habe, habe ich den Aufstand in der Vendée beendet. Indem ich mich als Muselmane gezeigt habe, habe ich unsere Herrschaft in Ägypten aufgerichtet. Indem ich den Ultramontanen gespielt habe, habe ich die Herzen der Italiener gewonnen. Wenn ich ein Volk von Juden regierte, würde ich den Tempel Salomons wieder aufbauen.*“⁹³⁾

VI. Napoleon als Rechtssetzer zwischen Religion und Aufklärung: Erbe von Moses

Mit dem 1804 erlassenen *Code Civil*, an dem bereits seit 1790 durch die revolutionären Regierungen gearbeitet wurde, wurden die bis zum Ende des *Ancien Régime* in über 400 Gebieten gültigen und praktizierten unterschiedlichen Rechtstraditionen - zum Teil jahrhundertaltes altfränkisches Gewohnheitsrecht in den nördlichen Gebieten und Römisches Recht im Süden - zusammengeführt. Damit wurde, den Interessen des Besitzbürgertums und den moralischen Vorstellungen Napoleons folgend - nach seiner Überzeugung hat die Revolution die alten Grundlagen der traditionell auf Familien basierenden französischen Gesellschaft durch die sprunghaft angestiegenen Scheidungen die öffentliche Moral fast vernichtet -, ein mit Stärken und Schwächen behafteter Kompromiss zwischen den bürgerlichen Freiheitsrechten, moderner Besitzstandswahrung und alt-römischem Tugendideal mit ihrer *patria potestas* formuliert, der über das nachrevolutionäre Frankreich in Raum und Zeit hinaus weiterwirkte.⁹⁴⁾ Der napoleonische *Code Civil* sollte, wie er bei der Vorlage des ersten Entwurfes dieses Werkes seinen Bürgern kundtat, nicht nur das nationale Recht harmonisieren, sondern er war gleichzeitig auch ein Angebot an die „*grande famille européenne*“, „*deren Bestimmung es ist, das Schicksal der Welt zu bestimmen, durch feste und dauerhafte Bande*“⁹⁵⁾

Die neue Qualität dieser Rechtskodifikation galt es auch propagandistisch überhöht darzustellen. Hier verschmolzen Akte der Zivilrechtskodifikation wie des *Code Civil* mit seiner grundsätzlichen Religionspolitik, die nach seiner Auffassung der staatlichen Politik nachgeordnet war, sowie der napoleonischen „Judenpolitik“ zur Ikone „Napoleon als Heilsbringer“, die Rückschlüsse auf sein (a)historisch-politisches Weltbild und seine individuell eklektizistische Betrachtung der Welt- und Religionsgeschichte zulässt - und auf seine Wahrnehmung der den napoleonischen staatlich-politischen Nützlichkeitsabwägungen dienenden Funktion der Religionen.

Mit der Französischen Revolution wurden die Staatsbürgerrechte unabhängig vom christlichen Bekenntnis. Nach der napoleonischen Wiederentdeckung der Religion als soziales Bindemittel und dem Konkordat mit dem Heiligen Stuhl im Jahre 1801, das den Katholizismus nicht mehr zur Staatsreligion, sondern fast laizistisch-demokratisch zu jener der „großen Mehrheit der französischen Bürger“ machte, wurden im Anschluss daran Regelungen für das Verhältnis von Empire und Protestantismus gefunden. Lediglich der jüdische Kultus blieb zunächst aus staatlicher Perspektive ungeregelte.⁹⁶⁾ Auch hierfür sah Napoleon eine „große Lösung“ vor, die inhaltliche, strukturelle und ästhetische Dimensionen haben sollte⁹⁷⁾ und sich stark an antike Muster anlehnte. Im August 1806 befahl er die Wiedereinberufung des höchsten Gerichtshofes der antiken Juden, des Großen *Sanhedrin*, bei dessen Zusammentreten im Februar 1807 die „*Vertreter einer verachteten Religion glaubten, in eine zur Zukunft verklärte Vergangenheit zu schreiten*“; darüber hinaus wurde durch seine Ergebnisse aber auch „*dem modernen europäischen Judentum eine Tradition erfunden*“.⁹⁸⁾ Dieser Prozess einer von Napoleon so verstandenen *régénération* des Judentums wurde durch entsprechende publizistische Unterstützung propagiert.

Im Zentrum der von François-Louis Couché (1782-1849) erstellten verklärenden Allegorie des Dekrets zur Einberufung der Notabelnversammlung steht Napoleon im Kaiserornat, als neuer Moses, wie die von ihm in seiner rechten Hand getragene Tafel offenbart: „*Loix données à Moïse*“. Die ikonografischen Symbole des alten Bundes sind im Berg Sinai im Hintergrund und in der *Menora*, dem siebenarmigen Kerzenleuchter als Symbol des Judentums, sowie in der dahinter dargestellten Bundeslade angedeutet. Die Schriftgelehrten, zum Teil kniend und sich umarmend - die aufgerollte kleine Thora liegt unbeachtet neben ihnen auf dem Boden -, symbolisieren die sehnsüchtige Erwartungshaltung gegenüber Napoleon und bringen damit ihre grundsätzliche Akzeptanz des „neuen Bundes“ zum Ausdruck. Als Gegenleistung respektive Ersatz für ihre vorherige gesellschaftliche und extra-konstitutionelle Randposition erhielten sie die erhoffte Integration in die neue Gesellschaft als Staatsbürger mit israelitischem Bekenntnis.⁹⁹⁾

Gleichzeitig ist dieses „Bild“ auch als konfessions-unabhängige Chiffre zu betrachten, die vor dem Hintergrund eines breiteren Horizontes eine umfassendere Interpretation zulässt. Für Napoleon war der *Sanhedrin* eine Teillösung seines Religions-Paketes, das wiederum einen innenpolitischen Kitt schaffen sollte. Bereits im Jahre 1793 wurde durch Beschluss des Nationalkonvents festgelegt, dass die bisherigen katho-

lischen Kirchen zu, „Tempeln der Vernunft“ umzubenennen waren, in denen der „Kult des höchsten Wesens“ praktiziert werden sollte. Die aufgeklärte rationalisierte Vernunft als Ort der weltlichen Gesetzgebung symbolisiert der hinter einem Öl- respektive Olivenbaum als Symbol des levantinischen Ursprungs des italienischen Katholizismus hervorstechende tempelartige Vorsprung des Gebäudearrangements, vor dem Napoleon im Krönungsornat als Verkünder des religiösen als staatliches Gesetz mit dem Thron im Rücken quasi ex cathedra fungiert. Die junge Dame zu seinen Füßen ist eine allegorische Darstellung der (katholischen) Kirche. Die beiden Gesetzestafeln, die neben ihr auf dem Boden liegen, sollen die Zehn Gebote des alten Bundes darstellen, die nun durch das neue Gesetz, überreicht durch Napoleon an die Menschheit in Form des *Code Civil*, den neuen Bund für die Menschheit darstellen.

Parallel zu diesem interpretatorischen Ansatz ist darüber hinaus auch eine römische Deutung möglich: Napoleon lässt sich nämlich mit diesem Stiftungsakt auch als ein „neuer Justinian“ interpretieren, der im 6. Jahrhundert als oströmischer Kaiser Justinian I. („der Große“) mit seinem Codex Justinianus ein Sammelwerk des römischen Rechts seit Kaiser Hadrian kompilieren ließ - weniger als Schöpfer und mehr als Bewahrer -, um eine große Tradition nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

VII. Napoleon als historische Ikone: Second to none

Zusammenfassend kommt man zu dem Urteil, dass Napoleon sämtlichen militärischen, politischen und religiösen Herausforderungen eine „klassische“ zeitlose und ewige Lösung in einer antiken Zeichen- und Formensprache geben wollte. Geradezu folgerichtig verlangt dieses Bestreben eine Synthese, die in einem Bild das Selbst- und Herrschaftsverständnis Napoleons zusammenfasste.

Das Gemälde „Kaiser Napoleon I. im Krönungsornat“ von François-Simon-Pascal Gérard (1770-1837), dem Schüler Davids, lehnt sich formal und ikonografisch an die Tradition absolutistischer Herrscherporträts - insbesondere am bekannten Bild des Malers Hyacinthe Rigaud vom „Sonnenkönig“ Ludwig XIV. - an. Es entstand kurz nach der Krönung Napoleons und inszeniert diesen als „Fülle der Zeit“; es gilt als „das Bild“ seines Selbstverständnisses. Der ideelle und machtpolitische Anspruch, den dieses komponierte Bild zum Ausdruck bringt, erschließt sich dem Betrachter in mehreren Stufen: Im Zentrum, der Mittelachse, steht vor dem Hintergrund eines Vorhanges auf einem blauen Teppich Napoleon, mit Schrittstellung nach links und den Betrachter fixierend, rechts neben ihm auf blauem Kissen die Kroninsignien, zur Linken dahinter der leere Thron im Empirestil. Unter dem mit Hermelin gefütterten goldbestickten roten Samtmantel schaut ein Schwert hervor. In der rechten Hand, versehen mit einem Ring als persönlichem Ehrenzeichen über einem weißen Handschuh, hält er das Zepter mit dem Adler, auf dem Kopf trägt er einen goldenen Lorbeerkranz.

Mit der Stufengestaltung des Bodens wird Napoleon bereits auf eine höhere Stufe gestellt. Die sprichwörtliche Basis seiner monarchischen Herrschaft, die historische Grundlage, ist hierbei das fränkische (Stammes-)Königtum der Merowinger, deren zugeschriebenes Symbol - die Biene - sowohl

auf dem Teppichboden als auch auf dem Krönungsornat als Ersatz für die bourbonisch-dynastischen Lilien des alten Königtums zu sehen ist. Die damit konstruierte historische „konservativ-nationale“ Tiefendimension seines Kaisertums findet ihr Pendant in der „links-nationalen“ Komposition der revolutionären Trikolore, deren Farben blau-weiß-rot im Querverlauf des Bildes - blauer Samtbezug des Kissens, roter Mantel, weißer Hermelin - das Frankreich der historischen Größe mit jenem der national-revolutionären Größe in der Person Napoleons vermählt.

Die nächste Stufe bildet der Schemel mit den Krönungsinsignien - der den Machtanspruch in alle vier Himmelsrichtungen verkörpernde Reichsapfel und die nun den *Code Civil* symbolisierende Hand der Gerechtigkeit, die auf Napoleon als Erben Karls des Großen verweisen. Dieser galt im damaligen national-französischen Geschichtsverständnis als französischer Herrscher und, nach seiner Erneuerung des weströmischen Reiches nach seiner Krönung am Weihnachtstage 800 in Rom, als *Pater Europae* - Vater Europas -, der, wie Napoleon, über eine dominante Machtposition in West- und Zentraleuropa verfügte. So wie die Kaiserkrönung 800 das Motiv „translatio imperii“ vom 476 untergegangenen weströmischen Reich auf das fränkische Königtum übertragen hatte, so verstand sich Napoleon - nachdem das Heilige Römische Reich Deutscher Nation von der Dynamik der neuen Zeit überrollt war - in der legitimen Nachfolge. Und hatte nicht gerade Napoleon mit seiner Machtpolitik zur Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und der Etablierung einer neuen europäischen Ordnung beigetragen? Napoleon sah sich nicht nur als Vater Europas, sondern auch als Herr Europas, dem er seinen Stempel aufdrücken wollte: „*Wir brauchen ein europäisches Gesetz, eine einheitliche Münze, die gleichen Gewichte und Maße, dieselben Gesetze.*“

Als Herren Europas und des Mittelmeerraums sahen sich auch die Römer. Der von ihm in seiner rechten Hand gehaltene Adler symbolisiert die Legionsadler der römischen Streitkräfte und verweist auf Napoleon als Erben Cäsars, dessen Machtbasis ebenfalls eine militärische war. Der von Napoleon getragene goldene Lorbeerkranz zeigt ihn als neuen Augustus, den ersten Kaiser des römischen Reiches, der „Frieden über den Erdkreis“ brachte. Als deren letzlicher Erbe ließ Napoleon daher seinen 1811 „im Purpur“ geborenen Sohn folgerichtig zum König von Rom erheben.

Die mit barockem Gepränge vergleichbare Hintergrundgestaltung, d.h. der strahlenartige Faltenwurf des goldgelben Vorhanges, verweist auf den Sonnenkönig Ludwig XIV., den idealtypischen, einem historischen Zeitabschnitt den Namen gebenden absoluten Herrscher, dessen Ausdehnungspolitik Napoleon zur Zeit der Entstehung des Gemäldes schon längst in den Schatten gestellt hatte. Für diese Eroberungspolitik griff Napoleon in der Regel auf das Schwert zurück, das er zur Linken trägt. Dieses stellt Napoleon - zusammen mit der Ordenskette der 1802 gestifteten Ehrenlegion mit ihren aneinandergereihten Adlern - als einen im Kern auch stets kampfbereiten, dynamischen und ungeduldigen Heereskaiser dar. Der mehrfach These und Anti-These folgende kompositorische Aufbau des Gemäldes - Absolutismus contra Republik, fränkisches Stammeskönigtum contra europäische Schirmherrschaft, cäsarische Militärdiktatur

gegenüber Erbe der Revolution - öffnet den Weg zur hegelschen Geschichtsphilosophie, in der Napoleon als Synthese zum welthistorischen Nadelöhr wird, durch das das Prinzip Freiheit zu gehen hat, womit der Kreis zum „Weltgeist zu Pferde“ wieder geschlossen wird.

Dazu wurde er ausschließlich über sein individuelles *mérite personnel*. Er war nicht auf dem Thron geboren, daher stand dieser auch als bedeutungslose Requisite hinter ihm - lediglich das goldene „N“ verweist auf den einzigen möglichen Platzinhaber. Er sah sich nicht wie der von ihm bespöttelte Kaiser Franz II. als „Skelett, das nur ein Verdienst der Vorfahren auf den Thron gebracht hat.“¹⁰⁰ Sein Thron war der Pferderücken und die Armee - noch seine letzten Worte auf St. Helena brachten dies auf den Punkt: „A la tête de l'Armée.“ Der persönliche (Schlachten-)Erfolg allein ist es, auf den er sich verlassen musste, wie er Metternich am 26. Juni 1813 anvertraute: „Ihre auf dem Thron geborenen Souveräne können sich zwanzigmal schlagen lassen und immer wieder in ihre Hauptstadt zurückkehren; aber ich kann das nicht, weil ich ein militärischer Emporkömmling bin. Meine Herrschaft wird den Tag nicht überleben, an dem ich nicht mehr stark und daher nicht mehr gefürchtet sein werde.“¹⁰¹

Doch so sehr er den letzten Habsburger auf dem Thron des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation auch verachtete, so sehr war ihm die dynastische Geschichte der Habsburger auch Vorbild. Nicht nur, dass er durch seine Vermählung mit Erzherzogin Marie-Louise, der Tochter von nun Kaiser Franz I. von Österreich, am 1. April 1810 in die „älteste“ Herrscherfamilie Europas - aus Gründen der neuen Staatsraison verstieß er die von ihm geliebte Kaiserin Joséphine - einheiratete, um beim europäischen Hochadel auf Akzeptanz für die von ihm angestrebte Gründung einer mit dynastischer Legitimität versehenen Erbmonarchie zu stoßen; er verstand sich als neuer „Rudolf von Habsburg für meine Familie“¹⁰² - ohne auch nur im Entferntesten an eine diesem folgende, mehr als ein halbes Jahrtausend umfassenden Familiengeschichte heranzureichen.

VIII. Summe

Montesquieu beschrieb in seinen „*Considérations sur les causes de la grandeur des Romains et de leur décadence*“ im Jahre 1734 rückblickend: „*Die Geschichte der Römer war, in einem Satz gesagt, diese: Durch ihre Maximen überwandern sie alle Völker, aber als sie das Ziel erreicht hatten, konnte ihre Republik nicht weiterbestehen; es musste eine Änderung in der Regierungsform eintreten, und die Maximen, die in der neuen Regierungsform verfolgt wurden und den früheren völlig entgegengesetzt waren, brachten Roms Größe zum Fall.*“¹⁰³

Die Analogie zum Aufstieg des zunächst revolutionär-republikanischen und dann napoleonisch-imperialen Frankreich sowie zu seinem Niedergang ist evident. Die Verkündung der Menschen- und Bürgerrechte, deren Anklang im übrigen Europa, die Unterwerfung der Nachbarn, ihre Einbindung in ein umfassendes, von Paris aus kontrolliertes Allianz- respektive Bündnissystem, aber auch blutige Auseinandersetzungen im Inneren, die Diktatur Robespierres, das Konsulat Napoleons, seine Kaiserkrönung, die vielfältigen Widerstand schaffende Besatzungs- und

Unterdrückungspolitik sowie die Phänomenologie des napoleonischen Heereskaiserturns bis zum letztlich Niedergang bei Waterloo machen deutlich, wie sehr Frankreich Aufstieg sowie „*History of the Decline and Fall of the Roman Empire*“ - so der Titel der legendären Studie von Edward Gibbon - zeitversetzt durcherzählte.

Napoleon verkörperte einerseits durch seinen Aufstieg noch das republikanische Erbe der Revolution und wurde andererseits zum Cäsar, Augustus und Heereskaiser in einer Person. Der verordnete und angediente Götzendienst um die römischen Heerführer und Herrscher fand ein Pendant in der Stilisierung Napoleons als multidimensionale Ikone: „*Alle diese dem imperialen Rom entlehnten Metaphern sollten die Vorstellungskraft der Völker beeindrucken, ihre Phantasie in eine bestimmte Richtung lenken und Assoziationen an das Reich wecken, das nach Plinius einst für Jahrhunderte die Welt unter die unermessliche Majestät des römischen Friedens' gebeugt hatte. Und sie sollten den Glauben an einen Kaiser stärken, der wie Augustus seine Herrschaft der Armee verdankte und wie dieser seinem Reich Gerechtigkeit, Ordnung und Dauer geben sollte.*“¹⁰⁴ Frankreich, Paris und Napoleon standen im Banne Roms: „*Der Staat des Kaisers stellte sich gleich mehrfach als römischer vor: so die Verwaltung der Präfekten, so der Senat, der den Kaiser beriet, so das Recht, das der ‚neue Justinian‘ im Code Civil von 1804 schuf. Die imperiale Herrschaft spiegelte sich in römischen Bildern: Prachtstraßen und Foren, Thermen und Tempel, Säulen und Triumphbögen erschienen als der adäquate Ausdruck der Macht des Empire und seines Schöpfers. Ihr huldigte auch die Säule der Großen Armee auf dem Vendôme-Platz. Sie schrieb wie die des Trajan in Rom Geschichte auf ihre Schraubenwindungen, und während das Vorbild Siege über Germanen und Daker rühmte, feierte die Kopie den Erfolg der Armee, die ihre Legionsadler weit nach Osten getragen hatte. Gekrönt wurde sie von der Statue des Kaisers, dessen Haupt mit dem Lorbeer des Sieges geschmückt war und dessen Hand den Globus mit der Victoria trug. So war er erhoben über die Sterblichen und heischte Verehrung wie die nach ihrem Tod in den Götterhimmel aufgestiegenen römischen Cäsaren.*“¹⁰⁵ Dem großen Vorbild Roms folgte Napoleon stellvertretend für Frankreich im Aufstieg wie im Niedergang - als einziger französischer Heereskaiser, wofür Rom dutzende benötigte.

Doch gerade darin, dass Napoleon - seiner Einzigartigkeit durchaus (zu) bewusst - sich entschied, seine monarchisch-diktatorische Stellung und die Akzeptanz der Errungenschaften der Revolution in seiner Person überhöhen zu lassen, zeigte er, dass er, hierbei mehr Augustus als Cäsar, in der Lage war, für seine Zielsetzung, sich als über den Parteien stehend und Frankreich symbolisierend, aus der zurückliegenden (Zeit-)Geschichte die richtigen Lehren zu ziehen. Die antikisierende Ästhetik des Klassizismus - strenger und weniger prachtvoll als barocke Gemälde - war die dem napoleonischen Empire gemäße programmatische Bildsprache im kommunikativen Prozess zwischen dem Kaiser, seinen neuen Untertanen, den europäischen Mächten und der Nachwelt.

Bei allen Bemühungen, vermeintlich fehlende Legitimität durch Heirat und (römische) Traditionskonstruktionen ‚nachzureichen‘, ist doch in Form einer Gegenrechnung

darauf hinzuweisen, dass seine Machtstellung und sein Kaisertum - trotz römischen und karolingischen Dekors - nicht der Tradition verhaftet war, sondern vor dem Hintergrund der durch die Revolution geschaffenen Rahmenbedingungen in seiner Person und Leistung begründet lag. Es war im Kern eben auch „*trotz aller theatralischen Erinnerungen an Karl den Großen modern, revolutionär, traditionslos. Es lebte nicht von religiös oder historisch begründeten Gnaden, sondern aus sich selbst (...) Mit imperatorischer Geste sollte die Revolution zur Form gezwungen werden, der Imperator in seiner Person war die Garantie der neuen Gesellschaft*“¹⁰⁶

So stand er auch dafür an einer Epochenschwelle respektive Sattelzeit¹⁰⁷ wie die Französische Revolution insgesamt. Einerseits verlangte die Konvention die Rückbindung des Herrschaftshandelns an eine historisch-traditionelle Manier, andererseits war gerade mit der Französischen Revolution klar geworden, dass die Legitimation politischen Handelns sich nicht mehr ausschließlich auf die Dignität der Geschichte berufen konnte, sondern eine konstruktive Auseinandersetzung mit dem Vokabular der Aufklärung - Natur und Vernunft, Volkssouveränität und Öffentlichkeit - notwendig machte. Dieses Spannungsverhältnis zwischen altem Legitimationsbedürfnis und der dynamischen Modernität führte zu einer artifiziellen ikonografischen Visualisierung. Am Ende bleibt indes auch für eine napoleonische (Re-)Inszenierung eines an antike Formen angelehnten Kaisertums festzuhalten: „*Allen Kaisertümern nach dem Ende des Heiligen Römischen Reiches ist etwas eigentümlich Theatralisches, Gekünsteltes eigen. Sie sind im eigentlichen Sinn Demonstrationen, Propaganda-Aktionen.*“¹⁰⁸

Die historische Ironie liegt darin, dass Napoleon mit seiner Neuschöpfung selbst zum Vorbild jener machtversessenen Egomane wie Lenin, Stalin oder Hitler wurde: „*Man sagt nicht zuviel mit der Feststellung, dass der vorhergehende Napoleon-Kult vielfach den Diktatorenkult des 20. Jahrhunderts legitimiert hat.*“¹⁰⁹ Diese unterzogen sich jedoch erst gar nicht der Mühe, in der Requisiten- und Asservatenkammer der (antiken) Geschichte (fast) richtige oder (grundsätzlich) falsche Analogieoptionen zu suchen. An antike Formate oder Napoleon selbst reichten sie nicht heran. Um ihren Willen Europa aufzuoktroyieren, genügte ihnen eine Äußerung Napoleons Metternich gegenüber: „*Ein Mann wie ich schert sich wenig um das Leben einer Million Menschen.*“¹¹⁰

Epilog

Das Selbstverständnis politisch Handelnder nach dem Zweiten Weltkrieg suchte sich wieder Anknüpfungspunkte in der Antike wie in der Person Napoleons. Als Wiederaufnahme des napoleonischen Rheinbundes von 1806 sah die sowjetische Propaganda ja bekanntlich, und damit einer systemimmanenten Logik der Wahrnehmungsmuster des ideologisch aufgeladenen Ost-West-Konfliktes folgend, auch die NATO - nur dass diesmal der Hegemon USA hieß und nicht mehr Frankreich bzw. Napoleon. Auch kann man die NATO und den Warschauer Pakt in Form einer vergleichenden Analogie mit Ausschnitten der Alten und Neueren Geschichte in kontinuierstiftender Perspektive betrachten: Der attische Seebund im Westen, eine maritime Allianz mit ausgeprägten

Wirtschaftsinteressen, und seinen Auxiliärtruppen einerseits, das halbkontinentale, bodenschwere Perserreich im Osten mit seinen Satrapien als westliches Sicherheitsglacis andererseits machten einen Vergleich geradezu zwingend - alleine die fast zweieinhalb Jahrtausende lagen dazwischen. Das manichäische Weltbild jedoch war das gleiche - im 20. Jahrhundert, seit dem Epochenjahr 1917, gruppiert um die antagonistischen Friedensmodelle von Liberalismus (US-Präsident Wilson) und Sozialismus (Lenin) sowie deren Derivate.

Die imperiale und unverzichtbare Großmacht USA liebt(e) es, ihren Urgrund im Geiste Athens und der Macht Roms gespiegelt zu sehen. Dem US-amerikanischen Volkstribun und Sprössling einer alten Patrizierfamilie Roosevelt glich der attische Perikles, noch mehr für den Protagonisten des *New Deal* gar die römischen Gracchen, der evangelische Dorfschullehrer Truman hatte seinen Cincinnatus als Figur auf dem Schreibtisch - die protestantische Erwerbsethik. Der katholische, lebensfrohe Kennedy war wie alle Westler auch in Berlin ein stolzer römischer Bürger und auf dem Kapitols- hül in Washington saßen die Senatoren und der Zensor McCarthy. Die Westeuropäer unterzeichneten ihre EWG und EURATOM gründenden Römischen Verträge 1957 auf der symbolisch wichtigsten Erhebung der Tibermetropole. Der Fingerzeig Marc Aurels im langen Schatten des Vatikans auf dem Kapitols- hül komplettierte die drei identitätsstiftenden Hügel Europas: Akropolis (Demokratie), Golgatha (Christentum) um eben die das Römische Recht setzende Anhöhe im Zentrum Roms. Diesmal indes geht es um „*Einigkeit und Recht und Freiheit*“ auf demokratischer Grundlage.¹¹¹

ANMERKUNGEN:

- 1) Friedrich Hebbel, zit. nach Prinz Hubertus zu Löwenstein, Deutsche Geschichte, München, Berlin 1978, S. 312. Der Beitrag ist meinem Sohn Nils gewidmet, der mich bei der gemeinsamen Durchsicht des Bandes von Eckart Kleßmann/Karl-Heinz Jürgens (Hg.), Napoleon. Lebensbilder, Gütersloh o.J. immer wieder fragte, was denn die Einzelheiten in den Bildern bedeuten würden.
- 2) Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1994, S.11.
- 3) Oswald Spengler, Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte (ungekürzte Lizenzausgabe [1923] des Deutschen Bücherbundes in einem Band), München o.J., S.4.
- 4) Vgl. hierzu die ‚klassische‘ Studie von Jacob Burckhardt, Das Individuum und das Allgemeine (Die historische Größe) in seinen ‚Weltgeschichtlichen Betrachtungen‘ sowie Veit Rosenberger, Wer machte aus Alexander „den Großen“? in: Historia, Bd. 47, 1998, S.485-489.
- 5) Vgl. etwa W.J.T. Mitchell, Iconology. Image, Text, Ideology, Chicago 1986. Für einen konzisen Überblick über den Forschungsstand zum Thema ‚Historische Bildkunde‘ mit ihren unterschiedlichen Facetten aus militärgeschichtlicher Perspektive vgl. Thorsten Loch, Das Gesicht der Bundeswehr. Kommunikationsstrategien in der Freiwilligenwerbung der Bundeswehr 1956-1989, München 2008 (=Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland, Band 8), S.38-47.
- 6) Vgl. Lisa Zeitz/Joachim Zeitz (Hg.), Napoleons Medaillen, Petersberg 2003 mit dem Untertitel: „Die einzigen Zeugnisse des Ruhms, die alle Jahrhunderte überdauern“.
- 7) Vgl. hierzu Marcus Junkelmann, Theatrum belli. Die Schlacht von Höchstädt 1704 und die Schlösser von Schleißheim und Blenheim, Herzberg 2000 (=Arte & marte, Band 1) mit den Kapiteln „Une mémoire en bâtiment“, S.6-140 und „The greatest war memorial ever built“, S.370-419.
- 8) Vgl. Bernd Roeck, Das historische Auge. Kunstwerke als Zeugen ihrer Zeit, Göttingen 2004.
- 9) Dies gilt in erster Linie für die geschichts- und politikwissenschaftlichen Interpretationsansätze; für die kulturwissenschaftliche Bildwissenschaft vgl. statt vieler Klaus Sachs-Hombach (Hg.), Bildwissenschaft. Disziplinen, Themen, Methoden, Frankfurt/M. 2005.

- 10) So G.W.F. Hegel in einem Brief an F.I. Niethammer unmittelbar vor Vollendung seiner „Phänomenologie des Geistes“ (Werke 3) am Vorabend der Doppelschlacht bei Jena und Auerstedt, zit. nach Johannes Hoffmeister (Hg.): Briefe von und an Hegel; Band 1, Hamburg 1952, S.120.
- 11) Vgl. zu Napoleon die Biografie von Jacques Presser, *Napoleon. Das Leben und die Legende*, Zürich 1990 (=Manesse Bibliothek der Weltgeschichte), insbesondere das Kapitel: Die Propaganda der Diktatur, S.308-421; aus kunsthistorischer Perspektive vgl. Werner Telesko, *Napoleon Bonaparte: der „moderne Held“ und die bildende Kunst, 1799-1815*, hg. von der Österreichischen Galerie Belvedere, Wien, Köln, Weimar 1998 sowie Claudia Hattendorff, *Napoleon I. und die Bilder, oder: Wie funktioniert politische Kommunikation im Bereich des Visuellen?*, in: Veit Veltzke (Hg.), *Napoleon. Trikolore und Kaiseradler über Rhein und Weser*, Köln, Weimar, Wien 2007, S.395-409.
- 12) Vgl. die Rezension des Werkes von Telesko von Alexandra Bettag, in: *Francia* 29/2 (2002), S.307-309.
- 13) Vgl. Ernst H. Gombrich, *Die Krise der Kulturgeschichte. Gedanken zum Wertproblem in den Geisteswissenschaften*, Stuttgart 1991, S.78.
- 14) Thomas Hertfelder, *Die Macht der Bilder. Historische Bildforschung*, in: Andreas Wirsching (Hg.), *Neuere Zeit* (=Oldenbourg Lehrbuch Geschichte, Band 4), München 2006, S.281-292, hier S.290.
- 15) Vgl. L. Hunt, *Politics, Culture and Class in the French Revolution*, Berkeley 1984 und M. Vovelle, *Les images de la Revolution Française*, Paris 1988.
- 16) Jacob Burckhardt, *Historische Fragmente*. Aus dem Nachlaß gesammelt von Emil Dürr: Mit Noten von Michael Bischoff (=Die Andere Bibliothek; herausgegeben von Hans Magnus Enzensberger), Nördlingen 1988, S.293.
- 17) Zit. nach Hans Pfeiffer, *Schamhorst*, Berlin 1988, Vorwort; diesen Hinweis verdanke ich Frau Major der Reserve Jana Beijer. Natürlich verstand Schamhorst hier unter den „Geschichtsschreibern“ die Propagandisten und nicht die der wissenschaftlich-kritischen Methode verpflichteten Historiker.
- 18) Die Darstellung folgt hierbei für die Grundlinie und einzelne Stationen der französischen Geschichte des Revolutionszeitalters der kompakten Studie von Eberhard Weis, *Der Durchbruch des Bürgertums 1776-1847*, Berlin 1992 (=Propyläen Geschichte Europas, Band 4) sowie Elisabeth Fehrenbach, *Vom Ancien Régime zum Wiener Kongress, 4. überarbeitete Auflage* München 2001 (=Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Band 12).
- 19) Zur Biografie Napoleons vgl. zudem Jean Tulard, *Napoleon oder der Mythos des Retters. Eine Biographie*, Tübingen 1978, Volker Ullrich, *Napoleon. Eine Biographie*, Reinbek bei Hamburg 2004 und Johannes Willms, *Napoleon. Eine Biographie*, München 2005.
- 20) H.-J. Lüsebrink/R. Reichardt, *Die „Bastille“*. Zur Symbolgeschichte von Herrschaft und Freiheit, Frankfurt/M. 1990, S.93.
- 21) Vgl. Eberhard Birk, *Die Konvention von Tauroggen am 30. Dezember 1812*, in: *Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung* 3/2003, S.14-17, hier S.14.
- 22) Vgl. statt vieler Hans Fenske, *Politisches Denken von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart*, in: Hans Fenske/Dieter Mertens/Wolfgang Reinhard/Klaus Rosen, *Geschichte der politischen Ideen. Von Homer bis zur Gegenwart*, Frankfurt/M. 1992, S.379-567.
- 23) Vgl. Christopher Duffy, *Austerlitz 1805*, London 1977 und Robert Goetz, *1805: Austerlitz, Napoleon and the Destruction of the Third Coalition*, London 2005.
- 24) Vgl. Stuart McCarthy, *Capitalising on Military Revolution: Lessons from the Grande Armée's Victory at Jena-Auerstedt*, in: *Australian defence journal* (2003), 158, S. 37-52. Vgl. zudem Karl-Heinz Lutz/Marcus von Salisch (Hg.), *Jena 1806: Vorgeschichte und Rezeption*, Potsdam 2009 (=Potsdamer Schriften zur Militärgeschichte Bd. 7).
- 25) Vgl. Siegfried Fiedler, *Kriegswesen und Kriegführung im Zeitalter der Revolutionskriege*, Koblenz 1988.
- 26) Vgl. Eberhard Birk, *Napoleon und Gneisenau. Anmerkungen zu ihrer Aktualität vor dem Hintergrund des Irakkonfliktes*, in: *ÖMZ* 1/2006, S.58-61, hier S.59f.
- 27) Vgl. Eberhard Birk, „In deinem Lager ist Österreich. Wir anderen sind einzelne Trümmer.“ *Militärhistorische Anmerkungen zu Radetzky* (Teil 1), in: *ÖMZ* 6/2008, S.691-700, hier S.693-695.
- 28) Vgl. Dieter Langewiesche, *Europa zwischen Restauration und Revolution 1815-1849*, München 2004 (=Oldenbourg Grundriss der Geschichte Band 13).
- 29) Vgl. Fritz Kern, *Recht und Verfassung im Mittelalter, unveränd. reprogramm. Nachdr. der Ausg. Tübingen 1952, Darmstadt 1992* (=Bibliothek klassischer Texte).
- 30) Vgl. Johannes Burckhardt, *Frühe Neuzeit*, in: Richard van Dülmen (Hg.), *Fischer Lexikon Geschichte*, Frankfurt/M. 1994, S.364-385, hier S.365 sowie in der aktualisierten Neuauflage von 2003, S.438-465.
- 31) Vgl. Eberhard Birk, *Die oranische Heeresreform als archimedischer Punkt für die neuzeitliche Kriegskunst*, in: *ÖMZ* 4/2009, S.437-448 sowie Werner Hahlweg, *Die Heeresreform der Oranier und die Antike*, Berlin 1941, Gerhard Oestreich, *Der römische Stoizismus und die oranische Heeresreform*, in: *Historische Zeitschrift* 176 (1953), S.17-43 und Wolfgang Reinhard, *Humanismus und Militarismus*, in: F.J. Worstbrock (Hg.), *Krieg und Frieden im Horizont des Renaissancehumanismus*, Weinheim 1986, S.185-204.
- 32) Vgl. hierzu den intellektuell anregenden Abriss bei Werner Dahlheim, *Die Antike. Griechenland und Rom von den Anfängen bis zur Expansion des Islam*, 4., erweiterte und überarbeitete Auflage Paderborn et al 1995, S.699-727 sowie C. Mossé, *L'Antiquité dans la Révolution française*, Paris 1989 und H.T. Parker, *The Cult of Antiquity and the French Revolutionaries*, Chicago 1937.
- 33) Vgl. dazu Jochen Bleicken, *Die Verfassung der Römischen Republik*, 7., völlig überarb. und erw. Aufl. Paderborn 1995.
- 34) Zit. nach Weis, *Durchbruch*, S.137.
- 35) Zum Begriff vgl. Loretana de Libero, *Italia*, in: *Klio* 76, 1994, S.303-325.
- 36) Zit. nach Dahlheim, *Antike*, S.725.
- 37) Zit. nach Dahlheim, *Antike*, S.725.
- 38) Vgl. Ralf Bambach, *Gracchus Babeuf (1760-1797)*, in: Walter Euchner (Hg.), *Klassiker des Sozialismus I*, München 1991, S.37-49, hier S.37f.; zunächst erschien sie unter dem Namen „*Journal de la Liberté de la Presse*“ sowie Jochen Bleicken, *Das römische Volkstribunat. Versuch einer Analyse seiner politischen Funktionen in republikanischer Zeit*, in: *Chiron* Band 11 (1981), S.87-108.
- 39) Zit. nach Walter Markow, *Revolution im Zeugenstand. Frankreich 1789-1799*, Band 2, 2. Aufl. Leipzig 1986, S.698f.
- 40) Zu Cäsar vgl. Ernst Baltrusch (Hg.), *Cäsar*, Darmstadt 2007 (=Neue Wege der Forschung), Werner Dalheim, *Julius Cäsar. Die Ehre des Kriegers und die Not des Staates*, Paderborn u.a. 2005 und S. Elbern, *Cäsar. Staatsmann, Feldherr, Schriftsteller*, Mainz 2008.
- 41) Zu Augustus vgl. Jochen Bleicken, *Augustus. Eine Biographie*, Reinbek 1998.
- 42) Spengler, *Der Untergang des Abendlandes*, S.4.
- 43) Vgl. B.H. Liddell Hart, *A greater than Napoleon: Scipio Africanus*, Edinburgh u.a 1926; dt.: *Der Feldherr. Die Taten des P. Cornelius Scipio Africanus*, München 1938.
- 44) Winston S. Churchill, *Geschichte der englischsprachigen Länder*, Augsburg 1990 (=Band III: Das Zeitalter der Revolutionen), S.293.
- 45) Vgl. Bleicken, *Verfassung der römischen Republik*, S.228-243.
- 46) Zum Problem des neuzeitlichen imperial overstretch vgl. Paul Kennedy, *Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000*, Frankfurt/M. 1989.
- 47) Burckhardt, a.a.O., S.429.
- 48) Vgl. Alfred Weber, *Kulturgeschichte als Kulturosoziologie*, München 1950, S.410.
- 49) Vgl. Hans-Ulrich Thamer, *Buonaparte - Bonaparte - Napoleon. Vom Parteiläufer der Revolution zum Kaiser*, in: Veltke (Hg.), *Napoleon*, S.1-16.
- 50) Burckhardt, a.a.O., S.344.
- 51) Vgl. Hans Maier, *Rousseau (1712-1778)*, in: Hans Maier/Heinz Rausch/Horst Denzer (Hg.), *Klassiker des Politischen Denkens* (Band 2), 5., völlig überarbeitete und um einen Beitrag erweiterte Auflage München 1987, S.80-100.
- 52) Vgl. Thamer, *Buonaparte*, S.3.
- 53) Vgl. Presser, *Napoleon*, S.405-421.
- 54) Dahlheim, *Antike*, S.726.
- 55) Eine besondere propagandistische Wirkungsmächtigkeit ging hierfür von dem Gemälde „*Napoleon Bonaparte auf der Brücke von Arcole*“ (1796) von Antoine-Jean Gros aus; vgl. Thamer, *Buonaparte*, S.6.
- 56) In seinem Tagesbefehl vom 9. März 1797 lobte er nach der Einnahme von Mantua seine Soldaten für einen ungeheueren Kunstraub: „Ihr habt das Pariser Museum um dreihundert Meisterwerke des alten und neuen Italien bereichert, zu deren Erzeugung es dreier Jahrtausende bedurfte“; zit. nach: Napoleon, *die Memoiren seines Lebens*, hg. v. Friedrich Wencker-Wildberg, 7 Bände, Hamburg o.J., hier Band 2, S.101.
- 57) Vgl. Hertfelder, *Macht der Bilder*, S.282-284.
- 58) Zu David vgl. Elmar Stolpe, *Klassizismus und Krieg. Über den Historienmaler Louis David*, Frankfurt/M. 1985 und Marion Diez (Hrsg.), *Jacques-Louis David 1748-1825*, Paris 2005 sowie Warren E. Roberts,

Jacques-Louis David, Revolutionary artist. Art, politics and French revolution. Chapel Hill u.a. 1989.

59) Vgl. Markus J. Prutsch, Das Werk der Constituante und die „Revolutionierung“ des französischen Militärwesens 1789 bis 1791, in: ÖMZ 6/2006, S.709-718.

60) Zit. nach Fehrenbach, Vom Ancien Régime, S.42.

61) Eberhard Kessel, Die Wandlung der Kriegskunst im Zeitalter der Französischen Revolution, in: Johannes Kunisch (Hg.), Eberhard Kessel. Militärgeschichte und Kriegstheorie in neuerer Zeit, Berlin 1987 (=Historische Forschungen Band 33), S.19-45, hier S.25.

62) Jacob Burckhardt, a.a.O., S.293.

63) Vgl. Reinhard Schulze, Napoleons Schlacht bei den Pyramiden am 21. Juli 1798: Der Mythos von der Brücke zum Jetzt, in: Gerd Krumeich/Susanne Brandt (Hg.), Schlachtenmythen. Ereignis - Erzählungen - Erinnerung, Köln, Weimar, Wien 2003, S.91-114.

64) Vgl. Siegfried Lauffer, Alexander der Große, 3. Aufl. München 1993, S.88f.

65) Friedrich Heer, Das heilige Römische Reich. Von Otto dem Großen bis zur Habsburgischen Monarchie, München 1977, S.360.

66) Es muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass der propagandistisch überhöhte Erfolg bei Marengo nicht über den entscheidenden Stellenwert verfügte wie jene, den Krieg entscheidende und den Friedensschluss von Lunéville am 9. Februar 1801 erst ermöglichende Schlacht bei Hohenlinden unweit München am 3. Dezember 1800, bei der jedoch Napoleon nicht das Kommando hatte.

67) Zit. nach Weis, Durchbruch, S.162.

68) Zit. nach Manfred Görtemaker, Deutschland im 19. Jahrhundert, 3. überarbeitete Auflage Bonn 1989, S.49.

69) Vgl. Jakob Seibert, Forschungen zu Hannibal, Darmstadt 1993, S.195-200, der die unterschiedlichen Lokalisierungen mit mehreren Marschsäulen begründet.

70) Vgl. Presser, Napoleon, S.570.

71) Vgl. Eberhard Birk, Hannibal und sein strategisches Scheitern, in: ÖMZ 6/2006, S.675-684.

72) Vgl. Walter Hummelberger, Kriegswirtschaft und Versorgungswesen von Wallenstein bis Prinz Eugen, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), Die Bedeutung der Logistik für die militärische Führung von der Antike bis in die neueste Zeit, Herford 1986 (=Vorträge zur Militärgeschichte Band 7), S.61-85, hier S.75.

73) Plut., Alexander, S.8.

74) Vgl. Dalheim, Julius Cäsar, S.261.

75) Zit. nach Weis, Durchbruch, S.224. Bei Marengo vier Jahre später – so Heinrich Heine im Jahre 1828 – nahm Napoleon dann „einen so starken Zug aus dem Kelch des Ruhms, dass er im Rausche Konsul, Kaiser, Weltverbesserer wurde, und sich erst zu St. Helena emüchtern konnte.“ Heinrich Heine, Reisebilder II, Italien, Kap. XXIX, in: Sämtliche Werke, Ausgabe in 12 Bänden, Zweiter Band, Hamburg 1876, S.50.

76) Vgl. Wolfgang Will, Alexander der Große (=Geschichte Makedoniens Bd. 2), Stuttgart 1986, S.47.

77) Zit. nach J.F.C. Fuller, Die entartete Kunst Krieg zu führen 1789-1961, Köln 1964, S.45.

78) Zu seiner Geschichtsphilosophie vgl. G.W.F. Hegel, Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte (Werke 12), 2. Aufl. Frankfurt/M. 1989.

79) Burckhardt, a.a.O., S.343f.

80) Churchill, Geschichte, S.308.

81) Vgl. Birk, Napoleon und Gneisenau, S.60.

82) Beide Zitate nach Egon Friedell, Kulturgeschichte der Neuzeit, München 1996, S.925.

83) Vgl. Wilfried Nippel (Hg.), Virtuosen der Macht. Herrschaft und Charisma von Perikles bis Mao, München 2000.

84) Zit. nach Thamer, Buonaparte, S.7.

85) Churchill, Geschichte, S.287.

86) Zit. nach Weis, Durchbruch, S.226.

87) Prinz Löwenstein, Deutsche Geschichte, S.311.

88) Vgl. hierzu Presser, Napoleon, S.344-352.

89) Vgl. Presser, Napoleon, S.342f. mit dem manipulierten Zustandekommen des Wahlergebnisses.

90) Vgl. Presser, Napoleon, S.341.

91) Vgl. Thamer, Buonaparte, S.11.

92) Dante, De monarchia III, x 10.

93) Zit. nach Michael Burleigh, Irdische Mächte, Göttliches Heil. Die Geschichte des Kampfes zwischen Politik und Religion von der Französischen Revolution bis in die Gegenwart, München 2008, S.147.

94) Vgl. für einen Überblick Weis, Durchbruch, S.232f.

95) Zit. nach Dalheim, Antike, S.726.

96) Vgl. zu dem Gesamtkomplex nun Pierre Birnbaum, L'Aigle et la Synagogue. Napoléon, les Juifs et l'Etat, Paris 2007.

97) Zu den drei Aspekten vgl. Carsten L. Wilke, Die Einbürgerung der jüdischen Religion in Europa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 50/2007 (=Beilage zur Wochenzeitschrift „Das Parlament“), S.3-10, hier S.6-8.

98) Für beide Zitate Wilke, Einbürgerung, S.6.

99) Vgl. ebenda, S.4-8.

100) Zit. nach Hagen Schulze, Kleine Deutsche Geschichte, München 1996, S.85.

101) Zit. nach Presser, Napoleon, S.313.

102) Zit. nach Wolfgang Häusler, Das österreichische Kaisertum von 1804 und seine Bedeutung für das Staats- und Reichsproblem der Habsburgermonarchie, in: Michael Salewski, Heiner Timmermann (Hg.), 1804-2010. Zwischen Kaiserkrönung und Reformvertrag, Münster u.a. 2008 (=Politik und Moderne Geschichte Bd. 2), S.40-74, hier S.41.

103) Kapitel XVIII, zit. nach Dalheim, Antike, S.715f.

104) Ebenda, S.726f.

105) Dalheim, Julius Cäsar, S.261 mit der angesprochenen Abbildung auf S.260.

106) Richard Nürnberger, Das Zeitalter der Französischen Revolution und Napoleons, in: Das neunzehnte Jahrhundert, Berlin 1986 (=Propyläen Weltgeschichte. Eine Universalgeschichte, Band 8; herausgegeben von Golo Mann), S.59-191, hier S.119f.

107) Vgl. Reinhart Kosselleck, Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt, 7. Aufl. Frankfurt/M. 1992.

108) Heer, Das heilige Römische Reich, S.361.

109) Hans-Peter Schwarz, Das Gesicht des Jahrhunderts. Monster, Retter und Mediokritäten, Berlin 1998, S.54.

110) Napoleon in einer Unterredung mit Metternich am 26. Juni 1813, zit. nach R. Metternich-Winneburg (Hg.), Aus Metternichs nachgelassenen Papieren, Band 1, Wien 1880, S.152.

111) Vgl. dazu Eberhard Birk, Die Paulskirche(n) und die NATO. Der Deutschen Ambivalenzen im Spiegel der (un)geschützten Freiheit, in: Eberhard Birk (Hg.) Erziehung und Streitkräfte, Fürstenfeldbruck 2007 (=Gneisenau Blätter 5), S.68-75.



Dr. Eberhard Birk

Geb. 1967; Oberregierungsrat, Oberstleutnant d.R., 1987-93 Soldat auf Zeit, 1993-97 Studium der Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität Augsburg, Stipendiat der deutschen Studenten- und Graduiertenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 1995-99, 1999 Promotion zum Dr. phil mit einer Diss. zum Thema: „Der Funktionswandel der Westeuropäischen Union (WEU) im europäischen Integrationsprozess“, seit Juli 2000 Dozent für Militärgeschichte und Politische Bildung an der Offizierschule der Luftwaffe in Fürstenfeldbruck. Veröffentlichungen zu den Themen: Deutsche Militärgeschichte, Tradition, Strategie und Sicherheitspolitik (u.a. in ÖMZ: Alexander, Hannibal, Varusschlacht, Oranische Heeresreform, Schlacht bei Leuthen, Radetzky, Europäische Tradition). Herausgeber der Gneisenau Blätter seit 2004 mit den Themen-Bänden: Aspekte einer europäischen Identität (2004), Militärische Tradition (2004), Transformation (2006), Erziehung und Streitkräfte (2007), Einsatzarmee und Innere Führung (2007), Militärisches Selbstverständnis (2008), Soldat und digitales Schlachtfeld (2009); sie sind digital abrufbar unter: www.gneisenau-gesellschaft.de

Die materielle Aufrüstung der Bundeswehr in ihrer Aufbauphase 1953-1958

Staatsräson, sicherheitspolitische Notwendigkeiten und Außenhandelsausgleich

Dieter H. Kollmer

In der modernen deutschen Militärgeschichtsschreibung werden vorwiegend politische, strategisch-operative und personelle Entwicklungen erörtert. Leider wird dabei häufig übersehen, dass Soldaten ohne eine angemessene Ausrüstung in keinem Abschnitt der Weltgeschichte in der Lage gewesen wären, die militärischen Pläne der verantwortlichen Politiker und Generalstäbe in die Tat umzusetzen. Zudem hat der technische Fortschritt von militärischem Gerät und dessen Beschaffung sehr oft Einfluss auf die Entwicklung der Militärtaktik und Operationsführung genommen (z.B. die Entwicklung der Stahlproduktion während der industriellen Revolution für die Materialschlachten des Ersten Weltkrieges) oder die Entwicklung des Automobils und des Panzers in den 1930er-Jahren (hohe Mobilität während des Zweiten Weltkrieges). Da es sich bei der Ausstattung von Streitkräften aber um eine volatile Variable mit starken externen Einflüssen handelt, ist es zwingend notwendig, bei der Beurteilung militärhistorischer Zusammenhänge auch die Entwicklung der Rüstungswirtschaft in der jeweiligen historischen Periode genauer zu untersuchen.

Als im Frühjahr 1955 die Entscheidung getroffen worden war, der Bundesrepublik Deutschland die Aufstellung eigener Streitkräfte im Rahmen der Verteidigung der NATO zu genehmigen, wurde sehr schnell deutlich, dass nun eines der schwerwiegendsten Probleme für die Regierung in Bonn die schnellstmögliche, effiziente Beschaffung der Ausrüstung der Soldaten und des für die Verteidigung entlang der innerdeutschen Grenze benötigten Großgerätes - wie z.B. Panzer, Kampfflugzeuge und Kriegsschiffe - sein würde.¹⁾

Für diese prekäre Situation gab es unterschiedliche Gründe. Einerseits handelte es sich um generelle Probleme (z.B. des Staatshaushaltes und der Volkswirtschaft), wie sie jedes Land der Welt bei der Aufstellung von rund 500.000 Soldaten innerhalb kürzestmöglicher Zeit gehabt hätte. Andererseits gab es spezifisch westdeutsche Schwierigkeiten, die der besonderen Situation des Landes nach dem Zweiten Weltkrieg geschuldet waren (z.B. fehlendes Know-how und die geringe Bereitschaft der Industrie, Waffen zu produzieren). Die Bundesregierung war zweifelsohne bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Aufrüstung ihrer Streitkräfte voranzutreiben, aber nicht zu

jedem Preis. Die Ursachen hierfür werden im Folgenden näher ausgeführt. Sie verdeutlichen die Komplexität der Rüstungsgüterbeschaffung in der Aufbauphase der Bundeswehr. Aus dem Nichts musste eine konventionelle Armee von einer halben Million Mann aufgestellt werden, die in der Lage sein sollte, einen substanziellen Beitrag zur Verteidigung von Demokratie und Freiheit in der Mitte Europas an der Grenze zwischen Ost und West zu leisten. Eine Herausforderung, die zu vielen Besonderheiten führte und ein aufwändiges Beschaffungssystem entstehen ließ, das in Deutschland bis heute die Entstehung eines militärisch-industriellen Komplexes - wie z.B. in den USA - verhindert hat.²⁾

Grundsätzlich dient die Beschaffung von Rüstungsgütern jedem Staat zunächst als Mittel zur Selbstbehauptung gegen gewaltsame Einflussnahme von außen, sei es durch Kriegsverhütung mittels Abschreckung oder eigene Kriegsführung. Trotzdem haben oft andere Einflussgrößen eine größere Bedeutung. Dies liegt insbesondere daran, dass wirtschaftliche Prosperität und militärisches Potenzial Instrumente wie Ziele des modernen Industriestaates sind. Beide stehen aber in einem intensiven Spannungsverhältnis zueinander: Langfristig ist v.a. wirtschaftliche Leistungsfähigkeit die Voraussetzung für militärische Stärke. Staatsnachfrage hingegen ist ein politisches Lenkungsinstrument. Die Ausgaben für Streitkräfte orientieren sich daher nicht so sehr an einem „rüstungsspezifischen Optimierungsprozess“³⁾ als vielmehr an Fragen der Außen-, Sicherheits-, Finanz-, Wirtschafts- und Außenhandelspolitik. Gleichwohl sind die sekundären Funktionen der Rüstung legitime Staatszwecke, die aber in nachhaltiger Konkurrenz zu ihren eigentlichen Zielen stehen.⁴⁾

Die Rahmenbedingungen

Außenpolitische Verankerung = Staatsräson

Die entscheidenden, wenn auch zumeist sehr allgemeinen Vorgaben für den Erwerb von militärischem Material für Streitkräfte erfolgen durch die außen- und sicherheitspolitische Verankerung eines Staates. In diesem von gegenseitigen Verpflichtungen, Abhängigkeiten und Rücksichtnahmen geprägten internationalen Umfeld werden die grundsätzlichen Rahmenbedingungen geschaffen, welche die Voraussetzungen für die nationalen Prozesse

bestimmen.⁵⁾ Das herausragende Beispiel für den außerordentlichen Einfluss dieses Politikbereiches auf den Aufbau der Bundeswehr sind zweifelsfrei die Zusagen Adenauers gegenüber den Alliierten bezüglich der Geschwindigkeit der Aufstellung des westdeutschen Verteidigungsbeitrages. Ziel des ambitionierten Versprechens, in nur drei Jahren eine 500.000 Mann-Armee zu schaffen,⁶⁾ war es, nicht schnellstmöglich schlagkräftige Streitkräfte aufzustellen, sondern vielmehr die staatliche Souveränität für die Bundesrepublik Deutschland unmittelbar zu erreichen. Diese aus außenpolitischer Sicht nachvollziehbare Staatsräson verdeutlicht, dass der Aufbau der Bundeswehr nicht primär unter sicherheitspolitischen und militärischen Gesichtspunkten realisiert wurde.⁷⁾

Sicherheitspolitische Notwendigkeiten

Sicherheitspolitisch ist die Bundesrepublik durch die Pariser Verträge 1954/55 unwiderruflich in die Sicherheitsstrukturen der NATO eingebunden worden. Ziel der Aufrüstungsanstrengungen in den ersten Jahren der Bundeswehr war es, so schnell wie möglich eine effiziente Streitmacht entstehen zu lassen, die ihrer primären Aufgabe, im Rahmen des nordatlantischen Bündnisses die konventionelle Verteidigung des eigenen Territoriums und seiner Flanke in der Ostsee sicherzustellen, jederzeit gerecht werden konnte.⁸⁾ In den Jahren danach wurde dieses Konzept den technischen Neuerungen und den jeweiligen Strategien der NATO immer wieder angepasst.⁹⁾ Dies ging so weit, dass die verantwortlichen westdeutschen Politiker Ende der 1950er-Jahre im Zusammenhang mit der NATO-MC 14/2-„Schwert-Schild-Strategie“ atomare Waffensysteme für die Bundeswehr forderten, damit man nicht Gefahr lief, aus den entscheidenden politischen Prozessen innerhalb der NATO abgekoppelt zu werden.¹⁰⁾

Finanzpolitische Vorgaben

Die sicherheitspolitischen Möglichkeiten eines Staates stehen immer in direkter Beziehung zu seinen fiskalischen Einnahmen. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts war der größte Teil der Staatsausgaben Militärausgaben. Trotzdem ist die adäquate Finanzierung ihrer Streitkräfte seit Jahrhunderten eines der größten Probleme der jeweiligen Machthaber. Dessen sind sich auch die dafür verantwortlichen Bonner Politiker von Anfang an bewusst gewesen.¹¹⁾ Die verschiedenen Bundesregierungen waren stets darum bemüht, die innere Stabilität der Bundesrepublik auf gar keinen Fall durch zu hohe Kosten der Landesverteidigung zu gefährden. Der soziale Konsens sollte nicht auf dem Altar der Verteidigungsfähigkeit geopfert werden. Folglich mussten die umfangreichen und kapitalintensiven Rüstungsbeschaffungsprogramme jeweils so finanziert werden, dass sie keine spürbaren Einschnitte in die wirtschaftliche Entwicklung und die sozialen Leistungen verursachten, mithin die fiskalische Äquivalenz gehalten werden konnte.¹²⁾ Diese einzig aus deutscher Sicht nachvollziehbare Vorgehensweise war aber nur deshalb erfolgreich, weil es einen auf 9 Mrd. DM konstant festgeschriebenen Verteidigungsetat gab, der von vornherein die Möglichkeiten sowie die Grenzen der Aufrüstung aufzeigte und einen Bundesfinanzminister Fritz

Schäffer,¹³⁾ der darüber hinausgehende Begehrlichkeiten beharrlich abwies. Die Folge waren immer wieder finanzielle Engpässe bei der Realisierung von Großprojekten und die Auswahl von günstigem, aber militärisch weniger effizientem Wehrmaterial. Entscheidend war letzten Endes für die Bonner Politik, dass die Aufstellung der Bundeswehr ohne staatliche Neuverschuldung und fiskalische Belastung anderer Ressorts realisiert werden konnte.¹⁴⁾

Faktor Volkswirtschaft

Das vornehmliche Ziel jedes Staates ist die Maximierung der gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrt seiner Gemeinschaft. Erreicht werden kann dies aber nur durch die bestmögliche Allokation der verfügbaren Ressourcen. Die Verteilung der Produktionsfaktoren ist immer von der politischen Struktur und den mittelfristigen Zielen der Gesellschaft abhängig. In einem demokratischen Rechtsstaat ist die Ausstattung der Streitkräfte mit finanziellen Mitteln dem parlamentarischen Willensbildungsprozess untergeordnet. Folglich können nur die im Verteidigungshaushalt dafür zur Verfügung gestellten Mittel tatsächlich für die Beschaffung von Wehrmaterial verwendet werden. Darüber hinaus ist die mittelfristige volkswirtschaftliche Entwicklung entscheidend dafür, welche finanziellen Mittel der Verteidigungshaushalt zur Verfügung gestellt bekommen kann.

Bedingt durch die Folgen des Zweiten Weltkrieges machte Westdeutschland zunächst eine volkswirtschaftliche Sonderentwicklung durch. Dies führte dazu, dass in den 1950er-Jahren die meisten deutschen Industrieunternehmen volle Auftragsbücher hatten und infolgedessen nur ein geringes Interesse daran, Rüstungssparten im eigenen Unternehmen aufzubauen.¹⁵⁾ Verstärkt wurde diese Einstellung durch die Verbote, die Deutschland in Bezug auf den Export von Rüstungsgütern nach dem Krieg auferlegt worden waren, und die Behandlung einiger deutscher Industrieller, die Hitlers Aufrüstung unterstützt hatten, durch die Alliierten.¹⁶⁾ Einzig kleinere Firmen, die entweder nur Waffen bzw. Bauteile zu selbigen produzierten, oder in Spezialbranchen bzw. regional agierende Unternehmen, die ihre zivilen Produkte für den Aufbau der Bundeswehr anbieten konnten (z.B. Hersteller von Kantinenausstattungen und Bauunternehmer für Kasernenbauten), zeigten direkt Interesse an der Übernahme von Aufträgen des Verteidigungsressorts. So musste das Bundesministerium für Verteidigung¹⁷⁾ (BMVg) im ersten Jahrzehnt der Bundeswehr rund 60% des militärischen Großgerätes im Ausland beschaffen. Analog zum Nachlassen der Hochkonjunktur wuchs dann aber das Interesse der westdeutschen Unternehmen an den Aufträgen der Bundeswehr. Die Herstellung von Wehrmaterial wird seitdem in der Bundesrepublik Deutschland als Mittel der Steuerung der Staatsnachfrage begriffen. Insbesondere in Phasen der Rezession zeigen große Unternehmen ein gesteigertes Interesse, auf diese Weise ihre Produktionsstätten auszulasten.¹⁸⁾

Mittel der Außenhandelspolitik

Die Beschaffung von Rüstungsgütern wurde in der Aufbauphase der Bundeswehr auch als Mittel der Außenhandelspolitik eingesetzt. Im Rahmen des Wirt-

schaftswunders zu Anfang der 1950er-Jahre war es zu erheblichen Ungleichgewichten der Außenhandelsalden mit verschiedenen europäischen Staaten gekommen. Diese sollten durch gezielte Beschaffungsmaßnahmen in den entsprechenden Ländern ausgeglichen werden, bevor sie einen größeren volkswirtschaftlichen Schaden verursachen würden. Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien und die Türkei importierten in diesen Jahren deutlich mehr Waren aus Deutschland, als sie nach Deutschland exportierten. Zudem hatten die Volkswirtschaften dieser Staaten erhebliche Probleme, die Herausforderungen der Nachkriegszeit zu bewältigen. Insbesondere die Schwerindustrie und der Fahrzeugbau dieser Länder kämpften mit tiefgreifenden Absatzschwierigkeiten. Daher kam es sehr gelegen, dass die Waffenschmieden dieser Länder Wehrmaterial produzierten, das die Bundeswehr so dringend benötigte. So half die Bundesrepublik in den 1950er-Jahren mit entsprechenden Aufträgen Verbündeten, in volkswirtschaftlich schwierigen Situationen ihre Zahlungsbilanz auszugleichen.¹⁹⁾ Diese außenpolitisch-pragmatische Vorgehensweise hatte aber wiederholt qualitative Mängel der Bundeswehrausrüstung zur Folge. Eines der bekanntesten Beispiele hierfür ist die Beschaffung des Schützenpanzers Hispano Suiza HS 30. Dieses Fahrzeug wurde von einem Schweizer Unternehmen entwickelt und von einem britischen Hersteller gefertigt, der nie zuvor einen Panzer hergestellt hatte. In seiner Zeit als Hauptwaffensystem der Panzergrenadiere des Heeres war es berüchtigt für seine Unzuverlässigkeit und untaugliche Konfiguration.²⁰⁾ Es lässt sich zweifelsohne konstatieren, dass es in diesen Jahren nicht das Ziel war, das bestmögliche System zu beschaffen, sondern an den Rahmenbedingungen der deutschen Rüstungsgüterbeschaffung ausgerichtet, das schnellstmöglich in großer Anzahl verfügbare Geräte möglichst günstig zu erwerben. Folglich diente die Rüstungsgüterbeschaffung auch einer ausgewogenen Außenhandels- und Industriepolitik im Rahmen der europäischen Integration.²¹⁾

Rüstungsstrategien

Seit der Gründung der Bundeswehr wurden sehr unterschiedliche Strategien in der Beschaffung von Wehrmaterial verfolgt. In den 1950er-Jahren war die Aufstellungsgeschwindigkeit von entscheidender Bedeutung. Dadurch bedingt hat das BMVg zunächst das Material erworben, das es im Rahmen des rechtlich dafür vorgesehenen Beschaffungsvorgangs schnellstmöglich bekommen konnte. Die Hersteller waren aber nicht immer in der Lage, die gewünschte Menge des Materials in dem dafür vorgesehenen Zeitraum zu liefern, weshalb für ein Rüstungsgut häufig mehrere Anbieter in Anspruch genommen werden mussten. Hinzu kam die kostengünstige Übernahme von Material der neuen Verbündeten. In der Folge entstand eine große Vielfalt an militärischer Ausstattung. Dieser Systemmix wird „Breitenrüstung“ genannt. Erst im Laufe der 1960er-Jahre konnten dann Rüstungsprojekte verwirklicht werden, die darauf abzielten, die Beschaffung von Rüstungsgütern für die Bundeswehr zu konsolidieren und langfristige, aufeinander aufbauende Projekte zu realisieren.²²⁾ Für jede konkrete militärische Aufgabe sollte

es von diesem Zeitpunkt an in der Bundeswehr so wenige Modelle wie möglich geben. Diese Vorgehensweise wird „Tiefenrüstung“ genannt. Vorteil der „Tiefenrüstung“ ist eine geringe Lagerhaltung, ein geringerer Bedarf an Instandsetzungspersonal und die Möglichkeit, das Bedienungspersonal auf verschiedenen Fahrzeugen/Flugzeugen einsetzen zu können.²³⁾

Das Beschaffungswesen und der Beschaffungsvorgang²⁴⁾

Um die notwendigen Maßnahmen für den Aufbau der neuen deutschen Streitkräfte optimal koordinieren zu können, war seit der Planungs- und Aufbauphase der „Gesamtstreitkräftegedanke“ das leitende Prinzip.²⁵⁾ Hierdurch sollte u.a. der Gefahr des „Teilstreitkräfteegoismus“ begegnet werden - ein Phänomen, das während des Dritten Reiches speziell die Rüstungsgüterproduktion erheblich beeinträchtigt hatte. Die Verwaltung, das Wehrrecht, die Rüstung, die Personalführung und das Haushaltswesen wurden in der Folge nach diesem noch heute geltenden Grundsatz konzipiert. Nach anfänglichen Schwierigkeiten führte dies dazu, dass die Eigenwilligkeiten der Teilstreitkräfte durchweg dem gemeinsamen Ziel untergeordnet wurden, so schnell wie möglich einen substantziellen Beitrag zur Verteidigung Westeuropas leisten zu können. Die Teilstreitkräfte legten für sich fest, welches Material sie benötigten, um ihrem Auftrag gerecht werden zu können. In Zusammenarbeit mit den Beschaffungsabteilungen wurden anschließend die dafür notwendigen Ausrüstungsgegenstände erworben. Hierzu wurden entsprechende Verfahrensabläufe festgelegt, die rechtlich verbindlich waren: Der so genannte „Beschaffungsvorgang“ steht im Zeichen des Grundsatzes eines marktkonformen Verhaltens der jeweiligen Behörde. Eines der Hauptprobleme in den ersten Jahren des Beschaffungswesens der Bundeswehr war es, dieses durchzusetzen. Nach deutschem Verständnis kann sich ein öffentlicher Auftraggeber am Markt nicht so wie ein privates Unternehmen verhalten. Einmal abgesehen davon, dass jede Behörde an bestimmte, sehr ins Einzelne gehende Vorschriften des Haushalts- und Wirtschaftsrechts gebunden ist, über deren Einhaltung der Bundesrechnungshof wacht, muss das Verteidigungsministerium seine Ausgaben langfristig über den Bundeshaushalt-Einzelplan 14 vom Parlament genehmigen lassen.

Die Aufträge der öffentlichen Hand werden auf der Grundlage der „Verdingungsordnung für Leistungen“ (VOL) vergeben. Vor jeder Auftragserteilung muss geprüft werden, welche Art der Vergabe von drei möglichen „Ausschreibungsarten“ die zweckmäßigste ist. Die „öffentliche Ausschreibung“ soll dabei die Regel bilden. An einer „öffentlichen Ausschreibung“ kann sich jeder, der sich berufen fühlt, beteiligen. Gemäß VOL muss dabei das Angebot den Zuschlag erhalten, das unter Berücksichtigung aller Umstände das wirtschaftlichste ist. Eine „beschränkte Ausschreibung“ wird erteilt, wenn laut VOL „Art und Umfang der Leistung besondere Zuverlässigkeit, Leistungsfähigkeit oder Fachkunde des Bewerbers erfordern und eine ausreichende Zahl leistungsfähiger Unternehmer vorhanden ist.“ Die „freihändige Vergabe“ ist für absolute Ausnahmefälle vorgesehen, bei denen „es aktenkundig zu machen ist, weshalb von der öffentlichen

oder beschränkten Ausschreibung Abstand genommen worden ist“.²⁶⁾ Damit das BMVg ausschließen konnte, dass die Großunternehmen mit Dumpingpreisen mittelständische Unternehmen vom Wettbewerb um Aufträge ausschlossen, wurde ab dem Frühjahr 1956 eine Regelung getroffen, die eine angemessene Beteiligung des Mittelstandes am Aufbau der Bundeswehr sicherte.²⁷⁾ Das Ausschreibungsverfahren bietet sämtlichen Behörden der Bundesrepublik bis zum heutigen Tag die Möglichkeit, die Schwierigkeiten eines Nachfragemonopolisten so weit wie möglich einzuschränken und dabei die Kräfte des Marktes zu nutzen. Verwässert wird dieses System, wenn andere Politikfelder den Beschaffungsprozess beeinflussen.

Aufgrund des Zeitdrucks mussten 1955 zunächst die für die Beschaffung von Wehrmaterial aufgestellten grundsätzlichen Regeln inoffiziell außer Kraft gesetzt werden.²⁸⁾ Im Rahmen einer gesetzeskonformen Durchführung des öffentlichen Ausschreibungsverfahrens hätte der Beschaffungsablauf inklusive der Entwicklung und Erprobung jedes einzelnen Gerätes jeweils mehr als die zugestandenen drei Jahre Aufstellungsdauer in Anspruch genommen. Zudem sah diese Form der Auftragsvergabe vor, stets zu prüfen, ob unter den Anbietern nicht ein aus sozialen oder politischen Gründen zu bevorzugendes Unternehmen gewesen wäre.²⁹⁾ Aber das BMVg hatte eben nur drei Jahre Zeit, um die Streitkräfte komplett aufzustellen und auszustatten. Die „öffentliche Auftragsvergabe“ nahm aber wesentlich mehr Zeit in Anspruch, als dafür vorgesehen war. Folglich wurde in den ersten Jahren die Mehrzahl der Aufträge in beschränkter Ausschreibung oder sogar in freihändiger Vergabe erteilt. Dies führte wiederum häufig zur Auftragserteilung an sich als „unzuverlässig erweisende Firmen, die mehrfach nicht zeitgerecht und schlecht lieferten“.³⁰⁾ Der chronische Personalmangel der Beschaffungsabteilungen verschärfte diese Situation, da die Beschaffungsmaßnahmen, die für die Erstausstattung benötigt wurden, nicht schnell genug „abgearbeitet“ werden konnten. Die nur knapp 200 Mitarbeiter, die die Auftragsvergabe lenken sollten, waren mit den über 200.000 Angeboten überfordert. Bereits im Laufe des Jahres 1956 hatten die Beschaffungsabteilungen eine Kartei mit über 9.000 Hauptartikeln und ca. 3,5 Mio. Einzelartikeln aufgebaut, die für die Ausstattung der Bundeswehr von Bedeutung sein sollten. Um aber die ersten Soldaten rechtzeitig ausstatten zu können, mussten - neben den von den Alliierten bereitgestellten Rüstungsgütern - sehr viele Ausrüstungsgegenstände erworben werden, die bereits am Markt angeboten wurden. Für Neuentwicklungen reichte zumeist die Zeit nicht aus.

Die Umsetzung

Internationaler Waffenmix 1953-1958

Die erste Phase des Aufbaus der Bundeswehr begann bereits einige Zeit vor dem eigentlichen Aufstellungsbeginn. Aufgrund der besonderen Situation der Bundesrepublik war das so genannte „Amt Blank“³¹⁾ und im Folgenden das Bundesministerium für Verteidigung gezwungen, das Material zu erwerben, das es für die neuen Streitkräfte bekommen konnte. Volkswirtschaftlich waren durch die Bemühungen für den Wiederaufbau der

deutschen Wirtschaft alle Kräfte gebunden. Die Industrie hatte in diesen Jahren grundsätzlich nur in Einzelfällen Interesse an Aufträgen des Verteidigungsministeriums. Folglich musste insbesondere das schwere Gerät für die Bundeswehr zunächst im Ausland beschafft werden.

Um diesen Prozess zu beschleunigen, erklärten sich einige der neuen Verbündeten bereit, Westdeutschland durch die Überlassung von gebrauchtem Wehrmaterial zu unterstützen. Die erste Ausrüstungshilfe erhielt die Bundesregierung von den USA. Die noch für das deutsche Kontingent der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) gedachte Unterstützung wurde Bonn am 7. April 1953 durch den stellvertretenden US-Verteidigungsminister Frank C. Nash zugesagt.³²⁾ Das deshalb „Nash-Commitment“ genannte Hilfspaket sah schweres Gerät im Wert von rund 3,8 Mrd. DM vor. Hiermit hätten die Deutschen ihre ersten sechs Heeresdivisionen und 24 Flugstaffeln der Luftwaffe mit Großgerät ausstatten können. Diese Erstausstattung sollten die Deutschen hauptsächlich von den in der Bundesrepublik stationierten US-amerikanischen Truppen erhalten.³³⁾ Der Bundesregierung allerdings erschien dies nicht ausreichend. In den folgenden Monaten fühlte sie mehrfach auf diplomatischem Wege bei der US-Regierung vor, ob die Zuweisungen nicht noch erhöht werden könnten. Über das deutsche Verhalten verärgert, begrenzte Washington seine Lieferungen im Frühjahr 1956 auf Lieferungen hauptsächlich für das zukünftige Heer der Bundeswehr. Das Bonner Verteidigungsministerium war über die später so genannte „Nash-Liste“³⁴⁾ enttäuscht und sah sich in der Folgezeit gezwungen, insbesondere die noch dringend für den Aufbau des Heeres benötigten Waffensysteme für viel Geld vornehmlich von europäischen Verbündeten zu importieren.

Aber auch hier kamen der Bundesregierung die besonderen Umstände der Nachkriegszeit zur Hilfe. Die hohen Außenhandelsüberschüsse, die die Bundesrepublik seit Ende der 1940er-Jahre erwirtschaftet hatte, konnten darüber ausgeglichen werden, dass Bonn bei den Schuldnerländern Wehrmaterial erwarb, welches das deutsche Heer dringend benötigte. In den darauf folgenden Jahren wurden die Heeresflieger mit dem Hubschrauber Alouette (Frankreich), die Panzeraufklärer mit dem Schützenpanzer Hotchkiss (Frankreich) die Panzergrenadiere mit dem Schützenpanzer HS 30 (Schweiz/England), die gesamte Bundeswehr mit den Gewehren G1, G3 sowie der Maschinenpistole MP 2A1 (= „Uzi“) aus belgischer Fertigung ausgestattet. Die Luftwaffe erhielt zudem Flugzeuge aus Italien und Großbritannien und die Marine Schiffe aus Großbritannien sowie Frankreich.

Die Regierungen der Türkei und Israels benötigten wirtschaftliche Unterstützung, um außen- und innenpolitische Konflikte bewältigen zu können. Auch aus diesem Grund prüfte die Bundesregierung alle Möglichkeiten, den wirtschaftlichen Austausch mit diesen Ländern zu erhöhen. Dabei wurde auch der Import von Rüstungsgütern erwogen. Letztendlich wurden Mörser in Israel und Munition in der Türkei bestellt. Die israelischen Mörser erwiesen sich als sehr zuverlässig und leistungsfähig, die türkische Munition hingegen hatte deutliche Qualitätsmängel. Gerade am Beispiel der so genannten „Türkenmunition“

on“ wird deutlich, dass es dem Verteidigungsministerium bei der Beschaffung von Wehrmaterial nicht immer um die militärische Effizienz gehen konnte, sondern wiederholt übergeordnete Interessen zu Beschaffungsentscheidungen führten.³⁵⁾

Die Ziele, die mit dieser Beschaffungspolitik verfolgt wurden, waren der Ausgleich des Außenhandelsüberschusses, die Förderung der bilateralen Beziehungen, die Mitfinanzierung der in Deutschland stationierten Streitkräfte sowie die generelle wirtschaftliche Unterstützung befreundeter und verbündeter Staaten. Dabei stand Ende der 1950er-Jahre im Rahmen des sich immer weiter verschärfenden Kalten Krieges die Stärkung der westlichen Bündnisse im Mittelpunkt des außenpolitischen Agierens der Bonner Regierung.³⁶⁾

Von der schnellen Aufrüstung zur „Qualitätsarmee“

In der konkreten Umsetzung der Aufrüstung der Bundeswehr gab es dann aber anfänglich größere Probleme als erwartet. Zu wenig Personal für die Beschaffungsabteilungen, ein auf 9 Mrd. DM begrenzter Haushalt,³⁷⁾ die Jährlichkeit des Budgets und die weiter oben beschriebenen Probleme führten zu einer wesentlich langsameren Aufrüstung, als sie Bundeskanzler Adenauer der NATO zugesagt hatte. Der erste Verteidigungsminister, Theodor Blank³⁸⁾, hatte diese unlösbare Aufgabe von Adenauer übertragen bekommen - und scheiterte zwangsläufig an ihr. Wiederholt wurde in der Eile minderwertiges Wehrmaterial zu überhöhten Preisen beschafft. Blanks Nachfolger, Franz Josef Strauß³⁹⁾, rang dem Bundeskanzler eine Verlangsamung der Aufrüstung ab. Unter dem Deckmantel, den Aufbau der Bundeswehr an die neue NATO-Strategie MC 14/2 und die damit verbundenen Herausforderungen für die konventionellen Streitkräfte anzupassen, erreichte die Bundesregierung die notwendigen Zugeständnisse bei den verantwortlichen Stellen in Washington, Paris und der NATO.⁴⁰⁾ Unter dem Schlagwort „Qualitätsarmee“ bemühte sich Strauß anschließend darum, die Irritationen bei den Verbündeten, die durch die Fehler der ersten Monate der Aufrüstung entstanden waren, so weit wie möglich auszuräumen. Sein Ziel war es, eine „atomkriegsfähige“ Bundeswehr aufzustellen. Hierzu sollten neue Waffensysteme entwickelt und beschafft sowie alte Projekte gestoppt werden.⁴¹⁾

Auch wenn im ersten Jahrzehnt der Bundeswehr ein großer Teil des schweren Gerätes im Ausland beschafft wurde, sind fast 50% der investiven Ausgaben des Verteidigungshaushaltes in Deutschland verblieben. Dies lag hauptsächlich daran, dass in der Aufbauphase der Bundeswehr ein großer Teil der Rüstungsausgaben für den Aufbau einer angemessenen Infrastruktur und der grundsätzlichen Ausstattung benötigt wurde: vom Bau neuer und der Renovierung alter Kasernenanlagen über die Einrichtung der Unterkünfte bis hin zur Panzerwaschanlage.⁴²⁾ Neben der Verteilung dieser Aufträge ging es der Bundesregierung hauptsächlich darum, die freien Produktionskapazitäten deutscher Unternehmen auszulasten und mittelfristig eine deutsche Rüstungsindustrie sowie Rüstungskompetenz aufzubauen.⁴³⁾ Dabei kamen gerade für die Vielzahl

kleinerer und Kleinstaufträge zumeist mittelständische Unternehmen in Frage, die bis heute das Rückgrat und den Motor der deutschen Wirtschaft bilden.

Die neue Strategie der NATO sollte es ab Ende der 1950er-Jahre Washington ermöglichen, die eigene konventionelle Präsenz auf dem europäischen Kontinent zu verringern. Dies führte dazu, dass gleichzeitig mehrere der in der Bundesrepublik stationierten westlichen Schutzmächte ebenfalls eine Ablösung ihrer Truppen durch die Deutschen forderten. Im Verteidigungsministerium erkannte man sofort die Chance, die diese Situation bot und forderte weitgehende Konsequenzen aufgrund dieser neuen sicherheitspolitischen Lage. Von alliierter Seite wurden daraufhin aus dem WEU-Vertrag stammende Einschränkungen für die Bundesrepublik, gewisse Waffensysteme nicht produzieren zu dürfen, sukzessive aufgehoben.⁴⁴⁾ Gleichzeitig forderte Verteidigungsminister Strauß die Ausstattung der Bundeswehr mit Atomwaffen. Zunächst wollte er komplette Atomwaffenträgersysteme, nach heftigen Protesten der Öffentlichkeit und einiger Verbündeter forderte er nur noch atomare Artilleriegeschosse. Letztlich musste sich Strauß mit der Ausstattung der deutschen Korpsartillerie mit Atomwaffenträgersystemen - über deren Sprengköpfe die US-amerikanische Regierung verfügte - zufrieden geben. Infolgedessen konzentrierten sich die verantwortlichen Abteilungen im Verteidigungsministerium auf die Entwicklung und Produktion einer neuen Generation konventioneller Waffensysteme; ganz im Sinne der als „Qualitätsarmee“ propagierten Aufrüstungskampagne des damals amtierenden Verteidigungsministers.

Die Teilstreitkräfte

„Flottgemacht!“ - warum die Marine zunächst ein Sammelsurium erhielt

Aufgrund der Anfang der 1950er-Jahre noch nicht als sehr stark eingeschätzten Bedrohung durch die Seestreitkräfte des Warschauer Paktes und vor dem Hintergrund der maritimen Überlegenheit der Bündnispartner wurden die Aufgaben der Bundesmarine für den Verteidigungsfall von der NATO anfangs sehr küstennah festgelegt. So sollte sie an der Abwehr eines möglichen Durchbruchs feindlicher Seestreitkräfte in die Nordsee durch die Ostseezugänge und den Nord-Ostseekanal mitwirken, die Seeverbindungen der sowjetischen Marine in der Ostsee unterbrechen und sich bei der gemeinsamen Verteidigung der deutschen Ostseeküste sowie der dänischen Inseln beteiligen. Außerdem wurde sie damit beauftragt, die Bewegung der alliierten Seestreitkräfte in den deutschen Küstengewässern und den angrenzenden Seegebieten zu gewährleisten.⁴⁵⁾ Wenig später wurde das Aufgabenspektrum der deutschen Marine durch die NATO erweitert: Sie sollte den NATO-Hauptkräften dabei behilflich sein, feindlichen Marinekräften das Eindringen in die Nordsee durch die Ostseeausgänge bzw. den Nordostseekanal zu verwehren.⁴⁶⁾

Für die Erfüllung dieses relativ eng gefassten Auftrages benötigte die Bundesmarine vornehmlich kleinere Kampfschiffe, deren größere Einheiten „große Torpedoboote“ sein sollten. Deshalb wurde zunächst der Bau und Erwerb von

Schnellbooten, U-Booten, Minensuchern, Landungsbooten und Küstenwachbooten geplant. Darüber hinaus hielt der Führungsstab der Marine Zerstörer für unverzichtbar, da sie als vielseitig verwendbare Seekriegsmittel bei jedem Wetter und mit großer Seeausdauer operieren können. Folglich stellte das BMVg 1955 die Forderung auf, eine Marine aus 18 kleinen, schnellen Zerstörern, zehn Geleitbooten (später Fregatten genannt), 40 Schnellbooten, 54 Minensuchbooten, 36 Landungsbooten, zwölf kleineren Booten und fast 60 Marineflugzeugen bis Anfang der 1960er-Jahre aufzubauen.⁴⁷⁾ Aufgrund dieser recht geringen Anforderungen konnten sehr schnell die ersten schwimmenden Einheiten in Dienst gestellt werden. Bereits im Juni 1956 wurden Schnellboote der deutschen Marine unterstellt, die im Auftrag der britischen Royal Navy mit deutschen Besatzungen in der Ostsee Überwachungsaufgaben durchgeführt hatten. Auch die 24 Minenräumboote, vier Schlepper, ein Tanker und drei Flugsicherungsboote der amerikanischen „Labour Service Unit“⁴⁸⁾ die mit deutschen Besatzungen hauptsächlich Minen aus dem Zweiten Weltkrieg geräumt hatten, konnten wenig später übernommen werden. Wenige Wochen später trat dann auch der Bundesgrenzschutz (See) seine 26 Boote, einen Tanker, einen Schlepper und den größten Teil der Besatzungen an die Bundeswehr ab. Außerdem gaben die französischen Streitkräfte fünf Hochseeminenboote, die sie während des Krieges von der Kriegsmarine erbeutet hatten, Ende 1956 zurück. Als Ergebnis dieser Bemühungen konnten der NATO Anfang April 1957 zwei Minensuchgeschwader als die ersten einsatzbereiten deutschen Flotteneinheiten unterstellt werden. Ein weiteres Minensuchgeschwader wurde im Juli desselben Jahres der Allianz assigniert. In der Folgezeit nahm die Bundesmarine als erste Teilstreitkraft regelmäßig an NATO-Manövern teil.

Trotz dieser wichtigen Fortschritte plante die Marineabteilung im Ministerium schon zu diesem Zeitpunkt ein noch größeres „Schiffbauprogramm“. Im Laufe des Jahres 1957 wurden acht Zerstörer, sechs Begleitboote, 30 Schnellboote, 54 Minensuchboote und gut 60 weitere Einheiten für den Ausbau der Flotte veranschlagt. Das erste U-Boot, das Aufgaben im Rahmen der Landesverteidigung übernehmen konnte, wurde erst im März 1962, selbstverständlich mit der Bezeichnung U-1, in Dienst gestellt. Anfänglich gab es zudem großzügige Schenkungen speziell seitens der USA und Großbritanniens.

Das eigentliche Aufbauprogramm der Marine galt Anfang der 1960er-Jahre erst einmal als abgeschlossen. Es hatte mit den gleichen grundsätzlichen Problemen zu kämpfen wie die Aufbauprogramme der anderen beiden Teilstreitkräfte: Das zur Verfügung stehende Gerät entsprach den Anforderungen des Auftrages nur bedingt. Trotzdem gelang es der Marineführung aufgrund des vergleichsweise geringeren Bedarfs an Großgerät sehr schnell, die ersten Verbände der NATO zu unterstellen und den Auftrag zumindest partiell aufzunehmen.⁴⁹⁾

Aufgezwungene Breitenrüstung - Die Aufrüstung des Heeres

Die operativen Konsequenzen für eine effektive Verteidigung der westeuropäischen Staaten zogen ehemalige Generäle und Generalstabsoffiziere aus ihren

Erfahrungen während des Krieges gegen die Sowjetunion (1941-1945). Die wichtigste Lehre aus der Kampfführung gegen die Rote Armee war deren große Anfälligkeit gegen bewegliche Operations- und Gefechtsführung, bedingt durch die starren Strukturen des sowjetischen Militärapparates. Man war der Überzeugung, selbst als numerisch unterlegener Verteidiger einem massiven konventionellen Angriff sowjetischer Streitkräfte widerstehen zu können.⁵⁰⁾ Wichtig erschien hierbei, dass man dem Angreifer nicht die Initiative überlassen durfte, sondern selbst die Verteidigung offensiv angehen musste, um „sein Konzept zu stören“.⁵¹⁾ Die Schlussfolgerung hieraus war, dass die neu aufzustellenden deutschen Streitkräfte mit einem überproportional großen Anteil an Panzerkräften ausgestattet werden sollten. Damit die infanteristischen Kräfte den Panzerverbänden angemessen folgen konnten, sollten diese hinreichend motorisiert, bewaffnet und möglichst durch Vollpanzerung geschützt sein.⁵²⁾ Um darüber hinaus auch eine höchstmögliche Geländegängigkeit erreichen zu können, kamen hierfür nur Vollkettenfahrzeuge in Frage. Weltweit gab es eine große Anzahl erprobter Kampfpanzer, die dem BMVg sogar schon vor Aufstellungsbeginn angeboten wurden. Einen den Anforderungen der bundesdeutschen Militärs entsprechenden Vollketten-Schützenpanzer gab es Anfang der 1950er-Jahre jedoch noch nicht. Entweder hätten die bundesdeutschen Militärs auf dieses neuartige Fahrzeug verzichten müssen, oder eine Neuentwicklung war notwendig. Eine Neuentwicklung hätte aber aller Voraussicht nach mehr Zeit in Anspruch genommen, als der Bundesrepublik zur Aufstellung der eigenen Streitkräfte zu Verfügung stand. Ähnliche Schwierigkeiten gab es zudem mit der Beschaffung eines geeigneten Panzers für die Panzeraufklärer, die Flugabwehr und die Panzerjäger sowie eines Führungspanzers - einer Art Gefechtsstandfahrzeug. Diese Probleme konnten aber durch die Beschaffung des bereits fertigen französischen Schützenpanzers Hotchkiss und der zu schnell beschafften Schweizer Neuentwicklung Hispano Suiza HS 30 überbrückt werden. Bereits erprobte Waffensysteme konnten auch für die Heeresflieger (Alouette II und Sikorsky H-34) erworben werden. Die Masse der Erstausrüstung des Heeres wurde aber von den USA im Rahmen des so genannten „Nash-Commitment“ zur Verfügung gestellt.⁵³⁾

Nach langwierigen Verhandlungen, einigen Verzögerungen und Missverständnissen mit dem Pentagon wurde für rund 3,8 Mio. USD von US-amerikanischer Seite Material zusammengestellt, das entweder aus Depots in den USA nach Westdeutschland verschifft oder aber von den in der Bundesrepublik stationierten Verbänden direkt an die Bundeswehr übergeben wurde. Gemäß der „Nash-Liste“ vom 24. Februar 1956 und ihrer Ergänzung vom 28. Juni 1956 erhielt die Bundeswehr u.a. folgendes Gerät kostenfrei von den USA zu Verfügung gestellt: 1.110 mittlere Kampfpanzer M-47, 152 leichte Kampfpanzer M-41, 100 Schützenpanzer M-39, 192 Halbkettenfahrzeuge M-16, 186 Panzer Flak 40mm M-42, 300 Bergepanzer M-74, 127 leichte Panzerhaubitzen 105mm M-7-B2, 350 verschiedene Geschütze und Haubitzen, 350 Mörser 81mm M-1 und Mörser 120mm M-30, 34.132 Karabiner M-2,

10.300 Pistolen Auto cal. 45 M-1, 8.188 Maschinenpistolen cal. 45 M-1, 2.450 Maschinengewehre cal. 30 M-1919 sowie verschiedene Zugmaschinen, Lastkraftwagen und umfangreiches Fernmeldegerät.⁵⁴⁾

Die Hilfsleistungen aus den USA waren für das BMVg von großem Nutzen, da das gelieferte Material für das Heer der Bundeswehr zunächst einmal die Grundlage bis Anfang der 1960er-Jahre bildete. Aber auch die US-Amerikaner hatten von diesen Lieferungen große Vorteile. Zum einen konnten sie ihr veraltetes Gerät nutzbringend - zur Verteidigung Westeuropas - abgeben und zum anderen die Voraussetzungen für Folgeaufträge für die eigene Rüstungsgüterindustrie schaffen. So bestellte das deutsche Heer in der Folgezeit für mehrere Milliarden DM Großgerät in den USA (z.B. den Kampfpanzer M-48, verschiedene Artilleriegeschütze und Haubitzen, den Schützenpanzer M-113 sowie den mittleren Transporthubschrauber Bell UH-1 für die Heeresflieger). Im Laufe der 1960er-Jahre wurden die USA der führende Rüstungslieferant für die Bundesrepublik. Die US-amerikanische Anschubinvestition hatte sich ausgezahlt.

Die Vor- und Nachteile dieser Lösung für die Bundeswehr hielten sich die Waage. Einerseits erhielt man fertig entwickeltes und häufig schon erprobtes Gerät, das man mit dem wichtigsten Verbündeten gemeinsam beibehalten konnte. Andererseits begab man sich in eine rüstungstechnische Abhängigkeit und vernachlässigte zwangsläufig den Aufbau eigener Rüstungskapazitäten. Die Bereitschaft Washingtons, die Verbündeten bei der Aufrüstung finanziell zu unterstützen, kam der Bundesregierung zunächst trotzdem gelegen, da Mitte der 1950er-Jahre die Verantwortlichen in Bonn kein Interesse daran hatten, den Aufbau einer westdeutschen Rüstungsindustrie zu forcieren.

Die „amerikanisierte“ Teilstreitkraft - Die Aufrüstung der Luftwaffe

Die Luftwaffe ist sehr schnell nach ihrer Gründung zu der „amerikanisierten“ Teilstreitkraft der Bundeswehr schlechthin geworden. Auch wenn die anderen Teilstreitkräfte ebenfalls Gerät aus den USA erhielten, war der Einfluss der U.S. Air Force auf den Aufbau und die Aufrüstung der bundesdeutschen Luftwaffe unvergleichbar hoch. Obwohl auch Großbritannien bemüht gewesen war, die neue deutsche Luftwaffe auszustatten, entschied sich das BMVg frühzeitig für die bereits zugesagte Hilfe im Rahmen des Nash-Commitment. Dies lag vornehmlich daran, dass einerseits die britischen Systeme sehr teuer bezahlt werden sollten und andererseits einzig die U.S. Air Force Ende der 1950er-Jahre die Infrastruktur besaß, eine große neue Luftwaffe auszurüsten und gleichzeitig auch auszubilden.⁵⁵⁾ Da die Zeit und die finanziellen Möglichkeiten den Entscheidungsträgern nur einen sehr begrenzten Spielraum überließen, entschied man sich in Bonn für eine „nordamerikanische“ Lösung, flankiert durch den Erwerb von gut 120 britischen Flugzeugen für die Marineflieger: Über 650 Flugzeuge wurden von den USA und Kanada zunächst ausgeliehen und im Laufe

der 1950er-Jahre durch den Zukauf von 300 Maschinen ergänzt. Begleitend wurde ein Ausbildungsabkommen abgeschlossen, sodass die bundesdeutschen Piloten für die geliehenen und erworbenen Flugzeugtypen in den USA und Kanada zu besonders günstigen Konditionen ausgebildet werden konnten. Überdies wurden in der Aufbauphase der Luftwaffe rund 1.200 Transport- und Ausbildungsflugzeuge in Frankreich, Italien und von Dornier erworben. Die Kosten der Anschaffung der Flugzeuge für die Luftwaffe betrug, verteilt auf vier Jahre, 2,166 Mrd. DM. Die Auslieferung der geliehenen Flugzeuge aus dem Hilfsprogramm erfolgte sehr schnell. Bis Ende 1958 hatten die nordamerikanischen Verbündeten 412 Flugzeuge der Typen F-84 F Thunderstreak, RF-84 Thunderflash und F-86 Sabre 5 nach Westdeutschland verschifft. Dies führte zu dem Problem, dass der Luftwaffe mehr einsatzfähige Kampfflugzeuge zur Verfügung standen, als sie ausgebildete Piloten für dieselben hatte.⁵⁶⁾

Bei der Beschaffung der Transport- und Ausbildungsmaschinen kamen zudem außenhandels- und industriepolitische Aspekte zum Tragen. Auch in diesem Zusammenhang sollten die Außenhandelsbilanzen mit westeuropäischen Partnern, wenn möglich, ausgeglichen werden. Daraufhin wurde z.B. das italienische Ausbildungsflugzeug Piaggio P.149D in großer Anzahl erworben, aber nur drei Jahre genutzt. Die französische Noratlas N.2501 D galt zunächst als gewagte Konstruktion und wurde erst im Nachhinein zum zuverlässigen „Lastesel“ der Bundeswehr. Die Beschaffung des Schul- und Verbindungsflugzeugs Dornier Do 27 A hatte hingegen zum Ziel, Know-how und Produktionsstätten im Flugzeugbau in der Bundesrepublik aufzubauen.

Die NATO stellte Mitte der 1950er-Jahre erhebliche Lücken in der bodengestützten Luftverteidigung in Mitteleuropa fest. In der Folge stellte die Bundeswehr ab 1957 zusätzliche Heeres- und Luftwaffenbataillone mit den bereits vorhandenen Luftverteidigungssystemen Panzer Flak 40mm M-42 und dazu gekauften radargesteuerten 75mm-Geschützen von Typ „Skysweeper“ auf. Später wurden diese noch zusätzlich durch die in der NATO standardisierte radargesteuerte Flugabwehrkanone Bofors 40mm L/70 gegen tieffliegende Flugzeuge verstärkt. Allerdings waren die Grenzen der Wirksamkeit dieser Waffen gegen Ziele in mittleren und großen Höhen schon in den letzten Jahren des Zweiten Weltkrieges offensichtlich geworden. In der Folge wurde die Beschaffung der US-amerikanischen Raketenluftabwehrsysteme „Nike-Ajax“, „Nike-Hercules“ und „Hawk“ für die Bundeswehr geplant und 1959 beginnend durchgeführt.⁵⁷⁾

Die Planungen für den Aufbau der Luftwaffe fanden in enger Absprache mit der NATO statt, da die geplanten westdeutschen Einheiten dem westlichen Verteidigungsbündnis direkt unterstellt werden sollten.⁵⁸⁾ Diese hatte bereits vor der Gründung der Bundeswehr festgestellt, dass die sowjetischen Jäger den eigenen im Luftkampf deutlich überlegen waren.⁵⁹⁾ Da aber die Mitgliedstaaten finanziell nicht in der Lage waren, innerhalb kürzester

Zeit die vorhandenen Maschinen gegen die neuesten amerikanischen Modelle auszutauschen, dauerte es bis Ende der 1950er-Jahre, dass sich die Luftwaffe für den F 104 Starfighter G entschied.⁶⁰ Parallel hierzu wurde ein leichtes Kampfflugzeug für die direkte Unterstützung des Heeres („close air support“) erworben. Das BMVg entschied sich für die Fiat G-91, die aufgrund ihres leichten Gewichts auch auf Behelfsflugplätzen starten konnte.⁶¹ Einen sicherlich wichtigen Grund für den Erwerb dieses Waffensystems lieferte wieder einmal das Wirtschaftsministerium: Zum Ausgleich der Außenhandelsbilanz mit Italien wurden insgesamt 344 Fiat G-91 R/3 Jäger und 66 G-91 T/3 Trainer (inklusive deutscher Lizenzherstellungen bei Dornier, Messerschmitt und Heinkel) bei dem südeuropäischen NATO-Partner erworben.

Trotz dieser großen Beschaffungsmaßnahme wurde für die Luftwaffe weit über 70% des Großgerätes bis in die 1970er-Jahre hinein in den USA gekauft.⁶²

Zusammenfassung

Die Aufrüstung der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland in den 1950er-Jahren war bestimmt von verschiedenen externen Faktoren, die sehr häufig zu suboptimalen Ergebnissen in der Beschaffung führten. Angefangen mit der Staatsräson, so schnell wie möglich der NATO rund 500.000 Bundeswehrsoldaten fertig ausgestattet und ausgebildet für die Verteidigung entlang der innerdeutschen Grenze bereitzustellen, über die sicherheitspolitischen Anforderungen des nordatlantischen Bündnisses, die sich in den grundlegenden Veränderungen der Verteidigungsstrategie (MC 14/1 zu MC 14/2) niederschlugen, bis hin zum Ausgleich der Außenhandelsbilanz mit europäischen Verbündeten führten diese Einflüsse dazu, dass die Aufrüstung der Bundeswehr mehr Zeit und Finanzmittel in Anspruch nahm, als notwendig gewesen wäre. Dieser Sonderfall verdeutlicht aber auch die Schwierigkeiten einer Demokratie, die eigenen Kräfte optimal auf ein staatspolitisch wichtiges Ziel zu lenken. Der Bundesregierung gelang es in den 1950er-Jahren nicht, die volkswirtschaftlichen Kräfte Westdeutschlands für diese bedeutende Herausforderung zu gewinnen. Das privatwirtschaftliche Gewinnstreben und der Erhalt eines fragilen sozialen Gleichgewichts standen im Vordergrund. Der Aufbau eines Instruments zur Verteidigung dieser Errungenschaften wurde von den Führungskräften der deutschen Wirtschaft und den Vertretern der Arbeitnehmer als nicht sehr dringlich erachtet. Zum Glück funktionierte das „Gleichgewicht des Schreckens“ bereits so gut, dass selbst der Aufstand des 17. Juni 1953 in der DDR, die Suezkrise und der Ungarnaufstand 1956 ohne erkennbare Gefahren für den Bestand der Bundesrepublik Deutschland vorübergingen.

Insbesondere durch die Unterstützung der USA und die Einbindung in die NATO-Strukturen gelang es Westdeutschland, bis 1963 die Aufstellung der Bundeswehr grundsätzlich abzuschließen. (Aus den von der NATO geforderten drei Jahren waren am Ende acht Jahre geworden.)

ANMERKUNGEN:

- 1) Grundsätzlich zur Problematik der Finanzierung von Militär in Deutschland siehe: Lutz Köllner: Militär und Finanzen. Zur Finanzgeschichte und Finanzsoziologie von Militärausgaben in Deutschland. München 1982. Zur besonderen Situation der Bundesrepublik in der Aufbauphase der Bundeswehr siehe: Werner Abelshausen: Wirtschaft und Rüstung in den 1950er-Jahren. In: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956. Bd. 4: Wirtschaft und Rüstung, Souveränität und Sicherheit. Herausgegeben vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt. München, 1997, S.88-127 und Dieter H. Kollmer: Rüstungsgüterbeschaffung in der Aufbauphase der Bundeswehr - der Schützenpanzer HS 30 als Fallbeispiel. Stuttgart 2002, S.30-47.
- 2) Kollmer: Rüstungsgüterbeschaffung, 73. Zum militärisch-industriellen Komplex in den USA: Dwight D. Eisenhower: The White House Years: Waging Peace, 1956-1961. Garden City 1965 und Michael Hennes: Der neue Militärisch-Industrielle Komplex in den USA. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 46/2003).
- 3) Hiermit sind der militärische Zweck, die technischen Realisierungsmöglichkeiten und die finanziellen Vorgaben gemeint. Hierzu siehe: Hans-Günther Bode: Politische, militärische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen und ihr Einfluss auf die Rüstung der Bundesrepublik Deutschland. In: Theodor Benecke, Günther Schöner (ed.): Wehrtechnik für die Verteidigung. Bundeswehr und Industrie - 25 Jahre Partner für den Frieden. München 1980, S.13-38.
- 4) Zur Problematik der Einflussfaktoren in der Rüstungsgüterbeschaffung siehe grundlegend in der deutschen Fachliteratur: Kollmer, Rüstungsgüterbeschaffung, S.23-77.
- 5) Helga Haftendorn: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung. 1945-2000. Stuttgart 2001, S.13. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland in dieser Zeit siehe darüber hinaus: Sven Bernhard Gareis: Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik: Eine Einführung. Opladen 2006. Christian Hacke: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 2003. Gregor Schöllgen: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland: Von den Anfängen bis zur Gegenwart. München 3.Aufl. 2004.
- 6) Mit diesem Versprechen an die NATO hatte Adenauer der Allianz zugesagt, die Bundeswehr schneller aufwachsen zu lassen, als dies Hitler mit der Wehrmacht zwischen 1933 und 1939 möglich gewesen war. Siehe hierzu: Dieter H. Kollmer: Die materielle Aufrüstung der Bundeswehr von den Anfängen in heute. In: Klaus-Jürgen Bremm, Hans-Hubertus Mack, Martin Rink (Hrsg.), Entschieden für Frieden: 50 Jahre Bundeswehr 1955 bis 2005. Freiburg 2005, S.216.
- 7) Siehe hierzu ausführlich: Gero von Gersdorff: Westeuropäische Verteidigungskooperation und atlantische Bündnispräferenz. Wege westdeutscher Zielsetzungen 1949-1958. In: Franz Knipping/Klaus Jürgen Müller (Hrsg.): Aus der Ohnmacht zur Bündnismacht. Das Machtproblem in der Bundesrepublik Deutschland 1945-1960. Paderborn 1995, S.215ff.
- 8) Zu Fragen der Sicherheitspolitik unter ökonomischen Aspekten siehe: Bruno Thoß: Kollektive Verteidigung und ökonomische Sicherheit. Die Verteidigungsplanung der NATO zwischen militärischen Erfordernissen und finanziellen Begrenzungen 1949-1967. In: Hans-Joachim Harder (Hrsg.): Von Truman bis Harmel. Die Bundesrepublik Deutschland im Spannungsfeld von NATO und europäischer Integration. München 2000, S.19-38.
- 9) Siehe hierzu: Dieter H. Kollmer: „Nun siegt mal schön!“ Aber womit? - Die Aufrüstung des Heeres der Bundeswehr 1953 bis 1972, in: Frank Nägler (Hrsg.), Die Bundeswehr 1955 bis 2005. Rückblenden, Einsichten, Perspektiven, München 2007, S.397-405.
- 10) Zu den Bemühungen Westdeutschlands Ende der 1950er-Jahre, am atomaren Wettrüsten beteiligt zu werden, siehe: Hans-Peter Schwarz, Adenauer und die Kernwaffen, Vierteljahrschrift für Zeitgeschichte 37 (1989), S.567-593; Peter Fischer, Das Projekt einer trilateralen Nuklearkooperation, Historisches Jahrbuch 112 (1993), S.105-132.
- 11) Haushaltsreden. Die Ära Schäffer 1949-1957. Dokumente - Hintergründe - Erläuterungen. Hrsg. Vom Bundesministerium der Finanzen (= Schriftenreihe zur Finanzgeschichte, Bd. 1). Bonn 1992, S.300.

- 12) Zum grundsätzlichen finanzpolitischen Rahmen der Rüstungsgüterbeschaffung in der Bundesrepublik Deutschland siehe: Kollmer, Finanzen.
- 13) Zu Fritz Schäffer siehe: Christoph Henzler: Fritz Schäffer, 1945-1967: Der erste bayerische Nachkriegs-Ministerpräsident und erste Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland. München 1994.
- 14) Genauerer zu diesen finanzpolitischen Aspekten der Aufrüstung der Bundeswehr siehe: Kollmer, Rüstungsgüterbeschaffung, S.30-47.
- 15) Siehe hierzu: Werner Abelshäuser: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945. München 2004, S.181-186.
- 16) Zu dieser Problematik siehe u.a.: Volker Berghahn: Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik. Frankfurt a.M. 1985; und Lothar Gall: Von der Entlassung Alfred Krupp von Bohlen und Halbachs bis zur Errichtung seiner Stiftung 1951 bis 1967/68, in: Lothar Gall (Hrsg.): Krupp im 20. Jahrhundert. Berlin 2002, S.475-511.
- 17) Seit 1961 trägt es die Ressortbezeichnung Bundesministerium der Verteidigung.
- 18) Siehe: Kollmer, Die materielle Aufrüstung, S.217/218.
- 19) Genauerer zum Zahlungsbilanzausgleich durch Rüstungsgüterbeschaffung in Europa siehe: Wolfram F. Hanrieder: Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1994, Paderborn 2. Aufl. 1995, S.288-294.
- 20) Ausführlich zur Beschaffung des Schützenpanzers HS 30 für die Bundeswehr siehe: Kollmer, Rüstungsgüterbeschaffung, S.131-270.
- 21) Florian Seiller, „Zusammenarbeit kann man das nicht nennen!“? Die Anfänge der deutsch-französischen Rüstungskoooperation im konventionellen Bereich 1955-1966. In: Militärgeschichtliche Zeitschrift 67, 1 (2008), S.56-63.
- 22) Die bekanntesten Beispiele hierfür sind zweifelsohne der Schützenpanzer Marder (Entwicklung seit 1960) und der mittlerweile legendäre Kampfpanzer Leopard (Entwicklung seit 1959). Siehe hierzu: Dieter H. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern!“ Die materielle Aufrüstung des Heeres von den Anfängen bis Ende der 1960er-Jahre, in: Helmut R. Hammerich, Dieter H. Kollmer, Martin Rink, Rudolf J. Schlaffer, Das Heer 1950 bis 1970. Konzeption, Organisation und Aufstellung. München 2006, S.564-575.
- 23) Zur Konzeption der Breiten- und Tiefenrüstung siehe: Georg Thomas: Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft 1918 - 1943/45. Boppard 1966.
- 24) Zum Beschaffungswesen und dem Beschaffungsvorgang in der Aufbauphase der Bundeswehr siehe: Konrad Steinbrink: Wehrtechnik und Beschaffung. Aufgabe und Organisation des Geschäftsbereiches des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung. Hamburg, 1965.
- 25) Zum Gesamtstreitkräftegedanken siehe: Abelshäuser, Rüstung S.10.
- 26) Zitiert nach Elmar Caspar: Das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung und sein Geschäftsbereich. Bonn 1969, S.27.
- 27) Siehe hierzu: Kollmer, Rüstungsgüterbeschaffung, S.93-99.
- 28) Zu den besonderen Problemen bei der Auftragsvergabe in der Aufbauphase der Bundeswehr siehe: Kollmer, Klotzen S.511-514.
- 29) Siehe Abelshäuser, Rüstung, S.141.
- 30) Zitiert nach Kollmer, Klotzen, S.512.
- 31) Das grundlegende Werk über die Entstehung und Wirkung des Vorläufers des Bundesministeriums für Verteidigung, das so genannte „Amt Blank“, ist: Dieter Krüger: Das Amt Blank. Die schwierige Gründung des Bundesministeriums für Verteidigung. Freiburg 1993.
- 32) Ausführlich zum Nash-Commitment sowie zur Nash-Liste und deren Folgen siehe: Kollmer, Klotzen, S.523-538.
- 33) Die U.S. Army in Europa sollte schon seit Anfang der 1950er-Jahre mit neueren Waffensystemen ausgestattet werden, daher war dies natürlich eine gute Möglichkeit, dem neuen NATO-Mitglied auf sehr kostengünstige Art und Weise eine Starthilfe zu geben. Näheres hierzu Kollmer, Klotzen, S.524. Weiterführend hierzu: Ingo W. Trauschweitzer: The Cold War U.S. Army: Building Deterrence for Limited War. Lawrence 2008.
- 34) „Nash-Liste“ war die Bezeichnung für die Aufstellung der endgültig vom Pentagon zugesagten und schließlich kostenfrei zur Verfügung gestellten Waffensysteme für den Aufbau der Bundeswehr.
- 35) Zur Problematik der Beschaffung der Munition aus der Türkei siehe: Kollmer, Klotzen, S.591-595.
- 36) Zu den Zielen der Außenpolitik der bundesdeutschen Regierung in den 1950er-Jahren siehe: Haftendorn: Außenpolitik, S.17-59.
- 37) Finanzminister Fritz Schäffer hatte in harten Verhandlungen mit den Amerikanern erreicht, dass die Bundesrepublik bis 1960 nicht mehr als 9 Mrd. DM per anno für die Aufrüstung der Bundeswehr ausgeben musste. Dies führte in der Aufbauphase, kombiniert mit der damals geltenden „Jährlichkeit des Budgets“ - das eingestellte Geld muss in dem jeweiligen Jahr verbraucht werden, ansonsten fällt es an die Bundeskasse zurück - dazu, dass es im Rahmen der Beschaffungsmaßnahmen für die Bundeswehr sehr viele Engpässe und volkswirtschaftlich unsinnige Entscheidungen gab. Siehe hierzu ausführlich: Lutz Köllner, Militär und Finanzen. Zur Finanzgeschichte und Finanzsoziologie von Militärausgaben in Deutschland, München 1982.
- 38) Die einzige Biografie, die es bisher zu Theodor Blank gibt, ist die von Arnold Sommer: Blank, Theodor Anton (Theo). In: Hans Bohrmann (Hrsg.): Biographien bedeutender Dortmunder. Menschen in, aus und für Dortmund. Essen 2000.
- 39) Mehr zu Franz Josef Strauß siehe Stefan Finger: Franz Josef Strauß. Ein politisches Leben. München 2005. Die interessante Selbsteinschätzung dieses Vollblutpolitikers ist nachzulesen in: Franz Josef Strauß: Die Erinnerungen. West-Berlin 1989.
- 40) Zur Verlangsamung des Truppenaufwuchses der Bundeswehr siehe: Bruno Thoß: NATO-Strategie und nationale Verteidigungsplanung. Planung und Aufbau der Bundeswehr unter den Bedingungen einer massiven atomaren Vergeltungsstrategie 1952-1960. München 2006, S.173-181.
- 41) Beispiele für die Auslaufmodelle waren der Schützenpanzer HS 30 und der Kampfpanzer M 48. Die neu initiierten Waffensysteme hießen damals Schützenpanzer neu (später: Marder) und Standardpanzer 30t (später: Leopard). Siehe hierzu Kollmer, Klotzen, S.613.
- 42) Zum Aufbau der Infrastruktur für die Bundeswehr siehe: Wolfgang Schmidt: Integration und Wandel. Die Infrastruktur der Streitkräfte als Faktor sozioökonomischer Modernisierung der Bundeswehr in der Bundesrepublik 1955-1975. München 2006.
- 43) Rüstungskompetenz sollte zunächst insbesondere bei der Entwicklung kleinerer, geländegängiger Kraftfahrzeuge, Handwaffen und Spezialgerät aufgebaut werden. Erst gegen Ende der 1950er-Jahre ging es auch darum, Panzer zu produzieren.
- 44) Zum WEU-Vertrag und seinen Folgen für die Aufrüstung der Bundeswehr siehe: Kollmer, Rüstungsgüterbeschaffung, S.51/52.
- 45) Zu den Aufgaben der Bundesmarine in ihrer Aufbauphase siehe Johannes Berthold Sander-Nagashima: Die Bundesmarine 1955-1972. München 2006.
- 46) Zu den Planungen der Bundesmarine und ihrer verschiedenen Schiffs- und Flugzeugtypen siehe: Breyer, Siegfried/Koop, Gerhard: Die Schiffe, Fahrzeuge und Flugzeuge der deutschen Marine von 1956 bis heute. Bonn 1996.
- 47) Zur Aufrüstung der Bundesmarine siehe Sander-Nagashima, Bundesmarine und David R. Snyder, Arming the „Bundesmarine“: The United States and the Build-Up of the German Federal Navy, 1950-1960, The Journal of Military History 66, no. 2 (2002), S.477-500.
- 48) Zu den amerikanischen „Labor Service Units“ in Deutschland siehe: Helmut Hammerich: „Kommiss kommt von Kompromiss“. In: Hammerich/Kollmer/Rink/Schlaffer: Das Heer, S.59-62.
- 49) Siehe Sander-Nagashima, Bundesmarine; Snyder, Arming; und Kollmer, Die materielle Aufrüstung, S.220-222.
- 50) Christian Greiner, Die militärstrategische Lage Westeuropas und Westdeutschlands aus der Sicht westdeutscher Militärs 1945-1949. In: Franz Knipping und Rolf-Jürgen Müller: Ohnmacht, S.161.
- 51) Der erste Generalinspekteur der Bundeswehr Adolf Heusinger zitiert bei Greiner, Militärs, S.162.
- 52) Ferdinand M. von Senger und Etterlin, Gedanken über die Panzerinfanterie, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau 3 (1953), S.126-133.
- 53) Zur Beschaffung der verschiedenen Waffensysteme für das Heer der Bundeswehr und die Schenkungen der US-Regierung siehe: Kollmer, Klotzen.

- 54) Die Daten stammen aus Kollmer, Klotzen, S.532.
- 55) Zum Aufbau der bundesdeutschen Luftwaffe zwischen 1956 und 1960 siehe: Heinz Rebhan, Aufbau und Organisation der Luftwaffe 1955-1971, in: Bernd Lembke, Dieter Krüger, Heinz Rebhan, Wolfgang Schmidt, Die Luftwaffe 1950-1970, Konzeption, Aufbau, Integration. München 2006, S.565-604.
- 56) Siehe hierzu Rebhan, Aufbau, S.569-571.
- 57) Siehe hierzu Rebhan, Aufbau, S.586-594.
- 58) Zur Ausrichtung der bundesdeutschen Luftwaffe in der Aufbauphase der Bundeswehr siehe Heiner Möllers, 50 Jahre Luftwaffe - Von Himmerod zum Hindukusch, in: Bremm, Mack, Rink, a.a.O., S.155-182.
- 59) Siehe hierzu Bernd Lembke: Konzeption und Aufbau der Luftwaffe. In: Bernd Lembke, Dieter Krüger, Heinz Rebhan, Wolfgang Schmidt, Die Luftwaffe 1950-1970, Konzeption, Aufbau, Integration. München 2006, S.331.
- 60) Zur umstrittenen Beschaffung der F 104 G Starfighter für die bundesdeutsche Luftwaffe siehe Lembke, Konzeption, S.327-379.
- 61) Zur Beschaffung der Fiat G-91 für die bundesdeutsche Luftwaffe siehe Lembke, Konzeption, S.381-400.
- 62) Zur Aufrüstung der bundesdeutschen Luftwaffe in der Aufbauphase der Bundeswehr siehe Lembke, Konzeption, S.321-424; und Rebhan, Aufbau S.557-644.



Dr. phil. Dieter H. Kollmer

Geb. 1964; Oberstleutnant; 1984 Eintritt in das Heer der Bundeswehr; Studium der Geschichte und Volkswirtschaftslehre in Freiburg im Breisgau, Basel/Schweiz und Dresden, promoviert mit einer Arbeit über die Beschaffung des schweizerischen Schützenpanzers Hispano-Suiza HS 30 für die Bundeswehr; Kompaniechef südlich von Berlin; Lehrstabsoffizier an der Offizierschule des Heeres in Dresden; Historikerstabsoffizier am Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam; Redakteur der Militärgeschichtlichen Zeitschrift (MGZ); Absolvent des Joint Forces Staff College in Norfolk/Virginia; zur Zeit Referent für Militärgeschichte und Tradition im Bundesministerium der Verteidigung in Bonn; verschiedene Publikationen über die Beschaffung von Rüstungsgütern für die Bundeswehr während des Kalten Krieges, die Geschichte der deutschen Offizierausbildung seit 1806 sowie den historischen und sozio-kulturellen Hintergrund der Einsatzländer der Bundeswehr.

Der Weg nach Solferino

Die politischen Ursachen von 1859

Martin Prieschl

„Dieser Krieg ist mit mehr Vorbedacht angezettelt worden als irgendein größerer Konflikt in der neuen Geschichte!“¹⁾ (Charles W. Hallberg).

Obwohl sich der „Österreichisch-Sardische Krieg“ von 1859 in diesem Jahr zum 150. Mal jährt, ist er im historischen Bewusstsein Österreichs kaum mehr verankert als einer der vielen Konflikte des 19. Jahrhunderts mit seinen komplizierten diplomatischen Hintergründen.²⁾

Der „Sardische Krieg 1859“ - Henri Dunant und Joseph Roth

Dennoch war der Waffengang, der nur von kurzer Dauer war, entscheidend für das weitere Schicksal der Habsburgermonarchie. Die Begleitumstände, die auslösenden Momente führten das Land in einen andauernden Gegensatz mit dem russischen Zarenreich und dem nach nationaler Einheit strebenden Italien. Gerade der Gegensatz zu Russland konnte nie bereinigt werden - und belastete damit das zwischenstaatliche Verhältnis beider Monarchien bis zuletzt.

Die entscheidende Hauptschlacht des Sardischen Kriegs bei Solferino am 24. Juni 1859, einem kleinen Dorf in der italienischen Provinz Mantua, ist jedoch untrennbar mit einem Ereignis von Weltbedeutung verbunden:

Ein Schweizer Geschäftsmann mit dem Namen Henri Dunant wurde unfreiwillig Zeuge der Leiden der tausenden, unversorgten Verwundeten der Schlacht in dem Ort südlich des Gardasees.

„[...] Von wie viel Todeskämpfen und Leid vermöchten die drei Tage vom 25. bis 27. Juni erzählen! Durch die Hitze, den Staub und den Mangel an Wasser und an Pflege sind die Wunden böseartig und recht schmerzhaft geworden. Ekelhafte Dünste verpesteten die Luft, trotz aller Anstrengungen, die man macht, um die als Lazarette dienenden Räumlichkeiten in gutem Stande zu halten. [...] Sollte es nicht möglich sein, in allen europäischen Ländern Hilfsgesellschaften zu gründen zu dem Zweck, die Verwundeten in Kriegszeiten ohne Unterschied der Volksangehörigkeit durch Freiwillige pflegen zu lassen [...]?“³⁾

In seinem Buch „Erinnerungen an Solferino“ regte der Schweizer die Bildung einer freiwilligen Hilfsorganisation für die Versorgung von Verwundeten an. 1863 wurde unter seiner Führung das „Internationale Komitee der Hilfsgesellschaften für Verwundetenpflege“ aus der

Taufe gehoben, das spätere „Internationale Komitee vom Roten Kreuz“.⁴⁾

In die Weltliteratur ging die Schlacht von Solferino durch Joseph Roths Roman „Radetzky-Marsch“ von 1932 ein. Roth lässt darin einen jungen Offizier mit dem Namen Trotta Kaiser Franz Joseph das Leben retten. Er erzählt die Geschichte von drei Generationen der Familie „Trotta von Sipolje“ bis zum Tod des alten Kaiser Franz Josephs, dem der Bezirkshauptmann Trotta ins Grab folgt - der Enkel des „Retters des Kaiser“ war zu Kriegsbeginn 1914 gefallen -, da „die Trottas den Kaiser nicht überleben könnten“.⁵⁾

Zwischen dem 17. April 1932 und dem 9. Juli des selben Jahres erschien der „Radetzky-Marsch“ in der „Frankfurter Zeitung“ in Fortsetzung. Gerade in einer Zeit der politischen Kämpfe und der hohen Arbeitslosigkeit im Deutschen Reich, gepaart mit einer entsetzlichen Armut, die in die Übernahme der Macht durch Hitler und die Nationalsozialisten gipfelte, erfolgt der wehmütige Nachruf Joseph Roths auf die von ihm verehrte Habsburgermonarchie, die er als sein einziges „Vaterland“ bezeichnete.⁶⁾ In dem Vorwort zur ersten Folge am 17. April in der „Frankfurter Zeitung“ kommt dies deutlich zum Ausdruck:

„Ein grausamer Wille der Geschichte hat mein altes Vaterland, die österreichisch-ungarische Monarchie, zertrümmert. Ich habe es geliebt, dieses Vaterland, das mir erlaubte, ein Patriot und Weltbürger zugleich zu sein, ein Österreicher und ein Deutscher unter allen österreichischen Völkern [...]“⁷⁾

Dass Joseph Roth gerade die Schlacht von Solferino gewählt hat, geschah mit Bedacht und ist kein Zufall. Mit der Niederlage im Sardischen Krieg begann das langsame Sterben der Habsburgermonarchie.⁸⁾ Historisch betrachtet „läuteten auf den Schlachtfeldern der Lombardei nicht nur die Todesglocken für den Neoabsolutismus“.⁹⁾

Die Fehlentscheidungen: Eine kurze Analyse des Kriegs und des neoabsolutistischen Staates

Die Niederlage im Krieg gegen Sardinien-Piemont und das französische Kaiserreich ist auch ein Lehrstück, wie durch systematische Provokation ein Land in den Krieg getrieben wurde, den es eigentlich aufgrund der



Feldmarschall Josef Wenzel Graf Radetzky (1766-1858), einer der bekanntesten Heerführer Österreichs, prägte als Lehrmeister die militärische Führung im 19. Jahrhundert (Bild: Reiterbildnis des Grafen in Wien).

wirtschaftlichen, innenpolitischen und auch militärischen Verhältnisse niemals hätte führen dürfen. Auch verkannten die bestimmenden Machteliten Wiens den italienischen Nationalismus vollkommen. Zu Hilfe kamen den Piemontesen und Franzosen auch die persönlichen Eigenschaften des österreichischen Monarchen sowie seine politische Inkompetenz. Franz Joseph akzeptierte neben seiner Person nie einen starken Ministerpräsidenten, wie das Beispiel Felix Schwarzenberg zeigt, der sich als „Realpolitiker“ gegenüber persönlichen Ehrgefühlen, die den Kaiser leiteten, als immun zeigte. Der österreichische Monarch und seine Minister blieben weiterhin antiquierten Denkmustern verhaftet, die längst keine Gültigkeit mehr besaßen. Was könnte dies besser zeigen als die diplomatische Isolierung Österreichs vor 1859? Dazu zählt natürlich auch der Glaube an die eigene Sendung (Gottesgnadentum), die damit verbunden ist. Die Erkenntnis von US-Präsident Abraham Lincoln, dass man die Politik den Politikern überlassen sollte, kam dem Kaiser zu spät.¹⁰⁾

Daneben mussten Franz Joseph und seine Administration erkennen, dass Österreichs einst so hoch gelobte Armee der modernen Kriegführung längst nicht mehr gewachsen war. Der „Geist Radetzky“, obwohl so oft beschworen, war längst nicht mehr vorhanden, wengleich dies das Generalstabswerk behauptet:

„[...]Der militärische Geist wurde auf jede Weise gepflegt und durch die glorreichen Erinnerungen des Heeres an seine Leistungen zu allen Zeiten und namentlich in den siegreichen Feldzügen der Jahre 1848 und 1849 außerordentlich gehoben.[...]“¹¹⁾

Verheerend wirkte sich auch die Unfähigkeit der österreichischen militärischen Führung aus, wengleich die meisten Kommandanten aus der Schule Radetzky kamen. Der Oberbefehlshaber Franz Graf Gyulai hatte seinen Posten durch Mausehelei und Protektion durch den kaiserlichen Generaladjutanten Graf Grünne bekommen und nicht aufgrund seines militärischen Könnens. Der Monarch versuchte sich selbst als Feldherr - und scheiterte dabei gründlich. Anders als bei Friedrich dem Großen und Napoleon verband sich bei dem als 18-Jährigen an die Regierung gekommenen Franz Joseph staatsmännisches Können nicht mit militärischer Brillanz.

Der Krieg bietet auch ein Musterbeispiel für die Risiken, die ein Staatswesen eingeht, wenn die militärische Führung nicht aufgrund der militärischen Fähigkeiten der Personen ausgewählt wird. Diese Lehre wird bis heute allzuoft missachtet.

Die kurze Epoche des Neoabsolutismus

1849 siegte wie fast in ganz Europa die Reaktion über die nationalen und demokratischen Bewegungen. In Österreich selbst festigte sich die Monarchie erneut unter dem Nachfolger Kaiser Ferdinands, Franz Joseph I., und seinem mächtigen Ministerpräsidenten Felix Fürst von Schwarzenberg. Die Feldherren Windischgrätz, Jellacic und Radetzky schlugen die Revolution sowie die Aufstände in Ungarn und in den italienischen Provinzen des Habsburgerreiches gewaltsam nieder. In Ungarn gelang dies jedoch nur mit der Hilfe des russischen Zarenreiches - diese keinesfalls uneigennützig

Hilfe kam Österreich in seinen Auswirkungen noch teuer zu stehen.

Der Reichstag mit seinem großartigen Verfassungsentwurf wurde am 7. März 1849 aufgelöst, nur mehr scheinverfassungsmäßige Einrichtungen blieben bestehen. Im Unterschied zur Periode vor 1848 („Vormärz“) jedoch begann die neue kaiserliche Administration mit energischen Reformschritten - v.a. im Bereich der Staats- und Gemeindeverwaltung.¹²⁾ Ein neues Exekutivorgan, das erst vor kurzem in die Polizei eingegliedert wurde, sollte für die Sicherheit am Land sorgen, die „Gendarmerie“.

Die Minister Krauß und Bruck begannen erfolgreich die österreichische Wirtschaft durch Reformen zu erneuern. Dazu zählte die Beseitigung von Zwischenzolllinien innerhalb des Staates, die Einführung einer allgemeinen Grund- und Einkommenssteuer und die staatliche Hilfe bei der Grundablöse wegen der Bauernbefreiung des Jahres 1848. Jedoch machte eine verfehlte Anleihepolitik Österreichs die wirtschaftlichen Reformschritte weitgehend zunichte. Viel weiterwirkend erwiesen sich die Erneuerungen im Bildungsbereich (Universitäten, Schulen, Institut für Österreichische Geschichtsforschung). Das neoabsolutistische Regime suchte auch einen intensiven Kontakt zur katholischen Kirche, der im Konkordat von 1855 gipfelte. Durch diesen völkerrechtlichen Vertrag gelangten ohne staatliche Aufsicht bisher klassisch-staatliche Aufgabenbereiche in die Hand der Kirche, was heftigen Unmut in Teilen der Machtelite auslöste.

Neben der katholischen Kirche bildeten die Beamtenschaft und das kaiserliche Heer die wichtigsten Klammern der Herrschaft. Die verschiedenen Bevölkerungsgruppen des Reiches blieben weiterhin von jedweder Mitgestaltung am politischen Geschehen ausgeschlossen. Jeglichen Widerstand gegen das System bekämpften die staatlichen Gerichte und mit ihr die Polizeikräfte des Staates (Wiedereinführung der Zensur).

Kaiser Franz Joseph schien mit dieser Entwicklung sehr zufrieden zu sein. In einem Brief vom Sommer 1851 an seine Mutter Erzherzogin Sophie, die gleichzeitig seine größte Vertraute war, schrieb er: „[...] *Daß heute ein großer Schritt weiter geschehen ist. Wir haben das Konstitutionelle über Bord geworfen und Österreich hat nur mehr einen Herrn.* [...]“¹³⁾ Das bedeutete, der Kaiser „wollte den Völkern der Monarchie die materiellen Vorzüge eines modernen bürgerlichen Staatswesens durch eine Revolution von oben bescheiden“¹⁴⁾ Grundsätzliche Erfolge der Revolution von 1848 wie die Grundentlastung oder Gleichberechtigung vor dem Gesetz blieben zwar bestehen, doch jegliche politische Mitbestimmung der Untertanen blieb weiterhin ausgeschlossen.

Dass das System vermutlich innerhalb einer gewissen Zeit von selbst zusammenbrechen musste, schien selbst Zeitgenossen ein Faktum zu sein. Es sei nur die Frage, wann, „nicht aber, ob es dazu kommt“¹⁵⁾ Mit dem Ende des Neoabsolutismus durch den Sardischen Krieg flackerte auch der Zerfall des Reiches 1918 wie ein Wetterleuchten am Horizont auf.

Die diplomatische Isolation Österreichs

Wenngleich Österreichs Staatsgebiet nach 1848 erhalten blieb, hatte die Revolution innerhalb der europäischen Staatenwelt beträchtliche Veränderungen herbeigeführt. Dies betraf v.a. die diplomatischen Beziehungen zwischen den einzelnen Reichen. Die in den Verträgen von 1815 auf dem Wiener Kongress zusammengestellte Ordnung für den Kontinent ließ sich nicht wieder aufrichten. Auch spielte Österreich keineswegs mehr die Rolle einer Kontinentalmacht wie in den Zeiten des Fürsten Metternich. Dennoch schien dies von den Ministerien in Wien und vom Staatsoberhaupt selbst nicht genügend registriert worden zu sein.

Neue Spieler kamen am diplomatischen Parkett hinzu, für die anders als die früheren europäischen Mächte die Einhaltung einer europäischen Friedensordnung nicht mehr die gleiche Priorität hatte. V.a. Napoleon III., zuerst Präsident und dann Kaiser von Frankreich, der nach der Revolution in Frankreich die Macht erklommen hatte, erwies sich als ernst zu nehmender Gegner. Dazu kam das zaristische Russland, das keineswegs uneigennützig auf Bitten des jungen Franz Joseph mitgeholfen hatte, die Revolution in Ungarn niederzuschlagen. Auch Großbritannien, das immer wieder mit Österreich im Bündnis gestanden hatte, hielt sich immer mehr abseits, da es die Habsburgermonarchie als Juniorpartner Russlands sah. Es hatte die Existenz Österreichs immer für die Stabilität Mitteleuropas wichtig gehalten, doch stellten sich dafür auf britischer Seite immer mehr Zweifel ein. Auch das ebenfalls konservative Preußen hatte Österreichs Politik schwer verprellt. Im Jahrzehnt des Neoabsolutismus taumelte somit das immer instabiler werdende neoabsolutistische Habsburgerreich von einer diplomatischen Krise zur nächsten.

Als gefährlich erwiesen sich auch die nationalen Bewegungen innerhalb des Reiches, die die Bajonette der Armee niederhielten. Gerade die Revolution hatte trotz ihrer Niederschlagung bei vielen Völkern der Monarchie den Wunsch nach nationaler Selbstbestimmung noch verstärkt. Das betraf v.a. die Provinzen im italienischen Teil des Reiches wie auch einige slawische Völker und - wenn auch in einem weit geringeren Maße - die Deutschen der Monarchie, von den Ungarn ganz zu schweigen.

Österreich schwankte nach dem Tode des fähigen Ministerpräsidenten Felix Fürst Schwarzenberg zwischen den Fronten und zog sich durch die ungeschickte Schaukelpolitik Distanz und Feindschaft heran, ohne aber dadurch einen außenpolitischen Verbündeten zu gewinnen. Weiterhin kostete die Monarchie die gewaltsame Aufrechterhaltung des Systems in Ungarn und Italien gewaltige Summen, die der Staat nur mehr mühsam aufbringen konnte.

„Wir werden die Welt durch unsere Undankbarkeit in Erstaunen versetzen“

Dieser angeblich von Fürst Felix Schwarzenberg geäußerte Satz¹⁶⁾ betraf das Verhältnis zwischen dem russischen Zarenreich und der österreichischen Monarchie.

Russische Truppen hatten die kaiserliche Armee bei der Niederschlagung der Revolution unterstützt. Doch dies geschah keineswegs selbstlos: Mit den ungarischen Revolutionären kämpften zahlreiche polnische Freiwillige. Hätte die Revolution in Ungarn gesiegt, ein Ausgreifen nach Russisch-Polen wäre unausweichlich gewesen.

Es lag damit im ureigensten Interesse Russlands, hier tätig zu werden. Für diesen „Freundschaftsdienst“ verlangte der östliche Nachbar mehr als nur den Dank des österreichischen Kaiserstaates, nämlich eine Unterwerfung unter die russischen außenpolitischen Interessen. Dies zog wegen der aggressiven Orientpolitik des Zaren eine Entfremdung von Großbritannien nach sich, die Fürst Schwarzenberg vermeiden wollte.

Dazu hatte Russland auch durch sein Veto zu einer mitteleuropäischen Zollunion auf den Dresdener Konferenzen 1850/51 deutlich zu verstehen gegeben, dass es ein von russischem Einfluss unabhängiges Habsburgerreich als Kern eines zentraleuropäischen Wirtschaftsblockes nicht dulden wollte. Ein Bündnis mit dem östlichen Nachbarn lehnte daher Fürst Schwarzenberg nachdrücklich ab. In eine fast ausweglose Zwickmühle geriet diese österreichische Außenpolitik aber erst mit dem Krimkrieg.

„Austria is the most important element in the Balance of European power“? (Lord Palmerston)

Auf der anderen Seite stand jedoch mit Großbritannien ein nicht minder mächtiger und ebenfalls aggressiver Staat. Anders als bei Russland standen beim Inselreich wirtschaftliche Interessen im Vordergrund. Der englische Premier Palmerston¹⁷⁾ strebte die Öffnung der europäischen Märkte zugunsten englischer Waren an, und dabei ging die Inselmacht nicht zimperlich vor. Während sich in Deutschland der Zollverein von 1851 gegen diese Vorgangsweise wehren konnte, blieb Österreich bei einer gemäßigten Schutzzollpolitik. Die Märkte im Nahen Osten wie auch auf dem Balkan mussten auf britischen Druck hin geöffnet werden. Der Wirtschaftsblock in Mitteleuropa wäre auch für Großbritannien von Nachteil gewesen. Für Österreich bestand somit die Gefahr, am Gängelband Großbritanniens zu hängen und damit die Rolle als stabilisierender Faktor in Mitteleuropa zu verlieren.

Eine Hinwendung zu Frankreich schien für Österreich gänzlich ausgeschlossen. Einerseits hatte sich Napoleon gegen die mitteleuropäische Zollunion gestellt. V.a. aber trat das französische Staatsoberhaupt vehement für die italienische Unabhängigkeitsbewegung ein und schürte aus innenpolitischen Gründen den deutsch-französischen Gegensatz - für Österreich als Präsidialmacht des Deutschen Bundes ein unmöglicher Bündnispartner.

Zu guter Letzt blieb auch das Verhältnis zwischen Österreich und Preußen ein gespanntes. Der Grund dafür lag in der Reaktion auf die konservative deutsche Einigungspolitik Preußens, die eng mit dem Berater des preußischen Königs, Joseph Maria von Radowitz, zusammenhing. Am 26. März 1849 hatten sich Hannover, Preußen und Sachsen zum „Dreikönigsbündnis“ zusammengeschlossen, und in

Erfurt konstituierte sich ein Parlament für Norddeutschland. Wenn auch die deutschen Mittelstaaten noch abseits blieben, sah Österreich darin eine Schmälerung seines Einflusses in Deutschland und drohte mit Krieg. Die Rückkehr Preußens zur Verfassung des Deutschen Bundes mit der so genannten „Olmützer Punktation“ blieb unausweichlich. Diese als Schmach empfundene Erpressung von Seiten Österreichs hinterließ tiefe Ressentiments auf der preußischen Seite. Dem nicht genug verweigerte Österreich Preußen 1856 Hilfe beim Konflikt um Nauenburg, obwohl aus Berlin die Hilfe in einem italienischen Krieg dafür zugesagt worden war.¹⁸⁾ Sieht man von der Schweiz und den deutschen Mittelstaaten ab, schien das österreichische Kaiserreich rundum von Ländern umgeben gewesen zu sein, die dem Habsburgerreich reserviert bis feindlich gegenüberstanden.

Eine weitere Verstimmung zwischen Österreich und Russland bzw. den Westmächten Großbritannien und Frankreich brachte der Krimkrieg.

Der Krimkrieg

Das Verhältnis zwischen Österreich und Russland verschärfte sich durch die aggressive Vorgangsweise des Zaren in seiner Orientpolitik. Hier prallten die englischen und russischen Gegensätze massiv aufeinander, und Österreich versuchte mit Schwarzenbergs Nachfolger Buol-Schauenstein eine fragile Wankelpolitik, die bei den russischen Eliten Wut und Empörung hervorrief. Andererseits reichte diese auch nicht dazu aus, die Westmächte England und Frankreich auf die Seite Österreichs zu ziehen.

Im Sommer des Jahres 1853 besetzten russische Truppen die Donaufürstentümer Walachei und Moldau, und der Zar begann einen Krieg gegen den „kranken Mann am Bosphorus“, das Osmanische Reich. Einerseits durch die strukturelle Schwäche des ehemaligen Großreiches herausgefordert, schützte der Zar andererseits religiös motivierte Gründe vor. Durch ein Ultimatum, das das islamische Land ablehnte, versuchte die russische Seite die Anerkennung als Schutzmacht über die orthodoxen Christen im Osmanischen Reich zu erzwingen.

Dieser Expansionspolitik traten die Schutzmächte des Mittelmeeres, Großbritannien und Frankreich, entgegen und brachen nach der Niederlage des Zarenreiches auf der Krim (Belagerung von Sewastopol) das kontinentale Übergewicht Russlands. Auch ein sardinisches Korps kämpfte auf der Halbinsel im Schwarzen Meer gegen Russland mit.

Die Verantwortlichen in Wien blieben unschlüssig. Einerseits agierte eine russenfreundliche Partei rund um den Fürsten Windischgrätz und Baron Kühbeck. Sie stand dem Angebot aus St. Petersburg, der Aufteilung des Balkans zwischen den Habsburgern und den Romanows, positiv gegenüber. Diese Partei hatte die kaiserliche Regierung zu einem Eingreifen zugunsten Montenegros gegen den osmanischen Gouverneur in Bosnien angeleitet.

Doch der österreichische Außenminister Graf Buol-Schauenstein wehrte sich vehement gegen diese Expansionspolitik, und dies aus gutem Grund: Hätte Franz Joseph auf das Angebot von Zar Nikolaus I. positiv reagiert, so hätte er selbst an der Zerstörung der Ordnung des

Wiener Kongresses von 1815 mitgewirkt. Mit welchen Argumenten wäre man dann Napoleon III. begegnet, der offensiv auf eine Neuordnung Italiens hinarbeitete? Graf Buol verfiel auf eine sonderbare Idee, indem er, ohne eine eigene Expansion am Balkan einzuleiten, versuchte, Russlands Expansion zurückzudrängen. Dieses diplomatische Kunststück wollte der Minister in die Wege leiten, ohne sich einer der beiden Kriegsparteien allzusehr anzunähern. Schon der Versuch, gestützt durch ein mit dem Deutschen Bund und Preußen geschlossenes Defensivbündnis, scheiterte und riss Österreich hinein in das Geschehen. Daraufhin näherte sich der österreichische Außenminister den Westmächten und rückte das Land in den Blickpunkt des Zarenreiches. Dazu hatte Österreichs Armee die Donaufürstentümer besetzt und band an deren Grenze eine russische Streitmacht, die der Zar dringend für die Kämpfe auf der Krim benötigt hätte.

Für die österreichisch-russischen Beziehungen wirkte sich dies verheerend aus - mit Folgen, die zum damaligen Zeitpunkt noch nicht einmal abschätzbar waren und damit eine Zwietracht säten, deren Saat im Ersten Weltkrieg endgültig aufging. Die Empörung in St. Petersburg war grenzenlos. Das Wort vom Verrat machte die Runde. Die erzwungene Abtretung Bessarabiens an das Königreich Rumänien steigerte den Hass der russischen Machtelite gegen Österreich nur noch. Jedoch übersah man im Zarenreich geflissentlich, dass die Habsburgermonarchie durch das Verhalten seines östlichen Nachbarn faktisch dazu gezwungen worden war, wollte es nicht ins Hintertreffen geraten.

Nach der russischen Niederlage versuchten die Großmächte auf den Pariser Friedensverhandlungen das Ergebnis des Krieges in einen völkerrechtlichen Vertrag zu gießen. Dabei führte Frankreich das große Wort und nahm maßgeblichen Einfluss auf die für Russland harten Friedensbedingungen. Österreich blieb für den Zaren Nikolaus II. der „Verräter“, und er behauptete, sein Vater sei aus Gram über die österreichische Treulosigkeit verstorben.¹⁹⁾

Die eigentlichen Sieger dieses Konfliktes saßen in London, v.a. aber in Paris - die Verlierer in Konstantinopel und in Wien, das sich an eigentlichen militärischen Handlungen gar nicht beteiligt hatte. Die „Heilige Allianz“, einst nach dem Wiener Kongress beschlossen, war endgültig Geschichte.

„Was kann man für Italien tun“?

1848 war es in Italien zu Aufständen gegen die restaurative Politik der Bourbonen und Habsburger gekommen. Dies gefährdete den Kaiserstaat Österreich wegen seiner ethnischen Vielfalt in seinem Bestand. Trotz der Hilfe, die das angrenzende Sardinien-Piemont den Aufständischen leistete, zerschlug die österreichische Armee die Aufstandsbewegungen und fügte der piemontesischen Armee eine Reihe von empfindlichen Niederlagen zu. Mailand und der österreichische Kriegshafen Venedig wurden zurückerobert. Doch gegenüber einer zumeist feindlich gesinnten Bevölkerung musste die Ordnung mit Gewalt aufrechterhalten werden.²⁰⁾

Nach der herben Niederlage gegen Österreich gab Sardinien-Piemont seinen Weg zur nationalen Einheit

nicht auf. Dieser ist eng mit dem Namen des Ministerpräsidenten Camillo Graf Cavour verbunden, der ab 1852 als piemontesischer Außenminister sein Werk entfaltete.²¹⁾ Der Machtrealist Cavour, der auch als Ackerbau- und Finanzminister agierte, setzte ein großes Reformprogramm um. Er bildete den treibenden Motor der italienischen Einheitsbewegung. Doch dachte Cavour nicht daran, allein gegen den übermächtigen Gegner im Norden zu kämpfen, und suchte nach Verbündeten unter den Gegnern Österreichs. Als idealer Kandidat erwies sich hier das französische Kaiserreich, das auch eine gemeinsame Grenze mit dem italienischen Kleinstaat besaß. Sardinien-Piemont knüpfte engere Kontakte mit Napoleon III. Sardinien entsandte auch ein Hilfskorps von 15.000 Mann zur Unterstützung auf die Krim.

Auf der für Österreich so verheerenden Pariser Friedenskonferenz von 1856 konnte Sardinien sich zwischen den europäischen Großmächten neu platzieren. Bei der Übergabe einer Denkschrift über Reformwünsche mittelitalienischer Staaten auf der Konferenz durch Graf Cavour stellte Napoleon III. die berühmte Frage: „Was kann man für Italien tun?“. Der Kaiser versuchte auch gleich auf der Konferenz die italienische Frage miteinzubeziehen. Cavour griff Österreich bei dieser Gelegenheit frontal an und bat den Kongress um Abhilfe gegen die „kulturfeindlichen und rückschrittlichen Regierungen, die die Schuld an den revolutionären Regungen in Italien trugen“. Wenngleich ein Beschluss nicht zustande kam, hatte Sardinien sein Recht auf die Vorherrschaft in Italien unzweifelhaft angemeldet. Napoleon konnte sich mit einer eigenen Konferenz zu den italienischen Problemen nicht durchsetzen, sodass er einen anderen Weg beschritt.

Diese Vorzeichen alarmierten natürlich die österreichische Regierung, die auch sofort handelte. Zahlreiche Erleichterungen für die italienischen Provinzen wurden erlassen, der Kaiser selbst besuchte die Lombardei und Venetien, und beschlagnahmte Güter gingen zurück. Graf Cavour geriet durch diese Politik unter starken Druck. Einerseits versuchten konservative Kräfte, seine expansiven Pläne zu durchkreuzen, andererseits brachte die verstärkte Aufrüstung das Land in finanzielle Schwierigkeiten.

Der Vertrag von Plombières

Die Rettung für Cavour und seine Pläne kam durch den Kaiser der Franzosen. Trotz des Attentats des Italieners Orsini schien Napoleon III. weiterhin bereit zu sein, Cavour zu unterstützen. Doch die Pläne Cavours einerseits und des Neffen Napoleons I. andererseits unterschieden sich in wesentlichen Punkten - keinesfalls sollte nun Frankreich statt Österreich als Hegemonialmacht Kontrolle über Italien ausüben. Da jedoch Frankreich die einzige Bündnismacht für Sardinien-Piemont blieb, blieb dem sardischen Außenminister nichts anderes übrig?

Im Juli 1858 trafen sich der französische Monarch und Graf Cavour heimlich im Badeort Plombières im heutigen Belgien. Grundgedanke des dort geschlossenen Paktes bildete die Aufteilung Italiens zwischen beiden Mächten. Mittelitalien sollte an Napoleon Jerome, einen Neffen Napoleons I., gehen sowie Neapel-Sizilien an die Familie Murat - Nachkommen des Schwagers Napoleons.

Frankreich sollte Nizza und Savoyen für die Unterstützung erhalten. Sardinien-Piemont sollte auf Kosten Österreichs mit der Lombardei und Venetien entschädigt, der Papst auf den Vatikan beschränkt werden. Der „Vertrag von Plombières“ mit Italien als Staatenbund schien also den Interessen Cavour's diametral entgegenzustehen.

Zwischen Sardinien-Piemont und Frankreich wurde ein militärisches Bündnis geschlossen, jedoch mit der Einschränkung, dass Österreich der Aggressor sein müsse. Diese Bedingung hatte ihren Grund darin, dass bei einem Angriff einer Macht, die nicht dem Deutschen Bund angehörte, die Staatenvereinigung zur Hilfeleistung für Österreich verpflichtet war. Dass diese Bedrohung real war, zeigt die Korrespondenz zwischen den österreichischen Stellen und den wichtigsten Mitgliedern des Deutschen Bundes. In deutschnationalen Kreisen sprach man offen davon, die Rheingrenze am Po zu verteidigen. Dennoch: Ohne die fixe Zusage des militärisch mächtigsten Mitglieds des Deutschen Bundes, Preußens, blieben die anderen deutschen Staaten vorsichtig. Die preußische Regierung gedachte sich keineswegs vor den österreichischen Karren spannen zu lassen und blieb in den diplomatischen Depeschen nach Wien zurückhaltend kühl.²²⁾

Die Provokation ...

Österreich musste so lange provoziert werden, bis es den Fehler beging und als Erster die Waffen erhob. Sardinien verstärkte seine Rüstungen und begann innerhalb der österreichischen Provinzen Italiens offen mit der Unterstützung der politischen Opposition. Der sardische König Viktor Emanuel II. erklärte in seiner Rede im Parlament in Turin, dass „er bei aller Friedensliebe für den Schmerzensschrei, der zu ihm aus allen Teilen dringe, nicht unempfindlich sein könne“. Diese Aussage rief enormes Medienecho hervor. Immer mehr Italiener aus der Lombardei strömten illegal über die Grenze und schlossen sich entweder der piemontesischen Armee an oder rückten bei den Freiwilligenverbänden ein. Öffentlich klagte Graf Cavour über die Drohungen aus Wien, die das kleine Königreich durch die Militärausgaben an den Rand des finanziellen Ruins trieben. Österreichs Antwort war die Entsendung großer Teile der Armee in die Lombardei.

Selbst der französische Kaiser schaltete sich in die Provokation ein. Beim Neujahrsempfang in den Tuileries erklärte er dem österreichischen Gesandten Baron von Hübner: *„Ich bedaure, dass unsere Beziehungen nicht so gut sind, wie ich es wünschte. Ich bitte Sie aber, nach Wien zu berichten, dass meine persönlichen Gefühle für den Kaiser immer die gleichen sind.“* In der kaiserlichen Reichs-, Haupt- und Residenzstadt empfand man dies als unerhörte Provokation. Weiterhin drangen Nachrichten von Truppenkonzentrationen in den französischen Alpen nach Wien wie auch die Verlegung ganzer Korps aus Nordafrika nach Südfrankreich. Dennoch blieb der Krieg in Frankreich unpopulär - v.a. Teile der Wirtschaft befürchteten Gewinneinbußen, und die klerikale Partei verwehrte sich gegen eine Schmälerung der päpstlichen Macht im Kirchenstaat. Frankreichs Monarch schwankte und ging auf den englischen Vorstoß ein, die Probleme Italiens auf einer internationalen Konferenz zu lösen.

Graf Cavour wehrte sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen eine solche Versammlung. Er schreckte dabei nicht vor öffentlicher Polemik oder Drohungen zurück, um Frankreich zum Krieg zu bewegen. Auf einem Kongress rangierte der italienische Kleinstaat nicht auf gleicher Höhe wie die Großmächte Europas. Auch die österreichische Diplomatie zeigte sich grundsätzlich zu einer solchen Konferenz bereit - aber nur, wenn Piemont nicht den gleichen Status wie die europäischen Großmächte auf dem Kongress erhalten sollte.²³⁾ Cavour intensivierte seine Druckmittel - er werde zurücktreten, ließ er verlauten, und würde den Geheimvertrag mit Frankreich der Öffentlichkeit präsentieren!

In dieser aufgepeitschten Situation kam ihm jemand zu Hilfe, von dem er es am wenigsten erwartet hätte: Österreich und sein junger Herrscher Kaiser Franz Joseph.

... und der Kriegsausbruch

Die Schwächen des jungen Kaisers zeigten sich hier deutlich. Einerseits war es seine Naivität, die ihn die Falle Cavour's tappen ließ. Wenn auch der Vertrag von Plombières nicht bekannt war, musste die Grundtendenz, dass Frankreich bei einer österreichischen Kriegserklärung eingreifen würde, bekannt gewesen sein. Manche Autoren werfen dem Monarchen vor, er habe den Krieg mit einem Duell unter Ehrenmännern verwechselt. Die Ehre der Dynastie stehe auf dem Prüfstand, und wie ein gekränkter Offizier wolle er Genugtuung von der „Kanaillie“ Napoleon III.²⁴⁾

Bei einer Berücksichtigung des Staatshaushaltes hätte Franz Joseph unter allen Umständen auf den Waffengang verzichten müssen, so schlecht stand es um den österreichischen Staatshaushalt. Die österreichische Armee, selbst vom Sparkurs des österreichischen Finanzministers betroffen, stand von der Ausrüstung her nicht mehr auf der Höhe der Zeit. Selbst die Lobeshymnen, die das Generalstabswerk über den Sardischen Krieg sang, blieben mehr als fraglich. Die Generalität unter der Führung Graf Ferencz József Gyulays erwies sich als überfordert und unfähig. Der strapazierte Geist des im Vorjahr verstorbenen Feldmarschalls Radetzky schien die Truppen nicht zu beseelen. Festen Rückhalt gab jedoch das Festungsviereck Verona-Mantua-Piacenza-Peschiera.

Franz Joseph fürchtete auch, dass eine Konferenz für Österreich nachteilig ausgehen könnte und einen Gebietsverlust nach sich ziehen könnte. Daneben hoffte er auch auf die Hilfe Preußens und des Deutschen Bundes. Hierin täuschte er sich wie sein Außenminister Buol-Schauenstein gewaltig. Prinzregent Wilhelm ließ dem Habsburger ausrichten, dass er mit einer preußischen Unterstützung rechnen könne, bekäme Preußen in „rein deutschen Angelegenheiten eine freiere Hand“ - für Franz Joseph unannehmbar.²⁵⁾ In Berlin hatte der Chef des preußischen Generalstabes Helmuth von Moltke jedoch für den Ernstfall bereits eine Denkschrift entworfen, die einen Präventivkrieg gegen Frankreich unter preußischer Führung beantragte. Trotz massivem Kriegsgeschrei in Mittel- und Süddeutschland forderte Preußen erst nach der Schlacht von Solferino die Mobilmachung des Deutschen Bundes und die Unterstellung unter den preußischen Oberbefehl. Doch mit dem Ende des Krieges blieb diese Forderung (noch) unerfüllt.²⁶⁾

Am 19. April 1859 beschloss der junge Kaiser den Waffengang gegen Sardinien. Er vertraute dabei der Meinung seines Außenministers, dass Preußen und der Deutsche Bund eingreifen würden. Die piemontesische Taktik sei nicht mehr als ein Bluff, den es zu enttarnen gelte. Vier Tage später übergab der österreichische Gesandte in Turin ein Ultimatum, das Sardinien aufforderte, die Rüstungen einzustellen und die Freiwilligenverbände zu entlassen. Sardinien-Piemont weigerte sich und Österreich erklärte den Krieg. Damit war die Falle zugeschnappt!²⁷⁾

Der kurze Waffengang

Eine genaue Beschreibung der Schlachtenläufe des Sardischen Kriegs bietet immer noch das Österreichische Generalstabswerk, obwohl es außer den Akten des Kriegsarchivs kaum Literatur verwenden konnte. Hier kann der Verlauf nur zusammengefasst werden.

Schon von Beginn an schien alles schief zu laufen, obwohl die Franzosen noch nicht mit der ganzen Stärke am Kriegsschauplatz erschienen waren. Erst vier Tage, nachdem Graf Cavour das Ultimatum abgelehnt hatte, begann Graf Gyulai mit dem Einmarsch seiner Armee über den Ticino nach Piemont. Zahlenmäßig war er den Piemontesen weit überlegen, doch Gyulais Strategie blieb weiterhin verwirrend. Er versäumte es, die feindliche Armee anzugreifen, bevor die Franzosen in ganzer Stärke erschienen waren. Am 2. Juni zog er seine Verbände über den Ticino zurück, um auf österreichischem Boden auf den Angriff zu warten.

Französische und piemontesische Verbände rückten daraufhin an die Grenze vor. Am 4. Juni entwickelte sich aus einem Scharmützel über Brücken des Flusses Ticino beim Städtchen Magenta die gewaltigste Schlacht seit den Tagen Napoleons. Nach heftigen Kämpfen mit über 10.000 Toten und Verwundeten zog sich Gyulai zurück und überließ die Eisenbahnlinie nach Mailand dem Gegner. Graf Gyulai glaubte auch seinen Soldaten keinen weiteren Waffengang mehr zumuten zu können und rückte einen Tag später in das Festungsviereck ab. Damit überließ er Mailand den Franzosen und Piemontesen, deren Monarchen am 8. Juni im Triumph in die Stadt einrückten.

Kaiser Franz Joseph reagierte mit Entsetzen und übernahm nach der Absetzung Gyulais trotz Warnungen selbst den Oberbefehl. Mit ihm kam der einstige Generalstabschef Radetzky, Baron Heinrich Heß, an die Front. Er empfahl dem Kaiser vom Fluss Mincio zum Chiese vorzurücken. Am 24. Juni stießen bei den Dörfern Cavriana und Solferino beim Eindringen in die Ebene in Richtung Castiglione - Napoleon hatte sein Hauptquartier in Monteciaro - Österreicher sowie Franzosen zusammen. Binnen kurzem standen beide Armeen im Gefecht. Teile der Österreicher (drei Korps) versuchten, von Süden her den Feind zu umgehen, um nach Castiglione vorzustoßen, während vier weitere den Angriff der Franzosen bei Solferino abwehren sollten, um dann selbst in die Offensive zu gehen. Das weitgehend unabhängige 8. Korps ging gegen die Piemontesen am linken Flügel bei San Martino vor. Weder am rechten Flügel noch in der Mitte kam es vorerst zu einer Entscheidung, während das 8. Korps unter Benedek erfolgreich blieb. Am frühen Nachmittag mussten die erschöpften Österreicher zurückweichen, und um 15.00 Uhr wehte über Solferino die französische

Fahne. Die Chance, durch das 8. Korps von Benedek ein Einkreisungsmanöver gegen die erschöpften Franzosen zu beginnen, machte der Kaiser durch den Rückzugsbefehl in das Festungsviereck zunichte. Erst wollte Franz Joseph den Krieg noch weiterführen, doch nahm er das Waffenstillstandsangebot Napoleons (8. Juli 1859) an.

Verhandlungen mit dem „Erzschuft“ (Villafranca 11. Juli 1859)

„[...] *Allein eine andere Zusammenkunft* [als mit dem Prinzen von Preußen, Wilhelm] *könnte mir, wie ich fürchte, bevorstehen, nämlich mit dem Erzschuft Napoleon [...]*“ schrieb der Kaiser an seine Gemahlin Elisabeth nach Wien.²⁸⁾ Am 11. Juli blieb ihm nichts anderes mehr übrig, als sich mit dem Kaiser der Franzosen im Städtchen Villafranca südlich von Verona zu treffen. Beide Herrscher vereinbarten in einem persönlichen Gespräch die Bedingungen. Napoleon hatte einerseits sein Kriegsziel erreicht. Dennoch fürchtete er wegen der Teilmobilmachungen in Preußen ein Eingreifen des Deutschen Bundes. Dazu war es noch zu Differenzen zwischen dem französischen Kaiser und Cavour gekommen, der keineswegs daran dachte, italienisches Gebiet unter französischem Einfluss gelangen zu lassen. Schon während der Kämpfe waren die Freischärler Guisepppe Garibaldis in Mittelitalien, Neapel und im Kirchenstaat eingerückt. Napoleon III. musste erkennen, dass er die Lawine des italienischen Nationalismus, die er mit losgetreten hatte, nicht mehr kontrollieren konnte.

Franz Joseph seinerseits stand vor dem Dilemma der Staatsfinanzen, die ihm eine Weiterführung des Kriegs unmöglich machten. Darum nahm er den günstigen Frieden an (Friede von Zürich). An Piemont musste nur die Lombardei ohne das Festungsviereck abgetreten werden. Die habsburgischen Nebenlinien durften vorerst in ihre Kleinstaaten Parma, Modena und Toskana zurückkehren, bis Volksabstimmungen einen Anschluss an Sardinien-Piemont festlegten. Mit Venetien sollte Österreich Teil eines italienischen Staatenbundes werden. Der Einheit Italiens konnten beide Herrscher damit aber nicht Einhalt gebieten. Frankreichs Lohn blieb unverändert Nizza und Savoyen.²⁹⁾

Die Niederlage zwang zur Veränderung

Franz Joseph hatte begriffen, dass das ausgesaugte Land sich keinen Krieg mehr leisten konnte und durfte. Sein autokratisches Regime hatte versagt und er selbst eine außenpolitische Niederlage erlitten, die auch durch ein politisches Köpferollen (Buol-Schauenstein, Graf Grüne) nicht gerettet werden konnte. Dies musste auch innenpolitische Veränderungen, beginnend mit dem „Laxenburger Manifest“, zur Folge haben, wenn es auch zu einer konsequenten Demokratisierung noch ein weiter Weg war. Das seit dem Jahr 1851 in Österreich herrschende System des Neoabsolutismus konnte nach der Niederlage im Feld nicht überleben. Reformen mussten die logische Folge daraus sein. Der Kaiser beschritt - widerwillig und langsam - den Weg in Richtung einer parlamentarischen Monarchie. „Alle Welt erwartete die längst fällige innenpolitische Wende. Franz Joseph hingegen führte das Kunststück vor, so ziemlich

alles auf den Kopf zu stellen, im Wesen aber doch nichts zu verändern“. Selbst seine Wertmaßstäbe und Ehrenstandpunkte, die in einem „Nationalkrieg mit durchaus revolutionären Zügen“ längst veraltet und unbrauchbar erschienen, legte der Monarch trotz der Erfahrungen von Solferino und Königgrätz nicht ab - bis hin zu den weltpolitischen Folgen des Sommers 1914.³⁰⁾

Gleichzeitig hatte das Reichsoberhaupt erkannt, dass sich der preußisch-österreichische Gegensatz über die Vorherrschaft im Deutschen Bund zuspitzen würde. Bewiesen hatten ihm dies die preußischen Forderungen für einen Kriegseintritt. 1866 entschied Preußen den Kampf für sich.

Die Bildung des italienischen Nationalstaates konnte nur mehr eine Frage der Zeit sein: Wann würde es zum Kampf um die restlichen italienischen Gebiete der Monarchie kommen? 1866 fiel Venetien an das neue europäische Königreich Italien, 1918 der Rest. Italien hätte der Kaiser nur halten können, wenn er auf seine Rolle in Deutschland verzichtet hätte. Dazu konnte sich der Habsburger nicht durchringen. blieb nur noch der Konfliktherd Ungarn, den der Ausgleich von 1867 - nach der Niederlage im Deutschen Krieg - zuungunsten der nichtmagyarischen Bevölkerung entschied.

Sein Onkel, der 1848 abgetretene Kaiser Ferdinand, soll die Niederlage mit den Worten „*Das hätt' ich auch zusammengebracht*“³¹⁾ kommentiert haben.

ANMERKUNGEN:

- 1) Charles W. Hallberg: „Franz Joseph and Napoleon III. - a study of Austro-French relations“, New York 1955, S.154.
- 2) In der deutschen Literatur findet man auch die Bezeichnung „Österreichisch-Piemontesischer Krieg“.
- 3) Rudolf Müller: „Entstehungsgeschichte des Roten Kreuzes und der Genfer Konvention“, Stuttgart 1897, S.20; Henri Dunant, „Un souvenir de Solferino“, Genf 1862, S.20f.
- 4) Müller: „Entstehungsgeschichte des Roten Kreuzes“, S.21f; Henri Dunant, „Un souvenir de Solferino“, Genf 1862.
- 5) Joseph Roth: „Radetzky Marsch“, Erstaussgabe Berlin 1932.
- 6) Wilhelm von Stemburg: „Joseph Roth - eine Biographie“, Köln 2009, S.393ff.
- 7) Klaus Westermann (Hrsg.): Joseph Roth: „Das journalistische Werk“, Köln 1989-1991, S.874; „Frankfurter Zeitung“ vom 17. April 1932.
- 8) Stenberg: Joseph Roth, S.394; Anscheinend hat Roth keinen Hinweis hinterlassen, warum er gerade den Sardischen Krieg als Beginn des Niedergangs sah.
- 9) Helmut Rumpler: „Eine Chance für Mitteleuropa - Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie - Österreichische Geschichte 1804-1914“, Wien 1997, S.364.
- 10) James M. McPherson: „The battle cry of freedom - The Civil War Era“, New York 1988, S.834.
- 11) „Der Krieg in Italien - Nach den Akten und anderen authentischen Quellen bearbeitet durch das k.k. Generalstabsbureau für Kriegsgeschichte - Band 1“, Wien 1872, S.26; Im Vorwort klingt dies noch ganz anders: „[...]Die Armee wird in ihm [dem Buch] unbeschönigt finden, was ihre Operationen scheitern machte; [...]“. Die Armee notabene selbstredend, nicht SM der Kaiser!
- 12) Wilhelm Brauneder: „Österreichische Verfassungsgeschichte“, Wien 2005, S.134f.
- 13) Zitat aus einem Brief Kaiser Franz Josephs vom 26.8.1851, aus: Franz Schnürer: „Briefe Kaiser Franz Josephs I. an seine Mutter 1838-1872“, München 1930, S.166.
- 14) Rumpler: Mitteleuropa, S.323.
- 15) Zitat bei Rumpler, Chance für Mitteleuropa, S.364; Aus dem Brief Adolf Maria Pinkas an Anton Springer um 1854.
- 16) Zitat bei Rumpler, Chance für Mitteleuropa, S.366.
- 17) Zitat in: Waltraut Heindl: „Carl Ferdinand Graf Buol-Schauenstein - Grundzüge seiner Politik am Vorabend des Krimkriegs“, Wien 1968, S.54.

18) Heinrich Friedjung, „Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland 1859-1866“, Stuttgart 1898, S.565ff.

19) Hanns Lorenz Mikoletzky: „Das entscheidende 19. Jahrhundert. Geschichte, Kultur und Wirtschaft“, Wien 1972, S.374.

20) Adolfo Omodeo: „Die Erneuerung Italiens und die Geschichte Europas 1700-1920“, Zürich 1951, S.553ff.

21) Bei Omodeo gibt es eine gute Kurzbiographie von Camillo Graf Cavour, Omodeo, Erneuerung Italiens, S.542-553.

22) Omodeo: Erneuerung Italiens, S.558ff; Rumpler: Chance für Mitteleuropa, S.369ff.

23) Die diplomatischen Tauszüge in ihrer ganzen Komplexität sind nachzulesen in: Krieg in Italien 1959, S.2-25; Jedoch basieren die Angaben nur auf den Beständen des Kriegsarchivs und des Haus-, Hof- und Staatsarchivs.

24) Alan Palmer: „Franz Joseph I. - Kaiser von Österreich und König von Ungarn“, München - Leipzig 1994, S.454ff; Auch Rumpler spricht vom „Krieg spielenden Kaiser“: Rumpler, Chance für Mitteleuropa, S.371.

25) Michael Busch: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten - Militärgeschichte des Deutschen Bundes 1815-1860“. In: Karl Volker Neugebauer: „Grundkurs deutsche Militärgeschichte - Die Zeit bis 1914 - Vom Kriegshaufen zum Massenheer“, München 2006, S.298.

26) Johann Christoph (von) Allmayer-Beck: „Die Gedankenwelt Moltkes und Erzherzog Albrechts von Österreich“. In: Roland G. Foerster (Hrsg.): „Generalfeldmarschall von Moltke - Bedeutung und Wirkung - Beiträge zur Militärgeschichte Band 33“, München 1991, S.125.

27) Charles W. Hallberg: „Franz Joseph and Napoleon III. - a study of Austro-French relations“, New York 1955, S.154.

28) Palmer: Franz Joseph, S.146.

29) Omodeo: Erneuerung Italiens, S.558ff.

30) Rumpler: Chance für Mitteleuropa, S.372.

31) Palmer: Franz Joseph, S.148.



Mag. Martin Prieschl

Geb. 1976; GfrdRes; ET 1/2004 beim PzGrenB 13; Studium der Rechtswissenschaft und Geschichte an der Universität Salzburg, Abschluss in Geschichte 2003 mit Auszeichnung (Diplomarbeit: Irlands langer Weg zur Freiheit); Auszeichnung des BMUK für die besten Studierenden 2003/2004; derzeit am Ausbildungskurs am Institut für Österreichische Geschichtsforschung (Institutsarbeit: Edition der Belohnungsanträgen aus dem Krieg 1859) und der FH-Potsdam ABD (Archiv, Dokumentation, Bibliothekswesen); Dissertation an der Universität Wien über das Tagebuch des Olt. Joseph von Hentzi während der Revolution 1848, nach dem Studium im Verlagswesen tätig, dann freischaffender Historiker; Hospitant am Kriegsarchiv und dem Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, freiwilliger Mitarbeiter am Parlamentsarchiv Wien, Koordinator und Mitgestalter der Ausstellung „Liberale Politik in Österreich“ 2006 im Parlament; ab März 2007 Archivbeauftragter der Evangelischen Kirche A. und HB., Aufbau der Archive der Ev.Diö. NÖ, Tirol-Salzburg und der Militärsuperintendentur beim ÖBH; Forschungsschwerpunkte: Lebensbeschreibungen und Editionen von Egodokumenten von k. u. k. Armeeinghörigen, Quellenkundliche Arbeiten zu Personaldokumenten der kaiserlichen Armeen ab 1648, Edition spätmittelalterliche Urkunden des nö. Mostviertels (Ybbstal), der Amerikanische Bürgerkrieg sowie militärhistorische Studien zur Geschichte Irlands. Derzeit Geschäftsführer der Firma Archivtechnik&Systeme.